

Empfehlungen
des Strukturausschusses
der Gründungskommission der
Universität Erfurt



INHALT

	Seite
Eine Zusammenfassung als Vorwort	8
1. Vorbericht	17
2. Vorgaben und Vorentscheidungen	21
2.1. Hochschulstrukturkommission des Landes Thüringen – Arbeitsgruppe Universität Erfurt – Empfehlung zur Wiedergründung einer Universität Erfurt	21
2.2. Wissenschaftsrat. Stellungnahme zur Gründung einer Universität in Erfurt	21
2.3. Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Landeshochschulplan	22
3. Sonstige Vorgaben und Eingaben	24
3.1. Denkschrift zur Gründung einer Europäischen Universität Erfurt	24
3.2. Eingaben von Verbänden und Individuen	24
3.3. Wissenschaftspolitisch maßgebliche Empfehlungen und Denkschriften	25
4. Zwei Erfurter Sonderprobleme	26
4.1. Die Universität Erfurt und die Theologie	26
4.1.1. Die Katholische Theologie	26

Impressum

Herausgeber: Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Werner-Seelenbinder-Straße 1
99096 Erfurt
Telefon: (03 61) 3 86 31 66
Telefax: (03 61) 3 86 30 36

Herstellung: Löwe Verlag & Werbung
Gustav-Freytag-Straße 45
99096 Erfurt
Telefon (03 61) 6 43 27 56
Telefax (03 61) 6 43 39 36

4.1.2.	Die Evangelische Theologie	29
4.1.3.	Ökumenische Aspekte	31
4.2.	Die Universität Erfurt und ihr Verhältnis zur Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen	32
5.	Profile der Universität Erfurt	36
5.1.	Begrenztes, aber koordiniertes Fächerspektrum	36
5.2.	Begrenzte Ressourcen	38
5.3.	Geisteswissenschaftliche Zentrierung	40
5.4.	Forschungsprofile	42
5.4.1.	Eine neue Institution zur Begünstigung der Universitätsforschung	42
5.4.2.	Forschungsschwerpunkte und ihre Organisation in Universitätszentren	43
5.4.2.1.	Universitätszentrum für Humanismusforschung	44
5.4.2.2.	Universitätszentrum für Europäisches Verfassungsrecht, Regionalismus- und Föderalismusforschung	45
5.4.2.3.	Universitätszentrum für Regionalforschung Süd-Ost-Europa	47
5.4.2.4.	Universitätszentrum für Sprachforschung und Interkulturelle Kommunikation	49
5.4.2.5.	Universitätszentrum für Politische Philosophie	51
5.4.2.6.	Universitätszentrum für Institutionenökonomie	52

5.4.2.7.	Universitätszentrum für Europäische Religionskulturforschung	53
5.5	Lehrprofile	54
5.5.1.	Die Zahl der Studiengänge muß stets kleiner bleiben als die Zahl der Berufe	54
5.5.2.	Studienreform	55
5.5.3.	Direkter Studienzugang zur Promotion in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen	58
5.5.4.	Promotion und Habilitation	59
5.5.5.	studium generale	60
5.6.	Interfakultäre Verklammerungen	61
5.7.	Internationalität	62
6.	Fakultätseinteilung	65
7.	Die Fakultäten	68
7.1.	Die Katholisch-Theologische Fakultät	68
7.2.	Die Juristische Fakultät	70
7.2.1.	Vorbemerkungen	70
7.2.2.	Vorgaben für das Angebot der „Zusatzqualifikation“	71
7.2.3.	Die Zusatzqualifikation „Europäisches Recht“	73
7.2.4.	Voraussetzungen für die Verwirklichung des Studien- angebots der Zusatzqualifikation	74

7.2.5.	Die Professuren	74	8.4.	Zum Namen des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien	104
7.2.6.	Empfehlungen für die Neuordnung des Rechtswissenschaftlichen Studiums an der Universität Erfurt	76	8.5.	Aufgaben des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien in der Gründungsphase	106
7.3.	Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	77	8.6.	Zur personellen Ausstattung des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien in der Gründungsphase	106
7.4.	Die Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät	81	8.7.	Vorgaben für die Satzung des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien	107
7.5.	Die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	84			
7.5.1.	Die Geschichtswissenschaften	84			
7.5.2.	„Kleine“ Fächer	85			
7.5.3.	Die Philosophie	86			
7.5.4.	Die Politikwissenschaft	89			
7.5.5.	Die Soziologie	91			
7.5.6.	Die Bevölkerungswissenschaft	92			
7.5.7.	Das Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums	94			
7.6.	Die Erziehungswissenschaftliche Fakultät	96			
8.	Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien	98			
8.1.	Expansion der außeruniversitären Forschung	98			
8.2.	Universitäre Reintegration außeruniversitärer Forschung	100			
8.3.	Aufgaben des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien	101			

Eine Zusammenfassung als Vorwort

Mit der Gründung der Universität Erfurt wird eine der ältesten Universitäten Deutschlands wiedererrichtet. Die Entwicklung der Nachfrage nach Studienplätzen in Thüringen macht diese Gründung unabweisbar. Die Befürchtung, die Aufwendungen für die neue Universität könnten den bereits bestehenden Hochschulen des Landes entzogen werden, beruht auf einer Fehlargumentation. Nachgewiesenermaßen benötigte neue Studienplätze erfordern so oder so zusätzliche Mittel. Zwei Gründe sprechen dafür, diese Mittel, statt für die Erweiterung bestehender Hochschulen, für die Gründung einer neuen zu nutzen. Erstens begünstigen kleinere Hochschuleinrichtungen die Lehre durch größere kommunikative Dichte, ohne die Forschung zu benachteiligen, die heute ohnehin auf interuniversitäre Kooperation angewiesen ist. Zweitens wird Gründungen die Gunst des Anfangs zuteil, die fällige Innovationen erleichtert. Beide Gründe rechtfertigen dann den zusätzlichen schönen Zweck, eine traditionsreiche Stadt, die inzwischen zur Landeshauptstadt geworden ist, erneut zur Universitätsstadt zu machen.

In ihren Anfängen wird die Universität auf 6.000 Studienplätze ausgelegt sein. Es wird sich in dieser Phase um eine geisteswissenschaftlich zentrierte Universität handeln. Naturwissenschaftskritische Intentionen verbinden sich damit nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Die Geisteswissenschaften und näherhin die historischen Kulturwissenschaften sind ihrerseits spezifisch modern. Sie verhalten sich zur industriegesellschaftlichen Entwicklung komplementär. Zivilisatorische Evolutionsdynamik erschwert Herkunftsverstehen, das seinerseits zu den Voraussetzungen unserer Zukunftsfähigkeit gehört, und zwar bis in den politischen Lebenszusammenhang hinein. Die historischen Kulturwissenschaften sind Medien methodisch disziplinierter Herkunftsvergegenwärtigung, und unsere Angewiesenheit auf diese Medien wächst mit dem Modernitätsgrad unserer Kultur. – Im übrigen werden es die Naturwissenschaften sein, um die es die Universität Erfurt zu erweitern gilt, sobald Bedarfsentwicklung und verfügbare Ressourcen das erlauben.

Inzwischen sollte die Universität gemäß den hier vorgelegten Empfehlungen in Forschung und Lehre sechs Fakultäten umfassen, und zwar

- die Katholisch-Theologische Fakultät, zugleich in Übernahme und Fortentwicklung des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt,
- die Juristische Fakultät,

- die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
- die Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät,
- die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät mit dem Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums in Übernahme und Fortentwicklung der ehemaligen Kirchlichen Hochschule zu Naumburg,
- die Erziehungswissenschaftliche Fakultät, die sich nach Maßgabe landespolitischer Entscheidungen über die Zukunft der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen in ihrem Verhältnis zur Universität Erfurt zu entwickeln hat.

Die deutschen Hochschulen sind überlastet. Zu den übelsten Folgen dieser Überlast gehören überdehnte Länge durchschnittlicher Studienzeiten einerseits und die hohe Studienabbrecherquote andererseits. Den Ursachen dieser Übelstände läßt sich im Rahmen der innovatorischen Möglichkeiten einer Universitätsgründung nur sehr begrenzt entgegenwirken. In der hohen Studienabbrecherquote zum Beispiel stellt sich die Selektivität des Ausbildungssystems wildwüchsig wieder her, die in kontrollierter Weise im Abitur wirksam zu halten man sich scheut, und die Anforderungen, die Schulabschlüsse qualifizieren, stehen bekanntlich nicht zur Disposition der Hochschulen. Reduktion von Leistungsanforderungen verbessert die Chancengleichheit stets nur scheinbar. Sie begünstigt, nämlich relativ, die ohnehin Stärkeren und belastet die Schwächeren mit verspäteten Erfahrungen ihrer Könnerschaften. Leistungsdifferenzierung ist weder ständisch noch klassengesellschaftsspezifisch, vielmehr die Konsequenz förmlich und faktisch gewährleisteter Chancenequalität.

In der Konsequenz dieser Einsicht sollte die Universität Erfurt ihre Lehrangebote strikt leistungsorientiert anbieten. Ein optimiertes Verhältnis der Zahl der Studierenden einerseits und der Zahl der Dozenten andererseits ist dafür die wichtigste aller Voraussetzungen. Überlastquoten, die faktisch auf Dauer gestellt sind, ruinieren jedes Bildungssystem. Dem Strukturausschuß verbleibt insoweit nur die Möglichkeit des Appells an alle politisch Verantwortlichen, der neuen Universität Erfurt die in diesen Empfehlungen vorgeschlagenen personellen Voraussetzungen eines effizienten und leistungsorientierten Studiums einzuräumen und zu erhalten. Geschieht das, so ist die Universität in die Lage gesetzt, die nachfolgend aufgezählten generellen, von Fach zu Fach abzuwandelnden Vorschläge zur Emendation des akademischen Studiums zum Vorteil der Studierenden in die Wirklichkeit umzusetzen.

Erstens ist generell und damit auch in denjenigen Studiengängen, in denen das bislang nicht üblich war, jedem Studenten in jedem Semester einmal die verpflichtende Gelegenheit zu bieten, für die Dauer einer Stunde mit einem seiner Dozenten Studienplan und Studienverlauf zu erörtern. Quantifiziert man den daraus resultierenden Beratungsaufwand, so ist er leistbar, wenn die Relation der Zahl der Studenten und der Zahl der Dozenten optimiert bleibt und wenn überdies der enorme Zeitaufwand zu kleinen, aber nötigen Anteilen auf das Lehrdeputat der Dozenten angerechnet wird. Nicht expandierende Vorlesungszeiten verkürzen das Studium, sondern wohlberatene Nutzung der Studienangebote für selbstbestimmtes Lernen.

Zweitens wird empfohlen, auch in denjenigen geisteswissenschaftlichen Disziplinen, in denen das bislang nicht üblich war, die Studiengänge, statt sie wildwüchsig den sehr oft scheiternden Versuchen ihrer individuellen Selbstorganisation zu überlassen, curriculare Festigkeit zu geben und durch entsprechende Prüfungsorganisation zusätzlich Verbindlichkeit. Es ist wahr, daß sehr gute Studenten darauf nicht angewiesen sind. Aber es schadet ihnen nicht und den Schwächeren hilft es.

Drittens wird empfohlen, auch in denjenigen Fächern, in denen das bislang nicht üblich war, den Übergang vom ersten in das zweite Studienjahr generell an die Bedingung einer bestandenen Zwischenprüfung zu binden. Ohne die Rückmeldungsfunktion, die durch Prüfungen erfüllt wird, läßt sich ein Urteil über den Stand der eigenen Könnerschaften und Kenntnisse nicht gewinnen. Prüfungen versichern und setzen frei, und der Druck, der von ihnen zunächst auszugehen scheint, verringert sich mit ihrer Frühzeitigkeit und mit der Gewöhnung an sie.

Viertens wird empfohlen, in geeigneten Disziplinen unbeschadet der Zwischenprüfungsanforderung ohne förmlichen Abschluß des Hauptstudiums qualifizierte Studenten zum Graduiertenstudium und damit zur Promotion zuzulassen. Die Examensbedingung, an die die öffentliche Förderung des Graduiertenstudiums gebunden zu sein pflegt, sollte durch ein vorgezogenes Rigoroseum als erfüllt anerkannt werden. Diese Empfehlung läßt sich aus Gründen, die hier keiner Erläuterung bedürfen, im juristischen Studium nicht erfüllen und in den Studiengängen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ebensowenig. Aber sie fügt sich zu den Berufsorientierungen der Studierenden in den sprachwissenschaftlichen, literaturwissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Disziplinen erwiesenermaßen gut. Das gilt insbesondere für diejenigen Studenten, die nicht das Lehramt an weiter-

führenden Schulen anstreben, und das ist inzwischen der weitaus größere Teil der Studierenden geisteswissenschaftlicher Disziplinen. Überdies versteht sich der Vorschlag des unmittelbaren Zugangs zum Graduiertenstudium als Beitrag zur überfälligen Verkürzung des Karrierewegs für Forschungsberufe.

Fünftens wird empfohlen, das erfreulicherweise sehr hohe Leistungsniveau, das der sogenannte wissenschaftliche Nachwuchs bei Promotion und Habilitation heute überwiegend unter Beweis stellt, keinesfalls abzusenken, aber den Leistungsumfang von Dissertationen und Habilitationsarbeiten tunlichst in bessere Übereinstimmung mit den temporalen Bedingungen des Lebensablaufs zu bringen. Der deutsche Dozentennachwuchs ist überaltert, und dem sollte entgegengearbeitet werden.

Sechstens wird empfohlen, in der Ausbringung immer neuer verselbständigter Studiengänge zurückhaltend zu bleiben. Der Differenzierungsgrad beruflicher Anforderungen wächst heute ständig. Aber je größer die Zahl der Berufe ist, deren Ausübung ein akademisches Studium zur Voraussetzung hat, und je rascher die Anforderungsprofile dieser Berufe in der Praxis sich ändern, um so entschiedener müssen die Studiengänge elementar angelegt und grundlagenorientiert eingerichtet sein. Man spielte mit den Karrierechancen junger Leute, wenn man statt des allgemeinen Studiums der Rechtswissenschaft zum Beispiel einen auf berufliche Sonderanforderungen abgestellten, spezialisierten kriminologischen Studiengang anböte und statt eines betriebswirtschaftlichen Studiums einen spezialisierten Studiengang für Kultureinrichtungsmanagement. Die Zurückhaltung dieser Empfehlungen gegenüber der Ausbringung aparter Studiengänge zum Zweck der symbolischen Demonstration von Innovationsfreudigkeit erklärt sich so.

Siebtens wird unter der Voraussetzung der erläuterten Studienreformgesichtspunkte exemplarisch empfohlen, innerhalb des gemeinen juristischen Studiums das freie Angebot einer Zusatzqualifikation einzurichten, und zwar der Zusatzqualifikation „Europäisches Recht“. Es handelt sich hier um eine Zusatzqualifikation von erläuterungsunbedürftiger Zukunftsträchtigkeit – aber das eben unter der Voraussetzung der üblichen Qualifikation eines Juristen und damit unter der Anforderung spezieller zusätzlicher Leistungsbereitschaft.

Achtens wird empfohlen, sinnvolle Studienfachkombinationen beim Magisterexamen sowie bei der Promotion tunlichst von Begrenzungen durch insoweit kon-

tingente Fakultätsgrenzen zu befreien. Exemplarisch heißt das: Wirtschaftsethik, als philosophische Teildisziplin, sollte mit wirtschaftswissenschaftlichen Teilfächern frei kombinierbar sein, Staatsrecht mit der Politikwissenschaft und die Bevölkerungswissenschaft mit der Moralthologie oder mit der Sozialethik. Diese an Fakultätsgrenzen nicht gebundene Freiheit in der Wahl sinnvoller Studienfachkombinationen setzt gewährleistete Rechte der Dozenten voraus, bei Prüfungen in benachbarten Fakultäten mitzuwirken. Diese Freiheit, die Fakultätsgrenzen durchlässiger macht, ist in den fakultätseigenen Studienordnungen festzuschreiben.

Neuntens wird empfohlen, die Gelegenheiten, Sprachen zu lernen, an der Universität Erfurt über vertraute Maße hinaus zu verbessern. Die in Erfurt auszubringenden Studiengänge verlangen regelmäßig sprachliche Kompetenzen weit jenseits des Sekundarschulabsolventenniveaus. Für Teile des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums gilt das zum Beispiel und für die sozialwissenschaftlichen, auch theologischen Studiengänge ohnehin. Es liegt in der historischen und aktuellen Natur der Sache, daß dabei in erster Linie die Kenntnis der großen westeuropäischen Sprachen zu fördern ist. Aber die regionalwissenschaftliche Schwerpunkt-bildung, die für Erfurt vorgesehen ist, verlangt auch für die slawischen Sprachen einschließlich der kleinen slawischen Sprachen spezielle Möglichkeiten des lernenden Zugangs zu ihnen.

Zehntens wird empfohlen, die speziellen Forschungseinrichtungen der Universität Erfurt in organisierter Weise für die Steigerung der Qualität der Graduiertenstudiengänge zu nutzen. Das ist bei der Charakteristik der Erfurter universitären Forschungseinrichtungen, die im folgenden aufgezählt werden sollen, des näheren ausgeführt.

Die Universitäten haben ihr Forschungsmonopol, das sie in Deutschland in den ersten Jahren jener Universitätsreform, die sich vor allem mit dem Namen Wilhelm von Humboldts verbindet, nahezu vollständig behaupteten, längst verloren. Der weitaus größere Teil der für Forschung und Entwicklung insgesamt ausgebrachten Mittel wird heute außeruniversitär verbraucht, nämlich vor allem in der Wirtschaft. Auch die nicht wirtschaftlich orientierten Einrichtungen der großen Forschungsträgersgesellschaften und die nicht wirtschaftlich orientierten Forschungseinrichtungen des Bundes und der Länder wenden inzwischen ebensoviele Mittel für Zwecke der Forschung wie die Hochschulen insgesamt auf. Das stellt die Geltung des alten universitätsorganisatorischen Grundsatzes der Einheit von Forschung und Lehre kei-

neswegs in Frage. Das Gegenteil ist der Fall: Je stärker die außeruniversitäre Forschungspraxis institutionell und personell expandiert, je größer der Anteil der Berufstätigen wird, die in wissenschaftsnahen Bereichen tätig sind, um so forschungsnäher muß sich auch das akademische Studium halten. Als Konsequenz ergibt sich, daß die Forschungspotentiale unserer Universitäten durch geeignete Maßnahmen zu stärken seien, und auch hierzu werden in diesen Empfehlungen Vorschläge unterbreitet.

Erstens ist vorgesehen, in Erfurt Universitätszentren als Organisationseinheiten für Forschungsschwerpunkte zu bilden. Die Universitätszentren sind zu etatisieren. Sie dienen der Förderung langfristiger Forschungsvorhaben. Bei diesen langen Fristen ist an Zeiträume von acht bis zwölf Jahren gedacht. Die beteiligten Wissenschaftler behalten ihre Stellung als Fakultätsmitglieder und bilden in den Universitätszentren Kollegien, die die Forschungsarbeit beraten, beschließen, koordinieren, in ihren Ergebnissen validieren und über sie der Universität Bericht erstatten. Die Vorsitzenden der Kollegien erhalten in der universitären Selbstverwaltung eine Stellung parallel zur Stellung der Dekane. Die Empfehlungen sehen vor, sieben Universitätszentren zur Organisation von Forschungsschwerpunkten einzurichten, und zwar

- ein Universitätszentrum für Humanismusforschung,
- ein Universitätszentrum für Europäisches Verfassungsrecht, Regionalismus- und Föderalismusforschung,
- ein Universitätszentrum für Regionalforschung Süd-Ost-Europa,
- ein Universitätszentrum für Sprachforschung und Interkulturelle Kommunikation,
- ein Universitätszentrum für Politische Philosophie,
- ein Universitätszentrum für Institutionenökonomie,
- ein Universitätszentrum für Europäische Religionskulturforschung.

Die Begründungen für die Einrichtung der genannten Universitätszentren sind, weil nicht weiter komprimierbar, im Haupttext der hier vorgelegten Empfehlungen nachzulesen. Die in den Universitätszentren schwerpunktmäßig geförderte Forschungsarbeit korreliert nicht mit Studienfächern. Sie verleiht nichtsdestoweniger in den Konsequenzen der Einheit von Forschung und Lehre den akademischen Studienangeboten in Erfurt thematische Akzente und regt damit insbesondere zu

Projekten im Rahmen von Graduiertenstudien an.

Zweitens ist vorgesehen, an der Universität Erfurt Disziplinen auszubringen, deren universitäre Präsenz in Deutschland der Stärkung bedarf. Für die Bevölkerungswissenschaft, die in der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ihren Platz finden wird, gilt das. Der Herausforderungscharakter der Probleme, die ohne die Leistungen der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung in ihren Details weder erkannt noch verstanden werden könnten, bedarf hier keiner Erläuterung, und es hat historische, aber nichtsdestoweniger nicht akzeptable Gründe, daß im Vergleich mit dem benachbarten Ausland die Potentiale bevölkerungswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen in Deutschland bislang unzureichend geblieben sind. Hier sollte die Universität Erfurt einen Beitrag zum überfälligen Ausgleich dieses Defizits leisten. Neu ist auch, daß im Bereich der Kulturwissenschaften die Einrichtung des Faches „Kulturgeschichte des Christentums“ vorgesehen ist, und zwar als Teil des Martin-Luther-Instituts für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums. Es handelt sich dabei nicht um ein im engeren Sinne theologisches Fach, wohl aber um eine Disziplin, für die man nach Vorgeschichte und gegenwärtig verfügbaren Forscherpersönlichkeiten in erster Linie auf Theologen angewiesen sein wird. Kulturgeschichte des Christentums - sie schließt in Gegenwart und Vergangenheit die christlich-religiösen Prägungen unserer Kultur weit über die Grenzen kirchlich verfaßten Lebens hinaus ein. Die religiös präformierten Weisen unseres kulturellen Verhältnisses zur Natur, die sich heute bis in die ökologischen Bewegungen hinein auswirken, gehören hierher, die bis ins geltende Recht hinein nachweisbaren Elemente der sogenannten Zivilreligion des gleichen und ebenso die fortdauernden Interaktionen zwischen religiösen und politischen Orientierungen. Die Erforschung solcher Zusammenhänge spielt im Kontext traditioneller kulturwissenschaftlicher Fakultäten eher eine marginale Rolle. Der wichtigste Grund dafür ist die universitäre Existenz theologischer Fakultäten, denen insoweit die begründete Vermutung einschlägiger Zuständigkeiten gilt. Für die Universität Erfurt legt sich die Gründung einer Evangelisch-Theologischen Fakultät nicht nahe, und die Gründe dafür werden in diesen Empfehlungen erläutert. Die Empfehlungen erläutern überdies, wie sehr es das Fächerensemble einer kulturwissenschaftlichen Fakultät bereichern würde, wenn sie eine theologisch kompetente Kulturhistoriographie des Christentums als ihre eigene Angelegenheit aufnahme und fortführte. Die Zugehörigkeit der Bevölkerungswissenschaft einerseits und der Kulturgeschichte des Christentums andererseits zu einer Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät demonstriert zugleich beispielhaft die inter-

disziplinäre Spannweite einer Fakultät dieses Typs. Dabei ergibt sich diese Spannweite weder zufällig noch ist sie überzogen. Für weite Bereiche sozialwissenschaftlicher Theoriebildung gilt, daß sie ohne geschichtswissenschaftliche Rückbindung keine ausreichende empirische Basis fände, und umgekehrt setzen historische Erklärungen, als integraler Teil geschichtswissenschaftlicher Forschungsarbeit, heute die Nutzung der theoretischen Erklärungspotentiale voraus, die von den Sozialwissenschaften zur Verfügung gestellt werden. Diese wechselseitige Abhängigkeit geschichtswissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Forschung findet in der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ihren angemessenen institutionellen Rahmen.

Drittens ist die Errichtung eines Max Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien vorgesehen. Der Zweck dieser Einrichtung ist, für bewährte und überaus wichtig gewordene Formen zumeist auf der Basis von Drittmitteln stattfindender außeruniversitärer Forschungs Kooperation, die regelmäßig zeitlich befristeten Projekten gewidmet ist, nun auch inneruniversitär eine Infrastruktur anzubieten und so die Forscherkooperativen in die Universität zu deren Vorteil hineinzuholen. - Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien wird etatisiert. Der befristet amtierende geschäftsführende Direktor hält, wie die Vorsitzenden der Kollegien der Universitätszentren, dekanalanaloge Stellung im kollektiven universitären Leitungsgremium „Senat“. An der Projektarbeit der im Max Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien konferenzierenden Forschergruppen, die regelmäßig interuniversitär, zumeist auch international besetzt sind und häufig, wenn auch nicht immer, interdisziplinären Charakter haben, sind je nach der Thematik ihrer Abschlußarbeiten auch Studenten des Graduiertenstudiums zu beteiligen. - Dem Max Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien sind sechs Gastprofessuren zugewiesen, die befristet jeweils für die Dauer eines oder zweier Semester zu besetzen sind, und zwar mit Forscherpersönlichkeiten, die nach ihren speziellen Kompetenzen für die Forschungsprojekte des Kollegs von besonderer Wichtigkeit sind. Über die Lehrangebote, die von diesen Gastprofessoren zu erwarten sind, werden die Erfurter Studienangebote für alle Universitätsangehörigen bereichert.

Wie das Lebenswerk keines anderen Klassikers der jüngeren deutschen Wissenschaftsgeschichte deckt das Lebenswerk Max Webers just den Gesamtzusammenhang der Disziplinen ab, die an der künftigen Universität Erfurt in Forschung und Lehre eingerichtet sein sollen - von der Jurisprudenz über die Wirtschaftswissen-

schaften und Sozialwissenschaften bis hin zu den historischen Kulturwissenschaften einschließlich der Theologie und den Religionswissenschaften. Wie kein anderer Klassiker unserer Wissenschaftsgeschichte bietet sich daher Max Weber, der in Erfurt geboren wurde, als Namensgeber für das geplante Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an.

Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien eignet sich nach bewährten Erfahrungen aus der Gründungsgeschichte anderer Universitäten dazu, als erste Einrichtung der neuen Universität, nämlich mit Teilfunktionen der Projektforschung, die Arbeit aufzunehmen.

Ein Entwurf für die künftige Satzung der Universität Erfurt und damit für ihre Selbstverwaltungsorganisation ist diesen Empfehlungen nicht beigelegt. Soweit diese Organisation nicht ohnehin in den Rahmenvorschriften geltender Gesetze ihre Maßgaben findet, sollte die Selbstverwaltungsstruktur der neuen Universität ihrer Selbstorganisation überlassen werden, sobald ihre Gremien die dafür benötigte Mindestgröße erreicht haben.

Erfurt, im Januar 1994

gez. Hermann Lübke
Vorsitzender des Strukturausschusses der
Gründungskommission der Universität Erfurt

1. Vorbericht

Der Strukturausschuß der Gründungskommission der Universität Erfurt wurde am 2. Juni 1993 durch den Thüringer Minister für Wissenschaft und Kunst konstituiert.

Dem Strukturausschuß gehören an

Professor Dr. rer. pol. Dr. h.c. **Karl Alewell**
Professor für Betriebswirtschaftslehre (insbesondere Marketing
und Hochschulmanagement)
Justus-Liebig-Universität Gießen

Professor Dr. rer. pol. **Herwig Birg**
Professor für Bevölkerungswissenschaft,
Universität Bielefeld

Marcus Bosse
Student am Thüringenkolleg
Erfurt

Professor Dr. rer. pol. **Sven Caspersen**
Professor für Wirtschaftswissenschaften, Universität Aalborg
Rektor der Universität Aalborg
Vorsitzender des Liaison Committees zur EG

Professor Dr. theol. **Wilhelm Ernst**
Professor für Moralthologie und Ethik
Philosophisch-Theologisches Studium Erfurt

Dr. rer. nat. habil. **Ulrich Fickel**
Thüringer Minister für Wissenschaft und Kunst

cand. theol. **Georg Funke**
Student der Katholischen Theologie (Diplomstudiengang)
Philosophisch-Theologisches Studium Erfurt

Professor Dr. phil. **Lothar Gall**
Professor für mittlere und neuere Geschichte
Universität Frankfurt/Main

Professor Dr. phil. **Peter Haungs**
Professor für Politikwissenschaft
Universität Trier

Professor Dr. theol. **Peter Hünemann**
Professor für Dogmatik
Universität Tübingen

Professor Dr. theol. **Udo Kern**
Professor für Systematische Theologie
Universität Jena
Dekan der Theologischen Fakultät

Professor Dr. phil. **Peter Graf Kielmansegg**
Professor für Politische Wissenschaft
Universität Mannheim

Dr. rer. nat. **Ruth Kölblin**
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Universität Jena

Professor Dr. phil. **Bernhard König**
Professor für Romanische Philologie
Universität Köln

Dr. phil. **Josef Lange**
Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz,
Bonn

Professor Dr. phil. **Hermann Lübke**
Honorarprofessor für Philosophie und Politische Theorie
Universität Zürich

Professor Dr. phil. **Odo Marquard**
Professor em. für Philosophie
Universität Gießen

Professorin Dr. phil. fil.dr. Dr. h.c.mult. **Els Oksaar**
Professorin für Allgemeine und Vergleichende Sprach-
wissenschaft
Universität Hamburg

Professor Dr. theol. Dr.h.c. **Trutz Rendtorff**
Professor für Systematische Theologie unter besonderer Berück-
sichtigung der Ethik
Ludwig-Maximilians-Universität München

Thomas Rösel
Student der Humanmedizin
Universität Jena

Professorin Dr. Ing. habil. **Dagmar Schipanski**
Professorin für Festkörperelektronik
Prorektorin der Technischen Universität Ilmenau

Professor Dr. jur. **Udo Steiner**
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht sowie
Verwaltungslehre
Universität Regensburg

Professor Dr. rer. pol. **Manfred Streit**
Professor für Volkswirtschaftslehre
Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen
Jena

Professor Dr. jur. **Lajos Vékás**
Rektor Collegium Budapest

Dr. iur. Klaus **Dieter Wolff**
Universitätspräsident a.D. der Universität Bayreuth
Gründungsbeauftragter der Universität Erfurt

Professor Dr.-Ing. **Gerd Zimmermann**
Professor für Entwerfen und Architekturtheorie
Rektor der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Zum Vorsitzenden des Strukturausschusses wurde Prof. Dr. Hermann Lübke berufen, zum stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg.

Der Strukturausschuß trat zu insgesamt sechs Arbeitssitzungen zusammen. Die Empfehlungen für die Struktur der Universität Erfurt wurden in der Sitzung des Ausschusses vom 14. Januar 1994 einstimmig verabschiedet. Sie werden hiermit vorgelegt.

2. Vorgaben und Vorentscheidungen

Der Ausschuß hatte bei seinen Beratungen Vorgaben und Vorentscheidungen zu berücksichtigen – darunter, als die wichtigsten, die im folgenden aufgezählt:

2.1. Hochschulstrukturkommission des Landes Thüringen – Arbeitsgruppe Universität Erfurt – Empfehlung zur Wiedergründung einer Universität Erfurt

Die „Empfehlung zur Wiedergründung einer Universität Erfurt“ – vorgelegt von der „Arbeitsgruppe Universität Erfurt“ der Hochschulstrukturkommission des Landes Thüringen – wurde am 14.11.1991 verabschiedet.

Sie schlägt die Errichtung einer Universität Erfurt mit „10.000 Studienplätzen“ im „Endausbau“ vor. Eine „erste Ausbauphase“ habe die Einrichtung von 6.000 Studienplätzen zu umfassen – davon 3.000 Studienplätze für eine Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät sowie weitere 3.000 Studienplätze für eine Philosophische Fakultät.

Für eine „zweite Ausbauphase“ sei zusätzlich die Einrichtung von 3.000 Studienplätzen „für eine Naturwissenschaftliche Fakultät“ vorzusehen sowie die Einrichtung von „je 500 Studienplätzen für die Ausbildung von evangelischen und katholischen Theologen“.

Der in den genannten Zahlen unterstellte Bedarf an zusätzlichen Studienplätzen im Lande Thüringen wird detailliert begründet. Zugleich wird mit Nachdruck empfohlen, die Gründung einer neuen Universität in Erfurt als begünstigende Gelegenheit zu Innovationen in Forschung und Lehre zu nutzen.

2.2. Wissenschaftsrat. Stellungnahme zur Gründung einer Universität in Erfurt

Die am 24.1.1992 verabschiedete Stellungnahme des Wissenschaftsrats zur Gründung einer Universität in Erfurt bestätigt, daß sich „für das Ende der 90er

Jahre ... eine Nachfrageentwicklung" abzeichne, „die Raum ... für eine Gründung einer kleinen Universität in Erfurt" lasse.

Die Aufnahme der künftigen Universität Erfurt „in das Hochschulverzeichnis gemäß dem Hochschulbauförderungsgesetz" komme jedoch erst in Frage, wenn unter anderem „ein detailliertes Konzept für die Universitätsgründung" vorliege.

Der Wissenschaftsrat bekräftigt, die Naturwissenschaften seien in der künftigen Universität Erfurt „vorerst nicht" einzurichten. Weiterhin heißt es, „eine Neugründung in Erfurt" könne „durch die bewußte Begrenzung auf Kulturwissenschaften einerseits und Staats- und Verwaltungswissenschaften andererseits, durch eine überschaubare Größe und durch neue Studiengänge ein eigenes Profil gewinnen".

Der Einrichtung von Ausbildungsgängen in Evangelischer und Katholischer Theologie stimmt der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme zu, findet jedoch, daß das „nicht am Beginn der Gründung stehen" solle.

2.3. Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Landeshochschulplan

Der Landeshochschulplan Thüringen wurde am 21.12.1992 vom Thüringer Minister für Wissenschaft und Kunst gemäß § 104 des Thüringer Hochschulgesetzes vorgelegt.

Der Landeshochschulplan entspricht inhaltlich den Empfehlungen, die die nach dem Vorschlag des Wissenschaftsrats 1991 eingesetzte Thüringer Hochschulstrukturkommission unter ihrem Vorsitzenden, Prof. Dr. Karl Alewell, im Dezember 1992 abgegeben hatte – ergänzt durch Anregungen der Thüringer Hochschulkonferenz.

Zu den „vorrangigen Aufgaben" thüringischer Hochschulpolitik zwischen 1993 und 1995 zählt der Landeshochschulplan die „gründliche Vorbereitung der Wiedegründung einer Universität Erfurt ab 1993 mit dem Ziel, den Studienbetrieb in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu eröffnen".

In Aufnahme der Empfehlungen zur Wiedegründung einer Universität Erfurt, die die Arbeitsgruppe Universität Erfurt der Hochschulstrukturkommission des Landes Thüringen vorgelegt hat (s. Ziff. 2.1) sowie der Stellungnahme des Wissenschaftsrats dazu (s. Ziff. 2.2) wird im Landeshochschulplan geltend gemacht, daß nach gegenwärtiger Vorausschätzung die Nachfrage nach Studienplätzen in Thüringen bereits zu Beginn des nächsten Jahrzehnts die Zahl der bei Fortschreibung aktueller Gegebenheiten verfügbaren Studienplätze um ca. 6.000 überbieten werde.

Der Landeshochschulplan bekräftigt die Absicht, die somit innerhalb einiger weniger Jahre in Thüringen zusätzlich zu schaffenden universitären Studienplätze nicht an den vorhandenen Hochschulen auszubringen, vielmehr im Rahmen der neu zu errichtenden Universität Erfurt. Dabei solle die „Chance ... genutzt werden", der neuen Universität „ein inhaltlich und organisatorisch eigenständiges Profil" zu geben, nämlich das einer „forschungsorientierten Universität mit modernen Kulturwissenschaften und Staats- und Verwaltungswissenschaften".

Für die Evangelische und Katholische Theologie schreibt der Landeshochschulplan fest, daß sie das Fächerspektrum einer „Geistes-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften" umfassenden Universität ergänzen sollten. „Dazu könnten Teile der Kirchlichen Hochschule Naumburg und das Philosophisch-Theologische Studium Erfurt nach entsprechenden Verhandlungen mit ihren Trägern in die Universität Erfurt überführt werden." In Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Wissenschaftsrats zur Gründung einer Universität in Erfurt (s. Ziff. 2.3), der gemäß die Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen „auf absehbare Zeit selbständig bleiben" sollte, will auch der Landeshochschulplan „die PH Erfurt nicht zum Ausgangspunkt der Universitätsgründung" in Erfurt machen. „Erst nach der Umsetzung der Konzeption der Philosophischen Fakultät durch die Berufung eines ausreichenden Spektrums von Professoren" könne „die Übernahme der pädagogischen Ausbildung an die Universität erfolgen". Bis dahin müßten „die Berufungen der Pädagogischen Hochschule bereits auf die spätere Integration in die Universität ausgerichtet werden."

3. Sonstige Vorgaben und Eingaben

3.1. Denkschrift zur Gründung einer Europäischen Universität Erfurt

Sogleich nach Konstituierung des neuen Bundeslandes Thüringen hat sich in freier Initiative aus der Bürgerschaft Erfurts heraus ein „Gründungsausschuß der Stadt Erfurt für eine ‚Europäische Universität‘“ gebildet. Das Vorwort der von diesem Ausschuß vorgelegten Denkschrift trägt das Datum vom 27.8.1991. Die in der Denkschrift sich bekundende Idee, in Wiederanknüpfung an die abgebrochene Tradition einer der ältesten Universitäten Deutschlands die Universität Erfurt als reformorientierte „Europäische Universität“ neu entstehen zu lassen, hat im Inland wie im Ausland die Unterstützung bedeutender Persönlichkeiten gefunden. Auch der Strukturausschuß hält es für angemessen und würdig, universitätspolitisch an zukunftsfähige Traditionen, über die Erfurt in so reichem Maße verfügt, anzuknüpfen. Er bekräftigt überdies, daß europäische Orientierungen sowohl in der Forschung wie in der Lehre zu den Bedingungen gehören, von denen heute die Zukunftsfähigkeit einer Universität abhängt. Entsprechend konnte der Strukturausschuß die Denkschrift zur Gründung einer Europäischen Universität Erfurt in mannigfachen Hinsichten nutzen.

Im übrigen fügt sich freilich das Gründungskonzept dieser Denkschrift, als Konzept für die Errichtung einer großen Volluniversität einschließlich Medizinischer und Naturwissenschaftlicher Fakultäten sowie zweier vollständiger Theologischer Fakultäten nicht den Realitätsprämissen, die in den unter 2. skizzierten Vorgaben und Vorentscheidungen berücksichtigt sind und die auch der Strukturausschuß seinen Empfehlungen zugrunde legen mußte.

3.2. Eingaben von Verbänden und Individuen

Zahlreiche Persönlichkeiten aus den Bereichen der Wissenschaft, der Kultur, der Wirtschaft und der Politik, auch Repräsentanten interessierter Verbände und sonstiger Organisationen haben sich mit Vorschlägen für die Struktur der künftigen Universität Erfurt zu Wort gemeldet. Die Vorschläge sind höchst unterschiedlichen Inhalts – vom Vorschlag der Errichtung eines Fachbereichs für Mathematik auch ohne vorhandenes Komplement einer Naturwissenschaftlichen Fakultät über den

Vorschlag zur Ausbringung eines eigenständigen Kriminologischen Fachbereichs bis hin zur Erinnerung, daß in der Reihe der geisteswissenschaftlichen Disziplinen auch die Volkskunde nicht zu vergessen sei.

Eine vollständige Aufzählung dieser mannigfachen Eingaben ist hier nicht möglich. Der Strukturausschuß hat sich mit ihnen befaßt. Etliche Anregungen hat er berücksichtigen können, und auf vieles an sich Wünschenswerte hat er verzichten müssen. So oder so quittiert er mit Respekt und Dank das tätig bekundete Interesse, das sich hier der künftigen Universität Erfurt zugewandt zeigte.

3.3. Wissenschaftspolitisch maßgebliche Empfehlungen und Denkschriften

Es versteht sich von selbst und sollte nichtsdestoweniger ausdrücklich festgehalten sein, daß der Strukturausschuß seine Arbeit ohne Rekurs auf die mannigfachen aktuellen Vorschläge zur Reorganisation und Reform der universitären Forschung und Lehre in Deutschland nicht hätte tun können – von der Denkschrift „Geisteswissenschaften heute“ über die „10 Thesen zur Hochschulpolitik“ des Wissenschaftsrats oder das Förderungsprogramm „Innovationskollegs“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Verbindung mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie, das „Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland“ sowie die Empfehlungen „Zur Forschung in den Hochschulen“ der Hochschulrektorenkonferenz bis hin zum Bericht über „Hochschulpolitik im internationalen Vergleich“, den eine niederländische Expertengruppe im Auftrag der Bertelsmann Stiftung kürzlich vorgelegt hat.

4. Zwei Erfurter Sonderprobleme

4.1. Die Universität Erfurt und die Theologie

Jede Universitätsgründung setzt den Nachweis des Bedarfs der Anzahl der Studienplätze voraus, die mit dieser Gründung bereitgestellt werden sollen. Für die gesamthaft 6.000 Studienplätze, die die neue Universität Erfurt bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts in Thüringen nachfrageorientiert zusätzlich anbieten möchte, ist der entsprechend fällige Bedarfsnachweis in den Untersuchungen, die diesen Empfehlungen vorausgegangen sind, erbracht worden (s. Ziff. 2.3).

Für zusätzliche Studienplätze, soweit sie in neuen Theologischen Fakultäten für die Zwecke der Pfarrer-Ausbildung zur Verfügung gestellt sein würden, läßt sich nach gegenwärtiger Voraussicht ein Bedarfsnachweis nicht erbringen. Das gilt jedenfalls dann, wenn man die in der Bundesrepublik Deutschland gesamthaft angebotenen Studienplätze in Theologischen Fakultäten zur derzeit gesamthaft vorhersehbaren Nachfrage nach solchen Studienplätzen in Beziehung setzt. Das ist es, was auch den Landeshochschulplan Thüringen zu seiner zurückhaltenden Empfehlung veranlaßt hat, die politisch in Aussicht genommene Überführung von Ausbildungskapazitäten der (evangelischen) Kirchlichen Hochschule Naumburg sowie des (katholischen) Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt in die künftige Universität Erfurt könne und solle „nicht am Beginn der Gründung“ der neuen Universität Erfurt stehen.

Vom Bedarfsargument bleiben allerdings andere Erwägungen unberührt, die dafür sprechen, auch die Theologie in das Fächerspektrum der künftigen Universität Erfurt einzubeziehen. Das sei zunächst für die Katholische Theologie dargestellt.

4.1.1. Die Katholische Theologie

Die katholische Kirche besaß bis 1945 im Osten Deutschlands zwei sehr lebenskräftige Zentren, nämlich in Schlesien mit dem Erzbistum Breslau einerseits und in Ostpreußen mit der Diözese Ermland andererseits. Ihnen entsprachen akademisch die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Breslau einerseits und die Katholische Akademie Braunsberg andererseits. Geistig wurde der Raum der mit-

teldeutschen Diaspora, der weitgehend identisch ist mit den heutigen fünf neuen Bundesländern, vor allem vom schlesischen Katholizismus, in zweiter Linie auch vom ostpreußischen Katholizismus getragen. Wesentliche Beiträge personaler und sachlicher Art leisteten ferner die Bistümer Paderborn und Fulda.

Mit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs entstand auch für den mitteldeutschen Katholizismus eine gänzlich neue Situation. Die Diaspora in dieser Region, die sich auch mentalitätsmäßig weithin abhängig fühlte von den starken katholischen Diözesen, mußte sich geistig und personell selbständig machen. Daß das gelang, ist nicht zuletzt Verdienst des 1952 gegründeten Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt. Diese Hochschule zählt in diesem Jahr immerhin über zweihundertfünfzig Studierende, für deren Ausbildung zehn Professuren und fünf Dozenturen zur Verfügung stehen. Die zugeordnete Spezialbibliothek umfaßt mehr als einhunderttausend Bände.

Die für das Gebiet der DDR zuständigen Bischöfe hatten bewußt davon Abstand genommen, eine Katholisch-Theologische Fakultät an einer der Universitäten der DDR anzustreben, weil das die Freiheit von Forschung und Lehre empfindlich eingeschränkt oder behindert hätte. So arbeitete das Philosophisch-Theologische Studium Erfurt während der Dauer der DDR ohne staatliche Anerkennung, aber auch unabhängig vom Weisungsrecht der staatlichen Hochschuladministration. Die Anerkennung durch die Behörden der DDR sowie die Verleihung eines eigenen Promotions- und Habilitationsrechts erfolgte erst nach der Wende im September 1990.

Die Arbeit des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt wurde durch eine Reihe von Faktoren begünstigt. Zu diesen begünstigenden Faktoren gehört nicht zuletzt die große Tradition der alten Universität Erfurt, die übrigens die einzige im alten Reich war, an der über mehr als einhundertundfünfzig Jahre hinweg gleichzeitig Katholische wie Evangelische Theologie doziert wurde.

Für Orientierung und Motivation der Studierenden begünstigend wirkte überdies, daß im Erfurter Raum die besonderen Prägungen des katholischen Eichsfelds und die im übrigen vorherrschende Diasporasituation aufeinanderstoßen. Die Studierenden hatten so Gelegenheit, regional relativ geschlossene kirchliche Traditionen kennenzulernen und sich zugleich mit der Diasporasituation vertraut zu machen, in der sie später überwiegend tätig zu werden hatten.

Zu den Faktoren, die das Philosophisch-Theologische Studium in Erfurt begünstigten, gehörte schließlich der anerkannte Rang seiner Dozenten. Zeugnis der von ihnen geleisteten Forschungsarbeit sind nicht zuletzt die beiden stattlichen Publikationsreihen „Erfurter Theologische Studien“ und „Erfurter Theologische Schriften“.

Erfurt erhob sich so zum theologischen Vor-Ort der mitteldeutschen Diaspora. Etwa fünfundsiebzig Prozent des jetzigen Klerus im östlichen Teil Deutschlands haben hier ihre philosophisch-theologischen Studien absolviert. Durch die jährlich stattfindenden Fortbildungsveranstaltungen wurde ein lebendiger Kontakt mit dem Klerus gewahrt. Darüber hinaus wurden zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen theologischer Art für Laien angeboten.

Das ökumenische Gespräch zwischen der katholischen Kirche und den evangelischen Landeskirchen wurde wesentlich vom Philosophisch-Theologischen Studium Erfurt inspiriert und getragen. Darüber hinaus hat sich das Philosophisch-Theologische Studium Erfurt zu einem wichtigen Ort theologischen Austausches mit Professoren und Studierenden in den ehemaligen Ostblockländern entwickelt. Eine Reihe der im Untergrund geweihten Geistlichen und Ordensleute der ehemaligen CSSR wurden von Erfurter Professoren bei den für sie schwierigen theologischen Studien begleitet.

Auf Grund der Bedeutung und Ausstrahlungskraft des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt und der besonderen kirchlichen Lage im östlichen Teil Deutschlands besteht Konsens unter den Bischöfen, die theologische Ausbildung des Klerus und des sonstigen Seelsorgepersonals für Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt in Erfurt vorzusehen. Die entsprechenden Kommissionen der Deutschen Bischofskonferenz haben ein gleichlautendes Votum abgegeben. Es besteht weiterhin Konsens, daß das Philosophisch-Theologische Studium in die künftige Universität Erfurt integriert werden sollte. Auch hierzu liegen die entsprechenden offiziellen Voten der Kirche vor.

Diese und weitere Erwägungen machen deutlich: Die Beantwortung der Frage, ob der neuen Universität Erfurt auch katholisch-theologische Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen zugeordnet werden sollten, kann durch das statistische Faktum, daß in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ein Mangel an theologischen Ausbildungsplätzen nicht besteht, nicht als beantwortet gelten. Man hat in

diesem Falle auch die historisch vorgeprägten regionalen Verhältnisse ins Auge zu fassen. Aus ihnen ergibt sich in der Quintessenz, daß die bewährte, speziell auf die mitteldeutschen Verhältnisse abgestellte Theologen-Ausbildung in Erfurt fortgeführt werden sollte.

Auch in ökumenischer Perspektive will es angemessen erscheinen, im östlichen Teil Deutschlands mit seinen landeskirchlichen Traditionen entstammenden oder heute auf sie bezogenen sechs Evangelisch-Theologischen Fakultäten nunmehr auch eine Katholisch-Theologische Fakultät in staatlicher Trägerschaft, nämlich an der Universität Erfurt zu errichten.

Der Strukturausschuß macht allerdings nachdrücklich geltend, daß eine Katholisch-Theologische Fakultät in Übernahme und Fortführung der Aufgaben des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt nur dann gegründet werden sollte, wenn sichergestellt ist, daß die neue Katholisch-Theologische Fakultät in ihren Potentialen in Forschung und Lehre uneingeschränkt den Standards entspricht, die auch an den vorhandenen Katholisch-Theologischen Fakultäten in Deutschland regelmäßig erfüllt sind.

Die in diese Empfehlungen aufgenommenen Vorschläge für Errichtung und fachliche Ausgestaltung einer Katholisch-Theologischen Fakultät sind Vorschläge für eine Fakultät des im nationalen und internationalen Vergleich üblichen Standards. Der Strukturausschuß kann somit nicht empfehlen, an der künftigen Universität Erfurt eine Katholisch-Theologische Fakultät geringeren Standards einzurichten. Das hieße nämlich, in einem wichtigen Teil der künftigen Universität den Ansprüchen nicht gerecht zu werden, die die künftige Universität Erfurt nach diesen Empfehlungen in Forschung und Lehre in allen ihren Fakultäten erfüllen sollte.

4.1.2. Die Evangelische Theologie

Für den Bereich der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen wird der Bedarf an Ausbildungsplätzen für Pfarramtskandidaten durch die Evangelisch-Theologische Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena erfüllt. Die benachbarte evangelische Kirchliche Hochschule Naumburg ist inzwischen aufgehoben worden. Von den an dieser Hochschule ausgebracht gewesenen Professuren sind vier Professuren für Evangelische Theologie in den Stellenplan der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen übernommen worden. Die Inhaber dieser Stellen erfül-

len entsprechend nicht mehr Aufgaben der Theologenausbildung, sondern stehen für Zwecke der Religionslehrausbildung zur Verfügung.

Inzwischen haben der Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen sowie der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen gemeinschaftlich empfohlen, an der künftigen Universität Erfurt neben der Katholisch-Theologischen Fakultät auch eine Evangelisch-Theologische Fakultät zu errichten. Nach den die gesamte Bundesrepublik Deutschland betreffenden statistischen Fakten ist auch in diesem Falle ein Bedarf an zusätzlichen Studienplätzen für die Ausbildung (evangelischer) Theologen nicht erkennbar. Aber auch unter regionalen Gesichtspunkten ließe sich schwerlich begründen, wieso in Thüringen neben der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena, bezogen auf die Region der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, eine zweite Evangelisch-Theologische Fakultät errichtet werden sollte. Andererseits verkennt der Strukturausschuß nicht das Gewicht des Arguments, daß an einer geisteswissenschaftlich zentrierten Universität selbstverständlich auch die Evangelische Theologie präsent zu sein hat, und das überdies an einem Platz mit den historischen und näherhin reformationsgeschichtlichen Prägungen Erfurts. In der Reihe der Studienangebote lehrausbildender Fakultäten sind Studienangebote für die Ausbildung von Religionslehrern eo ipso unentbehrlich. Darüber hinaus gilt, daß die wissenschaftlich disziplinierte Vergegenwärtigung der Herkunftsgeschichte unserer europäischen Kultur einschließlich ihrer wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlich-institutionellen Aspekte ohne Rekurs auf die Kirchengeschichte, auf die Theologiegeschichte, auf die Wirkungsgeschichte biblischer Texte, der Bekenntnisschriften und der Frömmigkeitsliteratur grob unvollständig bliebe. Im Kanon der Fakultäten traditioneller deutscher und auch sonstiger europäischer Universitäten hatten und haben die genannten und weiteren Teile unseres für das Verständnis unserer Herkunftsprägung unentbehrlichen Bildungswissens ihren akademischen Ort eben in den Theologischen Fakultäten. Es gliche einem Akt kultureller Selbstbornierung, wenn man, weil ein Bedarf für die Errichtung Theologischer Fakultäten nicht besteht, damit auch alle sonstigen Formen universitärer Präsenz der Christentumsgeschichte für entbehrlich hielte. Die kultureinheitstiftende Bedeutung der biblischen Texte ist für die Überlieferungsgeschichte der europäischen Literatur nicht geringer als die der kanonischen Werke des griechischen und lateinischen Altertums, und die historische Realität des alten Reiches ist keinem heutigen Studenten der Geschichtswissenschaft ohne die Zumutung verständlich zu machen, sich auch auf die Kirchengeschichte und

näherhin auf die Staatskirchenrechtsgeschichte bis hin zur großen Säkularisation am Ende des alten Reiches einzulassen. Thesen über den Zusammenhang frömmigkeitsgeprägter bürgerlicher Mentalitäten einerseits und der Entstehung rationaler neuzeitlicher Wirtschaftsweisen andererseits sind kraft der Wirkungsgeschichte zentraler Thesen Max Webers jedem Studenten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften geläufig. Bis in die Gegenwart hinein sind dominante politische Optionen sozialwissenschaftlich identifizierbarer Bevölkerungsgruppen, Parteienprofile, Unterschiede in der Modernitätsfähigkeit sowie der Resistenz gegen Modernitätsfolgeschäden religiös und näherhin konfessionell mitgeprägt, und an einer geisteswissenschaftlich zentrierten neuen Universität, in der überdies eine zentrale Forschungseinrichtung neuen Typs sich mit dem Namen Max Webers verbinden soll (s. Ziff. 8), sind Forschungs- und Lehrkapazitäten, die den exemplarisch genannten Sachthemen gewidmet sind, auch dann und gerade dann unentbehrlich, wenn an die Errichtung theologischer Fakultäten nicht oder vorerst nicht gedacht werden könnte.

In Aufnahme der skizzierten Argumente empfiehlt der Strukturausschuß die Errichtung eines Martin-Luther-Instituts für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums, und zwar im Rahmen der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (s. Ziff. 7.5.7.).

4.1.3. Ökumenische Aspekte

Der Strukturausschuß fand sich mit der Anregung konfrontiert vorzuschlagen, an der künftigen Universität Erfurt eine Ökumenische Theologische Fakultät zu errichten, die in Forschung und Lehre für den Bereich der Katholischen Theologie wie für den Bereich der Evangelischen Theologie Zuständigkeiten aus akademischer Selbstverwaltung wahrzunehmen habe. Der Strukturausschuß verkennt nicht die Erfahrungskontexte, aus denen heraus sich ein solcher Vorschlag nahelegen mag. Er hat aber geltend zu machen, daß es für die Errichtung einer Ökumenischen Theologischen Fakultät weder eine kirchenrechtlich noch staatskirchenrechtlich tragfähige Basis gibt.

Davon bleibt unberührt, daß unbeschadet der konfessionellen Unterschiede und unbeschadet ihrer kirchenrechtlich und staatskirchenrechtlich sanktionierten Eigenständigkeit die Theologien beider großen Konfessionen fachwissenschaftlich sich in vielen Hinsichten einander angenähert haben.

Zumal für die konfessionsindifferenten Methodologien der historisch-philologischen Disziplinen gilt das. Probleme der Hermeneutik haben in prinzipieller Hinsicht universellen Charakter. Die entfaltete Praxis ökumenischer Zusammenarbeit der Kirchen, überdies die historisch-politischen Erfahrungen der Kirchen mit dem Totalitarismus wollen nach seinem Untergang auch innertheologisch thematisiert sein, und es geschieht das heute in interkonfessioneller Kooperation.

Es ist selbstverständlich, daß solche ökumenisch-praktischen und fachwissenschaftlichen Übereinstimmungen auch die Kooperation zwischen der Katholisch-Theologischen Fakultät der künftigen Universität Erfurt einerseits (s. Ziff. 7.1.) und dem Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums andererseits (s. Ziff. 7.5.7) begünstigen werden. Der Strukturausschuß empfiehlt entsprechend, bei der Sicherung der Infrastruktur für die Katholisch-Theologische Fakultät und für das Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums strikt auf Dubletten zu verzichten, die sich historisch einzig aus Differenzen der Konfessionen erklären ließen, ohne durch diese sachlich und rechtlich erzwungen zu sein. Exemplarisch heißt das: Lehrangebote in alten Sprachen sollten von den zuständigen theologischen Lehr-einrichtungen an der Universität Erfurt gemeinschaftlich organisiert und angeboten werden, und im Rahmen der Universitätsbibliothek Erfurt, die als Einheitsbibliothek organisiert werden wird, sind generell diejenigen Bücher- und Zeitschriftenbestände, die für theologische Studien konfessionsindifferent obligaten Charakter haben, gemeinschaftlich anzubieten.

4.2. Die Universität Erfurt und ihr Verhältnis zur Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen

Zu den Aufgaben, die dem Strukturausschuß der Gründungskommission der Universität Erfurt übertragen worden sind, gehört auch die Vorlage einer Empfehlung, wie das Verhältnis der künftigen Universität Erfurt zur Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen einzurichten sei.

Dafür bieten sich, grundsätzlich, drei Möglichkeiten an. Erstens könnten beide Hochschulen selbständig fortgeführt und entwickelt werden, was mannigfache zweckmäßige Kooperationen keineswegs ausschloß – insbesondere dann nicht, wenn beide Hochschulen, wie ohnehin vorgesehen, städtebaulich ihren Platz auf

ein- und demselben Hochschulgelände fänden, ja einen Campus bildeten. Entsprechende Kooperationsformen benachbarter selbständiger Hochschulen sind national wie international wohlherprobt – von der Inanspruchnahme der Dienstleistungen eines gemeinschaftlichen Studentenwerks über eine Bibliothekskooperation bis hin zur Tätigkeit gemeinsamer, auf Dauer gestellter Kommissionen zur Organisation von Gemeinschaftsvorlesungen und Kooperationen bei Prüfungen und Berufungen. Man bleibt realistisch, wenn man feststellt, daß dieser Kooperationsmodus zweier Hochschulen, insbesondere wenn es sich dabei um eine Universität einerseits und eine Pädagogische Hochschule andererseits handelt, in Deutschland bildungspolitisch nicht populär ist. Um so nachdrücklicher sollte man, um den Blick für Lösungen, die in Deutschland durch die überwiegend herrschenden Konventionen nicht gedeckt sind, zu öffnen, empfehlen, über die speziellen Vorteile nachzudenken, die gerade auch mit dieser Lösung verbunden sind. Zu den wichtigsten dieser Vorteile dürfte gehören, daß die speziellen fachlichen und didaktischen Anforderungen, denen die Grundschullehrerbildung zu entsprechen hat, nicht durch unangemessene Formen universitärer Akademisierung beschädigt werden. Man sollte dabei ausdrücklich auch die Gründe zur Kenntnis nehmen, die einige Nachbarländer Deutschlands, darunter die beiden südlichen Nachbarländer, veranlaßt haben, an der institutionellen Selbständigkeit universitärer Gymnasiallehrerbildung einerseits und der eigenständigen Hochschul-ausbildung zumindest der Grundschullehrer andererseits festzuhalten. – Wie auch immer: Dem Strukturausschuß sind keine Gründe bekannt geworden, die nach der Natur der Sache dazu zwingen, die Grundschullehrerbildung künftig generell den Universitäten zu übertragen. Es hat auch nur eine geringe Wahrscheinlichkeit, daß man solche zwingenden Gründen in den erwähnten Nachbarländern bislang beharrlich übersehen hätte.

Eine zweite, gleichfalls real existent gewordene Möglichkeit, das Verhältnis von benachbarten Einrichtungen einer Universität einerseits und einer Pädagogischen Hochschule andererseits einzurichten, bestünde darin, die Pädagogische Hochschule in ihrer als solcher sich erhaltenden Gesamtheit zu einer eigenständigen Fakultät neben den übrigen Fakultäten der Universität zu machen. Der Vorteil dieser Lösung wäre, daß die Nutzung zentraler Hochschuleinrichtungen nicht erst der Effektuierung über Absprachen bedürfte, vielmehr in der Einheit vorhandener Verwaltungs- und Selbstverwaltungseinrichtungen eo ipso bestünde. Dasselbe gälte auch für die Nutzung interfakultärer Lehrangebote. Exemplarisch bedeutet das: Die pädagogischen Ausbildungsanteile künftiger Gymnasiallehrer würden inner-

halb der zur Erziehungswissenschaftlichen Fakultät verwandelten, ehemals selbständigen Pädagogischen Hochschule absolviert, und umgekehrt stünde nichts entgegen, daß der fachwissenschaftliche akademische Unterricht für künftige Grundschullehrer, soweit er nicht speziellen didaktikwissenschaftlichen Anforderungen unterliegt, in den jeweils zuständigen Fakultäten der Universität jenseits ihrer Erziehungswissenschaftlichen Fakultät stattfindet.

Drittens ließen sich die fachwissenschaftlichen Disziplinen der Pädagogischen Hochschule in die analogen Fachbereiche der Universität integrieren, wobei dann diejenigen erziehungswissenschaftlichen Disziplinen, für die es ein universitäres Äquivalent nicht gibt – von der Allgemeinen Erziehungswissenschaft über die Berufspädagogik bis zur Grundschulpädagogik – wiederum eine eigenständige universitäre Erziehungswissenschaftliche Fakultät zu bilden hätten.

Es ist keine im engeren Sinne fachwissenschaftliche Frage, welche der drei skizzierten Möglichkeiten den Vorzug verdiene. Es handelt sich vielmehr um eine politische Frage, das heißt um eine Frage, auf die die Antwort in erster Linie von Faktoren abhängig sein wird, die nicht den Status fachwissenschaftlicher Aussagen haben. Nichtsdestoweniger erkennt der Strukturausschuß der Gründungskommission für die Universität Erfurt nicht, daß die Pragmatik der örtlichen Hochschulverhältnisse am Platze Erfurt, darüber hinaus und vor allem die Knappheit verfügbarer materieller und personeller Ressourcen es ausschliesse, gleichzeitig und parallel zueinander in Erfurt eine neue Universität zu errichten und zugleich den Ausbau der bereits vorhandenen Pädagogischen Hochschule in den bereits haushaltsplanerisch festgeschriebenen Dimensionen fortzuführen. Exemplarisch heißt das: Es erscheint ausgeschlossen, gleichzeitig und parallel an der neuen Universität Erfurt einen Fachbereich Anglistik, der universitären Ansprüchen genügt, einzurichten und zugleich an der Pädagogischen Hochschule jene fünf Professuren für Anglistik zu besetzen, die im Stellenplan des Haushalts der Pädagogischen Hochschule Erfurt ausgewiesen sind.

Der Strukturausschuß geht entsprechend davon aus, daß sich in dem bereits erfolgten, partiell universitätsanalogen Ausbau der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen der Wille der zuständigen politischen Instanzen bekundet, die Pädagogische Hochschule in die künftige Universität Erfurt zu integrieren.

Für diesen Fall empfiehlt der Strukturausschuß für den Integrationsvorgang die fol-

genden Modalitäten: Erstens sollte über eine erste Phase hinweg die neue Universität Erfurt personell und fachlich unabhängig von den Vorgegebenheiten der existenten Pädagogischen Hochschule in Erfurt geplant, eingerichtet und aufgebaut werden. Die Integration der Pädagogischen Hochschule sollte erst zu einem Zeitpunkt erfolgen, zu welchem mindestens die Hälfte der für eine Fachwissenschaft vorgesehenen Professuren besetzt ist und die Fakultätsgremien mehrheitlich besetzt sind, innerhalb derer die Fachdisziplinen in Berufungsangelegenheiten kooperieren.

Zweitens sollten auch bereits während dieser ersten Aufbauphase der Universität, in der Universität einerseits und Pädagogische Hochschule andererseits noch institutionell getrennt sind, Absprachen zwischen den beiden Hochschulen getroffen werden, die sicherstellen, daß die Empfehlungen für die Struktur der Universität Erfurt im Rahmen des sachlich Sinnvollen auch der Berufungspraxis der Pädagogischen Hochschule zugrunde gelegt werden, sofern weitere Berufungen an die Pädagogische Hochschule unabweisbar sind.

Drittens ist der Übergang von Professoren von der Pädagogischen Hochschule zur Universität so zu regeln – gegebenenfalls durch die Ausbringung von kw-Professuren –, daß den betroffenen Fakultäten genügend Spielraum bleibt, die angestrebten fachlichen Profile auszubilden.

Viertens empfiehlt der Strukturausschuß, alsbald nach Errichtung der Universität in Fortführung seiner mit der Vorlage dieser Empfehlungen zunächst abgeschlossenen Arbeit eine Kommission einzusetzen, die die entsprechend fälligen Absprachen mit der Pädagogischen Hochschule trifft und die sich zu gegebener Zeit mit den Details der Integration beider Hochschulen zu befassen und diesbezügliche Vorschläge zu erarbeiten hat.

Der Strukturausschuß hält es für den Fall der Integrationslösung aus den schon genannten Gründen für erforderlich, in der Reihe der Fakultäten der künftigen Universität Erfurt auch eine Erziehungswissenschaftliche Fakultät vorzusehen (s. Ziff. 7.6.).

5. Profile der Universität Erfurt

Unter Berücksichtigung der erläuterten Vorgegebenheiten sowie in der Absicht, die Gunst eines Anfangs zu nutzen, empfiehlt der Strukturausschuß, die Gründung der Universität Erfurt an den im folgenden aufgeführten und erläuterten Grundsätzen zu orientieren.

5.1. Begrenztes, aber koordiniertes Fächerspektrum

Geisteswissenschaften, Jurisprudenz, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bilden ein Ensemble von Disziplinen, die im Vergleich mit den Naturwissenschaften, mit der Theoretischen und Klinischen Medizin sowie den Ingenieurwissenschaften einen ungleich geringeren Infrastrukturaufwand nötig machen – räumlich, installationstechnisch und personell. Entsprechend geringer sind die investiven und laufenden Mittel, die sie erfordern. Das hat sie universitätsgründungspolitisch in den Geruch „billiger“ Fächer gebracht. Dem entspricht der Verdacht, die Beschränkung auf diese Fächer in einem Universitätsgründungskonzept folge, statt Sachverhältnissen in Forschung und Lehre, dem kontingenten Faktum der Begrenztheit der in absehbaren Zeiträumen verfügbaren Mittel.

Tatsächlich gehört diese Begrenztheit der Mittel, die Empfehlungen zur Errichtung einer Volluniversität in Erfurt vorerst illusorisch machen würden, zu den indisponiblen Vorgaben, von denen der Strukturausschuß auszugehen hatte. Das schließt ein: Das Ideal einer Volluniversität ist dem Strukturausschuß, als vorerst unerreichbares Ideal, durchaus gegenwärtig gewesen. Für die vorgelegten Empfehlungen bedeutet das: Sie sehen die Errichtung einer Universität vor, die in ihrem eingeschränkten Fächerspektrum für Komplettierungen insbesondere durch naturwissenschaftliche Disziplinen uneingeschränkt offen bleibt.

Nichtsdestoweniger wäre es falsch, die Universität Erfurt in ihrem vorerst auf Geisteswissenschaften, auf Jurisprudenz sowie auf Wirtschafts- und Sozialwissenschaften begrenzten Fächerspektrum für eine umständehalber defiziente Hochschule zu halten. Der Strukturausschuß hat sich ausdrücklich der Frage gestellt, ob eine Universität, die im Unterschied zu einer Volluniversität ein vorerst stark eingeschränktes Fächer-Ensemble bilden wird, unabhängig vom kruden Faktum

begrenzter Ressourcen auch sachlich, nämlich durch Übereinstimmung mit bekannten und anerkannten wissenschaftspraktischen Erfordernissen der Forschung und Lehre gerechtfertigt sei.

Der Strukturausschuß bejaht diese Frage, und zwar uneingeschränkt. Er macht dafür zwei Gründe geltend. Erstens gibt es, national wie international, in der jüngeren Universitätsgründungsgeschichte viele Beispiele neuer Hochschulen mit einem gegenüber dem Ideal einer Volluniversität stark eingeschränkten Disziplinenpektrum, darunter auch Beispiele sehr erfolgreicher Universitätsgründungen, die in etlichen Disziplinen wegen erwiesener Exzellenz ihrer Leistungen in Forschung und Lehre weithin Anerkennung gefunden haben. Das bedeutet: Das Muster der „kleinen“, das heißt in ihrem Fächer-Ensemble eingeschränkten Universität ist erfahrungsbewährt.

Zweitens läßt sich, über das historische Argument hinaus, auch aus der Sache plausibel machen, wieso die uneingeschränkte Arbeitsfähigkeit einer Universität ihre Eigenschaft, eine Volluniversität zu sein, nicht zur Voraussetzung hat. Richtig ist zunächst, daß es in der Forschung wie in der Lehre Zuordnungserfordernisse von Fächern gibt, bei deren Nicht-Erfüllung keines der einander lokal zuzuordnenden bedürftigen Fächer lebensfähig wäre. Exemplarisch heißt das: Lehrerausbildende Disziplinen verlangen regelmäßig als Komplement die Pädagogik, und zwar am Ort. Die Wirtschaftsethik ist sinnvoll, wo es auch wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge gibt. Auf etliche „kleine“ Fächer von der Volkskunde bis zur Ethnologie müßte verzichtet werden, wo nicht zugleich auch Kontextfächer von der Soziologie über die Geschichtswissenschaften bis hin zur Volksliteraturkunde präsent sind.

Der Strukturausschuß hat solche ortsgebundenen institutionellen Koexistenzbedingungen einander zugeordneter Fächer regelmäßig beachtet.

Darüber hinaus aber gilt: Keine Universität – und sei sie als Volluniversität noch so groß – ist heute noch groß genug, als daß sie vor Ort forschungspraktisch allen bestehenden und ständig neu entstehenden interdisziplinären Kooperationsanforderungen entsprechen könnte. Noch in der deutschen Universitätsgründungsgeschichte um die Wende der fünfziger zu den sechziger Jahren hat die Vorstellung, in der Gestalt einer großen Volluniversität ließe sich ein lokal näherungsweise autarkes Wissenschaftsuniversum stiften, eine maßgebliche Rolle gespielt. Inzwi-

schen ist längst erwiesen, daß in der Mehrzahl der Fächer der erreichte Grad forschungspraktischer Spezialisierung sehr differenzierte und zugleich rasch wechselnde Kooperationserfordernisse mit sich bringt, die regelmäßig interuniversitären Charakter haben. Die institutionelle Antwort auf die Herausforderung dieses Problems lautet nicht, eine jede Universität um immer weitere Fächer und Sonderfächer zu ergänzen. Sie lautet vielmehr, daß innerhalb unserer Universitäten und unabhängig von ihrer Größe Einrichtungen vorzusehen seien, die die interuniversitäre Kooperation in den Fächern und zwischen den Fächern organisieren und zugleich auch für die universitäre Lehre nutzbar machen. Hierzu hat der Strukturausschuß eine Empfehlung erarbeitet, die unter Ziff. 8 eigens dargestellt werden soll.

5.2. Begrenzte Ressourcen

Die hier vorgelegten Strukturempfehlungen beziehen sich auf eine Universität, die nach den erläuterten Vorgaben und Vorentscheidungen nach Abschluß ihrer ersten Aufbauphase gesamthaft etwa 6.000 Studenten Studienplätze bieten soll. Dieser quantitativen Vorgabe liegt eine detaillierte Abschätzung der Bedarfsentwicklung zugrunde, zu der auch der Wissenschaftsrat Stellung genommen hat (s. Ziff. 2.2.). Im Landeshochschulplan Thüringen (s. Ziff. 2.3.) ist das des näheren ausgeführt.

Inzwischen ist von verschiedenen Seiten die Frage gestellt und öffentlich erörtert worden, ob 6.000 zusätzliche universitäre Studienplätze, statt sie im institutionellen Rahmen einer neuen kleinen Universität anzubieten, nicht zweckdienlicher in schon vorhandenen Hochschulen zusätzlich ausgebracht werden sollten. Unter Berücksichtigung der Fächer, auf die die fraglichen neuen Studienplätze zu verteilen sind, hätte man dabei in erster Linie an die Friedrich-Schiller-Universität Jena zu denken.

Der Strukturausschuß erkennt nicht, daß, international, benötigte neue Studienplätze sowohl über Neugründungen von Hochschulen wie auch durch Erweiterung der Kapazitäten vorhandener Hochschulen geschaffen worden sind. Nichtsdestoweniger vertritt er einhellig und mit Nachdruck die Auffassung, daß die in Thüringen bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts zusätzlich benötigten universitären Studienplätze im institutionellen Rahmen einer kleinen neuen Universität, eben der

Universität Erfurt, geschaffen werden sollten. Der Strukturausschuß stützt die insoweit ohnehin erklärte Absicht der Thüringer Landesregierung mit drei Argumenten.

Erstens beruht die gelegentlich geäußerte Besorgnis, die Mittel, die künftig der neuen Universität Erfurt zuzuwenden sind, würden den vorhandenen Hochschulen entzogen, auf einer unschwer erkennbaren Fehlargumentation. Es handelt sich doch, generell, um die Erfüllung der Fälligkeit, im Bundesland Thüringen bis zur Wende des laufenden Jahrzehnts 6.000 universitäre Studienplätze zusätzlich zu errichten. Wo immer sie errichtet werden: die Kosten für sie müssen so oder so zusätzlich aufgebracht werden, und sie werden somit auch niemandem entzogen, wenn sie, statt in einer vorhandenen alten, in einer neuen Hochschule ausgebracht werden. Wer sie in einer neuen Hochschule ausbringt, entschlägt sich damit des Gedankens, zusätzliche Studienplätze ließen sich kostenfrei durch weitere Erhöhung von Überlastquoten schaffen. Die Gründung einer neuen Universität bewahrt somit die vorhandenen Hochschulen am sichersten vor Tendenzen schleichender Überlastquotenerhöhung. Das bedeutet: Unter dem Druck der gerade in den neuen Bundesländern zu erwartenden steigenden Studienplatznachfrage liegt die Gründung einer neuen Hochschule im Interesse der alten, nämlich näherhin im Interesse der Erhaltung zuträglicher Studienbedingungen auch in der Zukunft.

Es bleibt allerdings richtig, daß die Einrichtung neuer Studienplätze an einer alten Hochschule anstatt im Rahmen einer Neugründung ökonomische Skalenvorteile bringt. Indessen konkurrieren diese schwer exakt kalkulierbaren Vorteile mit unverkennbaren Vorzügen, die kleine und mittelgroße Universitäten sehr großen Hochschulen voraus haben. Die Hochschulentwicklung in Deutschland leidet bis heute darunter, daß man sich mit der Frage der Minimalgröße von Hochschulen regelmäßig beschäftigt hat, zu wenig hingegen mit der Frage, welche Größenordnung Hochschulen in ihrer Entwicklung nicht überschreiten sollten.

Zweitens wächst die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit einer Universität keineswegs mit ihren quantitativen Dimensionen. In wohlbestimmten Hinsichten ist das Gegenteil der Fall. Die kommunikative Dichte akademischen Lebens ist in kleinen Einrichtungen organisationsabhängig eher größer als in sehr großen. Die wichtigsten Vorzüge der Campus-Universität, die sich in ihren quantitativen Entwicklungsmöglichkeiten architektonisch selbst beschränkt, beruhen gerade auf diesem Effekt. Auch der neuen Universität Erfurt, die unbeschadet wünschenswerter Nut-

zung verfügbarer altestädtischer Bauten für universitäre Sondereinrichtungen den Status einer stadtnahen kleinen Campus-Hochschule haben soll, wird das zugute kommen. Überdies gilt: Begrenzte Jahrgangsbreiten, moderate Größen der Vorlesungsauditorien sowie der Seminare und Übungen verbessern die Qualität der Ausbildung und die Wahrscheinlichkeit erhöht sich, daß die Regelstudienzeiten eingehalten werden können (s. auch Ziff. 5.5.2.).

Drittens sind Gründungen innovationsbegünstigende Vorgänge. Gewiß sind die Hochschulen, als wissenschaftliche Einrichtungen, generell innovationspflichtig. Indessen sind Situationen, in denen man, wie in Gründungssituationen, von Vorgegebenheiten etwas weniger abhängig ist, wissenschaftspraktisch vorteilhafte Situationen. Auf einen Grundsatz gebracht heißt das: Fällige Expansionen des Wissenschaftssystems sollten tunlichst für Neugründungen genutzt werden.

Im Falle der Universität Erfurt geschieht das. Es gehört zu den schönen hochschul- und auch landespolitischen Nebeneffekten dieser Gründung, daß sie den Status einer traditionserneuernden Gründung hat, über die zudem, wie angemessen, eine neue Landeshauptstadt den Status einer Universitätsstadt gewinnt.

5.3. Geisteswissenschaftliche Zentrierung

In einer Universität, in der über die Geisteswissenschaften hinaus zunächst lediglich Jurisprudenz, Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften ausgebracht werden sollen, gewinnen die Geisteswissenschaften relativ an Gewicht. Ist das in einer zivilisatorischen Lage, in der wir wie nie zuvor von technisch-industriellen Lebensvoraussetzungen abhängig geworden sind, nicht der falsche hochschul- und wissenschaftspolitische Ansatz? Der Strukturausschuß hat sich bei seinen Überlegungen von einer doppelten Antwort auf diese Frage leiten lassen.

Zunächst: Unzweifelhaft wächst der Bedarf an natur- und technikwissenschaftlichen Forschungs- und Ausbildungskapazitäten. Entsprechend werden auch in Thüringen die vorhandenen einschlägigen Kapazitäten fortgeführt und weiterentwickelt – von der Technischen Hochschule Ilmenau über die Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar bis zu den naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universität Jena. Diesen Entwicklungen gegenüber versteht sich die geisteswissenschaftlich zentrierte neue Universität Erfurt nicht als Gegengründung.

Zu den kulturellen Folgen industriegesellschaftlicher Evolution gehört – nicht weniger als unsere wachsende Angewiesenheit auf naturwissenschaftlich-technische Kompetenzen – unsere gleichfalls wachsende Angewiesenheit auf Leistungen der Geisteswissenschaften. Die kulturelle Realität, in der sich das zum Ausdruck bringt, ist auch außerakademisch überall unübersehbar – vom inzwischen erreichten, historisch beispiellosen Grad der Musealisierung unserer kulturellen Umwelt über unsere singulären Aufwendungen für Zwecke des Denkmalschutzes bis hin zur Bestsellerträchtigkeit der Werke unserer literarisch kompetenten Historiker auf allen Feldern der Kultur. Bis in den politischen Lebenszusammenhang hinein läßt sich die wachsende Intensität modernitätsabhängiger Vergangenheitszuwendung verfolgen. Die gemeineuropäisch beobachtbaren neuen regionalistischen Bewegungen stehen für diesen Zusammenhang.

Was erklärt diese Komplementarität von Modernität und Geschichtsinteresse? Das ist eine zentrale geisteswissenschaftstheoretische Frage, um deren Beantwortung heute gestritten wird. Unabhängig von diesem Streit will das sich kulturell betätigende Geschichtsinteresse bedient sein, wozu als Bedingung seiner Rationalität seine methodisch-wissenschaftliche Disziplinierung gehört. Was das ausbildungspraktisch, auch publizistisch und medial heißt, ist hier nicht darzustellen. Es genügt zu erkennen, daß in einer dynamischen Zivilisation unsere Zukunftsfähigkeit nicht zuletzt von unserer Vergangenheitsfähigkeit abhängt, und die historischen Kulturwissenschaften sind die fachlich-akademische Disziplin dieser Fähigkeit.

Zweitens gilt: Modernisierungsprozesse bedeuten unter anderem, daß wir über immer größere soziale und regionale Räume hinweg miteinander kooperieren und real voneinander abhängig werden. Das hat nicht nur politische Konsequenzen, nämlich die der Herausbildung staatenübergreifender Institutionen und Rechtsordnungen. Es bedeutet auch, daß sich neue kommunikative Beziehungen herausbilden. Jeweils Andere rücken uns kulturell, sozial und politisch näher, und die Verständnis- und Verständigungsleistungen, die uns so abverlangt sind, werden anspruchsvoller. Das ist nicht allein ein Problem von Sprachkompetenzen. Es ist in letzter Instanz ein Problem unserer Fähigkeiten zur kulturellen und politischen Kommunikation über Grenzen verstandener Herkunftsunterschiede hinweg. Die Geisteswissenschaften sind ein unabdingbarer Teil der entsprechend fälligen Verständigungsprozesse. Ihre „Relevanz“ ist – wenn anders die Geisteswissenschaften einer Relevanznachweispflicht unterlägen – unschwer darzutun, und für eine geisteswissenschaftlich zentrierte kleine Universität gilt Analoges.

Es war stets eine wissenschaftspolitische Zweckerzählung, daß unter dem Druck der wachsenden Aufwendungen, die uns die Natur- und Technikwissenschaften in der Tat abverlangen, die Geisteswissenschaften zu einer residualen Schattenexistenz verurteilt seien. In Wahrheit haben auch im engeren universitätspolitischen Sinne die Geisteswissenschaften in ihrer Entwicklung an der allgemeinen Entwicklung des Wissenschaftssystems voll partizipiert. Im geisteswissenschaftlich zentrierten Gründungskonzept der neuen Universität Erfurt treten die Geisteswissenschaften nicht aus irgendwelchen Schatten heraus. Sie nehmen vielmehr mit kultureller und näherhin wissenschaftskultureller Selbstverständlichkeit in Anspruch, in Forschung und Lehre eine Universität zentral mitprägen und mittragen zu können.

5.4. Forschungsprofile

5.4.1. Eine neue Institution zur Begünstigung der Universitätsforschung

Der Anteil der inneruniversitär ausgegebenen Forschungsmittel an den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung insgesamt geht auch in Deutschland ständig zurück. Dieser Vorgang hat wissenschaftsstatistische Evidenz, und alljährlich verschafft uns der Bundesforschungsbericht diese Evidenz.

Auch die Geisteswissenschaften sind von diesem großräumigen Vorgang des Verlusts jenes Forschungsmonopols, das die Universitäten in den allerersten Jahrzehnten preußisch-deutscher Universitätsreform seit der Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin einmal innehatten, inzwischen mitbetroffen.

Der skizzierte Vorgang ist weder aufhaltsam noch bedauerlich. Indessen folgt aus ihm nicht, daß der Grundsatz der Einheit von Forschung und Lehre, das heißt der Grundsatz, daß die Universitätslehrer im Regelfall zugleich Forscher sein sollten und somit die akademische Lehre Forschungsnähe behält, Geltung und universitätsorganisatorische Maßgeblichkeit eingebüßt habe. Das Gegenteil ist der Fall: Je bedeutsamer nach Zahl der Einrichtungen, nach den Dimensionen ihrer Haushalte, nach der Zahl der hier beschäftigten Wissenschaftler und nach dem Rang ihrer Leistungen die Forschung außerhalb der Universitäten sich entwickelt, um so zwingender ist das Erfordernis, die Universitäten, als Stätten akademischer Lehre, zugleich als Forschungseinrichtungen uneingeschränkt leistungsfähig zu halten.

Das ist im Grundsatz überall unbestritten, und in der Universitätsgründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist man bekanntlich ausnahmslos diesem Grundsatz gefolgt. Besondere Bedeutung gewinnt er bei der Universitätsreorganisation und bei den Gründungen neuer Universitäten in den neuen Bundesländern. In der DDR hatte sich bekanntlich in den Konsequenzen der Forschungspolitik dieses Landes der universitäre Anteil an den Forschungsaufwendungen insgesamt noch drastischer rückentwickelt als in der alten Bundesrepublik Deutschland, und für die Grundlagenforschung gilt das zumal. Genau komplementär dazu sind jetzt in den erneuerten und neuen Universitäten vorrangig die Forschungspotentiale zu stärken.

Von dieser generell anerkannten Fälligkeit läßt sich auch der Strukturausschuß bei seinen Empfehlungen leiten. Er empfiehlt somit, an der neuen Universität eine zentrale Einrichtung mit der Aufgabe, Formen außeruniversitär längst entwickelter und bewährter Forschungsinitiierung in die Universität selber zurückzuholen und über sie zugleich die Forschungsnähe des Graduierten- und Postgraduiertenstudiums zu verbessern. Es wird die Errichtung eines Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien vorgeschlagen. Die Voraussetzungen dieses Vorschlags sowie die Aufgaben des Kollegs werden unter Ziff. 8 des näheren erläutert.

5.4.2. Forschungsschwerpunkte und ihre Organisation in Universitätszentren

Der Strukturausschuß empfiehlt, auch in Erfurt die Universitätsforschung nach bewährten Mustern durch Schwerpunktbildungen zu begünstigen. Dabei ist sich der Strukturausschuß bewußt geblieben, daß der Erfolg von Schwerpunktbildungen in der Forschung und in der geisteswissenschaftlichen Forschung zumal in erster Linie von der Findung geeigneter Persönlichkeiten abhängt. Nichtsdestoweniger bedarf die Schwerpunktbildung in der Forschung der institutionellen Stützung und Absicherung. Der Strukturausschuß schlägt hierfür die Bildung von Universitätszentren vor.

Anders als die befristete Projektforschung, für die das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien den institutionellen Rahmen bietet (s. Ziff. 5.4.1. sowie Ziff. 8), bieten die hier vorgeschlagenen Universitätszentren die Möglichkeit zur mittelfristig angelegten Kooperation. Die in einem Universitätszentrum zusammenarbeitenden Professoren, die im übrigen Mitglieder ihrer

jeweiligen Fakultäten bleiben, bilden ein Kollegium, das die auf den jeweiligen Forschungsschwerpunkt sich beziehenden Aktivitäten initiiert, koordiniert und evaluiert sowie der Universität jährlich Bericht erstattet. Zur Vorbereitung von Entscheidungen über den Fortbestand der Universitätszentren in ihrer jeweiligen Ausrichtung sind auswärtige Gutachter zu hören. Der Strukturausschuß empfiehlt, den Vorsitzenden der Kollegien, komplementär zu den Dekanen und analog zum geschäftsführenden Direktor des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien (s. Ziff. 8.7.4.) Sitz und Stimme im Senat zu geben. Der Senat der künftigen Universität Erfurt wird auf diese Weise zu einem Gremium werden, in dem auf der Spitzenebene der Universität institutionell sichtbar und wirksam Forschung und Lehre verklammert sind. Überdies empfiehlt der Strukturausschuß, den Kollegien Mitwirkungsrechte in den Fakultätsgremien zu geben, die für die Wiederbesetzung von Professuren, die schwerpunktrelevant sind, Berufungsvorschläge auszuarbeiten und zu beschließen haben. Die Zentren sollten ihre Forschungsvorhaben in erster Linie über die Einwerbung von Drittmitteln finanzieren. Sie verfügen über eine eigene kleine Verwaltungsinfrastruktur. Entsprechend ihrer Langfristigkeit können den Universitätszentren im Rahmen der Universitätsbibliothek Teilbibliotheken zugeordnet werden.

Der Strukturausschuß empfiehlt die Einrichtung der nachfolgend aufgeführten Universitätszentren. Da diese Einrichtung inhaltlich von personellen Konstellationen abhängig ist, die sich nicht mit Sicherheit vorhersagen lassen, ist dabei Offenheit für Varianten in der Schwerpunktbildung, gegebenenfalls auch für den Austausch von Forschungsschwerpunkten nötig.

5.4.2.1. Universitätszentrum für Humanismusforschung

Thüringen ist wie kein anderes deutsches Bundesland historisch-kulturlandschaftlich durch die Epoche der klassischen deutschen Literatur und Philosophie geprägt. Während die deutsche Klassik unbeschadet ihrer aufgeklärt-universalistischen und weltliterarischen Gehalte und Bezüge voll am gemeineuropäischen, spezifisch modernen Vorgang nationaler Kulturdifferenzierung teilnimmt, gelten im Humanismus noch europaweit analoge, verbindliche Bildungskanon zumeist lateinischer Prägung. Dazu steht nicht im Widerspruch, daß in der Epoche des Humanismus zugleich auch die nationalen Profile europäischer Kultur zusätzliche Prägnanz gewinnen. Allein schon die in diese Epoche gehörenden Bibel-

übersetzungen mit ihren volkspädagogischen Absichten und Wirkungen, als wesentlicher Teil der europäischen Reformationgeschichte, lassen das erkennen.

Strukturell repräsentiert auch der Humanismus, wie Renaissance und Reformation, die für die Kulturgeschichte Europas bis heute prototypische Figur der zukunfts-trächtigen Neuerungen durch Neuvergegenwärtigung von Herkunftsbeständen.

Neue und intensiviertere Vergegenwärtigung der erläuterten Zusammenhänge hat im Zeitalter politischer und kultureller Europäisierungsvorgänge erläutnungsunbedürftige Aktualität.

Keiner besonderen Erläuterung bedarf auch, daß die spezielle Berücksichtigung der Epoche des Humanismus in der kulturwissenschaftlichen Forschung sich zu den besonderen historischen Prägungen des Platzes Erfurt in ausgezeichneter Weise fügt. Damit konveniert überdies das keineswegs äußerliche Faktum, daß Erfurt mit der Bibliotheca Amploniana über eine Sammlung verfügt, die auch für die Humanismusforschung große Bedeutung hat. Über die Gründung der Universität Erfurt könnte diese international wohlbekannte und längst vielfältig genutzte einzigartige Bibliothek forschungspraktisch zusätzlich an Bedeutung gewinnen. Die Bibliotheca Amploniana gehört zu den wichtigsten Handschriftensammlungen auf deutschem Boden, und sie wurde über die Bestände hinaus, die ihr Stifter eingebracht hat, durch umfangreiche weitere Zugänge im Verlauf des 15. Jahrhunderts noch erweitert.

Die historische Kontur der Bibliotheca Amploniana legt es übrigens nahe, den Schwerpunkt Humanismusforschung nicht eng zu fassen, vielmehr ihn offenzuhalten für die spätmittelalterliche Vorgeschichte des Humanismus wie auch, auf der anderen Seite, für die europäische Frühaufklärung, soweit und solange noch das Gelehrtenlatein ihr Medium war.

Disziplinär bedeutet die hier empfohlene forschungspraktische besondere Berücksichtigung der Epoche des Humanismus, daß an der Universität Erfurt Fächer präsent zu sein haben, deren Bedeutung im Kontext der Gymnasiallehrausbildung sich in jüngerer Zeit eher rückläufig entwickelt hat – von den klassischen Philologien bis zur neulateinischen Philologie.

5.4.2.2. Universitätszentrum für Europäisches Verfassungsrecht, Regionalismus und Föderalismusforschung

Es bietet sich an, die Kompetenzen, die innerhalb der Juristischen Fakultät für die Lehrangebote verfügbar sein müssen, die dem Erwerb der vorgeschlagenen europarechtlichen Zusatzqualifikation dienen (s. Ziff. 7.2.), auch für die Bildung eines europarechtlichen Forschungsschwerpunkts zu nutzen. Dieser Schwerpunkt sollte zugleich, zumal zur Thematisierung von aktuellen Fragen europäischer Verfassungs- und Rechtspolitik, die Politikwissenschaft einschließen.

Näherer Erläuterung bedarf der Vorschlag, im Universitätszentrum für Europäisches Verfassungsrecht zusätzlich auch Fragen der Regionalismus- und Föderalismusforschung zu thematisieren. Der sogenannte Regionalismus hat sich, mannigfaltig national und funktional differenziert, zu einer gemeineuropäischen kulturellen und politischen Bewegung entfaltet. Dabei geht es, zumal in Westeuropa, zunächst, relativ politikfern, um reflexive kulturpolitische Bemühungen zur Sicherung regionaler Herkunftsprägungen sprachlicher, auch konfessioneller, denkmalpflegerischer und landschaftskultureller Art. Es handelt sich insoweit um das Engagement beträchtlicher Bevölkerungsgruppen, zumeist vereinsmäßig organisiert, bei Zwecken, denen sich längst auch die regionalen Gebietskörperschaften zugewandt haben – bis hin zu den von ihnen getragenen kulturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, die ihrerseits vielfältig international kooperieren.

Europapolitisches Gewicht gewinnt der Regionalismus als direkt in den politischen Lebenszusammenhang eingreifende Bewegung zur Durchsetzung gebietskörperschaftlich organisierter und gesicherter Selbstbestimmungsrechte, als Bewegung von Volksgruppen und Minderheiten, die im Rahmen nationaler Mehrheitskulturen Schutz und Betätigungsmöglichkeiten erstreben, bis hin zum keineswegs seltenen Extremfall staatsrechtlicher Separatismen.

Die Sympathien wie Antipathien, mit denen in der europäischen Öffentlichkeit, national differenziert, die skizzierten Bewegungen kommentiert werden, sind forschungspraktisch irrelevant. So oder so ist es aktuell, einen wichtigen Faktor gegenwärtiger Europapolitik zu thematisieren, zu analysieren und normativ zu validieren – bis hin zur Aufarbeitung der bereits in Recht und Institution umgesetzten kulturellen und politischen Absichten des Regionalismus. Das reicht von dem in den Maastrichter Verträgen festgeschriebenen Regionalausschuß, für den

von den Regionalisten aller Länder zusätzliche Kompetenzen angestrebt werden, bis hin zu den bereits erwähnten Bestrebungen zur verfassungsrechtlichen und völkerrechtlichen Positivierung von Volksgruppen- und Minderheitenrechten.

Es ist evident, daß die auch in West- und Südeuropa beobachtbaren verfassungspolitischen Tendenzen der Regionalisierung und Föderalisierung ohne die Hintergrundwirksamkeit der erwähnten regionalistischen Bewegungen nicht verstanden werden könnten. Ein zusätzliches Thema ist das Verständnis der organisationstechnischen Zweckmäßigkeit gewährleisteter Selbstverwaltung in kleinen gebietskörperschaftlichen Einheiten.

Es gibt Gründe anzunehmen, daß der angedeutete Trend der selbstverwaltungsambitionierten, gebietskörperschaftlich zu kleineren Einheiten drängenden, föderative Verfassungsstrukturen favorisierenden Transformation der europäischen Staatenwelt, mit Konsequenzen für die Verfassung der europäischen Institutionen selbst, vorerst Kraft behalten wird.

Auch bei diesem zweiten Schwerpunkt universitärer Forschung in Erfurt ist interfakultäre Kooperation verlangt. Juristen wie Volkskundler, Soziologen wie Politikwissenschaftler, Geographen wie Linguisten sind auf diesen Forschungsfeldern zur Zusammenarbeit aufgerufen.

5.4.2.3. Universitätszentrum für Regionalforschung Süd-Ost-Europa

Die Empfehlung, einen regionalwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkt Süd-Ost-Europa zu bilden, geht von der Voraussetzung aus, daß nach dem Ende der Teilung Europas die Länder im ehemaligen Herrschaftsbereich des real existent gewesenen Sozialismus sich wirtschaftlich und kulturell und in vorerst noch nicht absehbarer Weise auch institutionell europäisch reintegrieren werden. Diese Reintegration vollzieht sich bereits jetzt. Es liegt dabei in der regionalen Natur der Sache, daß unbeschadet der Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu den politischen Gemeinschaften des Westens von der EG bis zur NATO sich dabei Deutschland zu einem Zentrum der Beziehungen und Vermittlungen zwischen West- und Osteuropa entwickeln wird. Auf diese Herausforderungen haben auch die Universitäten zu antworten, als Stätten der Forschung wie der Lehre. In allen Bereichen des öffentlichen Lebens wird der Bedarf an Kräften wachsen, die durch ihre universitäre Ausbildung osteuropakundlich darauf vorbereitet sind, sich den beruflichen Herausforderungen zu stellen, die aus den neuen und sich verdichten-

den Kooperationen und Kommunikationen zwischen West- und Osteuropa resultieren. Das ist bei den Universitätsgründungen und Universitätsreorganisationen in den neuen Bundesländern regelmäßig beachtet worden. Polen und Rußland sind als regionalwissenschaftliche Schwerpunkte universitär ausgebracht, und der hier empfohlene Schwerpunkt Süd-Ost-Europa soll das komplettieren. Gemeint ist dabei die Region zwischen den Nachfolgestaaten der CSSR bis hin zu den süd-slawischen Ländern mit Einschluß Rumäniens einerseits und Ungarns andererseits.

Richtig ist, daß der süd-ost-europäische Raum im Vergleich mit den Großräumen Rußlands, Lateinamerikas, Süd-Asiens oder auch Ost-Asiens ein Raum der kleineren Dimensionen ist – wirtschaftlich wie bevölkerungsmäßig. Indessen ist bei den kleinen Dimensionen, in denen sich die Universität Erfurt zunächst zu bewegen hat, an die Errichtung eines großen regionalwissenschaftlichen Forschungszentrums vorerst nicht zu denken. Dieser Pragmatik entspricht die Empfehlung, an der Universität Erfurt regionalwissenschaftlich den kleineren süd-ost-europäischen Raum schwerpunktmäßig zu thematisieren. Es versteht sich von selbst, daß der fragliche Raum in der regionalwissenschaftlich ausgerichteten Universitätsforschung in Österreich seit langem Berücksichtigung findet. Das spezielle deutsche Interesse an der regional-wissenschaftlichen Thematisierung des fraglichen Raums bleibt davon unberührt, und auch mit den entsprechenden Forschungseinrichtungen in München ist dieses Interesse noch keineswegs ausreichend bedient. Die dramatisch verlaufende Verlagerung von Produktionsstätten deutscher Unternehmen in Länder der hier gemeinten Region demonstriert das, desgleichen die überraschend große und intensive Nachfrage nach den Lehr- und Informationsangeboten der neu eingerichteten Goethe-Institute. Schließlich ist der hier gemeinte Raum Herkunftsraum der unter den europäischen Ländern Deutschland in erster Linie betreffenden Migrationsströme.

Es bleibt noch darauf hinzuweisen, daß der süd-ost-europäischen Raum wie derzeit kaum ein anderer die Fälligkeit aufdringlich macht, über die friedenssichernde politische Bedeutung verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Positionierung von Minderheiten- und Selbstbestimmungsrechten nachzudenken. Völkerrechtlich hat das seinen Ort in den großen internationalen Institutionen und Organisationen. Wissenschaftspraktisch soll das an der Universität Erfurt aufgenommen werden. In der Empfehlung, im Rahmen des Studiums an der Juristischen Fakultät eine „Zusatzqualifikation“ für Europäisches Recht auszubringen (s. Ziff. 7.2.3.) geschieht das – näherhin in der Empfehlung, für diese Zusatzqualifikation eine Professur mit dem Schwerpunkt Verfassungs- und Verwaltungsrechtsvergleichung in Europa einzurichten. Im Rahmen dieser Zuständigkeit

bieten sich vergleichende Studien zum Stand der Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa an. Süd-Ost-Europa ist die für uns nächstgelegene unter den Regionen, in denen die Fortentwicklung der Minderheiten- und Volksgruppenrechte Aktualität und Dringlichkeit hat. Auch der Zuständigkeitsbereich der vorgeschlagenen Professur für Ostrecht ist davon mitberührt.

Es ist bekannt, daß die Länder der fraglichen Region längst begonnen haben, sich sowohl in ihrer Wirtschaftspolitik wie in ihrer Sicherheitspolitik mittel- und westeuropäisch zu orientieren. Auf diese Herausforderungen haben auch die Universitäten in den neuen Bundesländern zu antworten, und mit dem hier empfohlenen Universitätszentrum geschieht das in süd-ost-europäischer Richtung. Die Nachfrage nach einschlägigen regionalwissenschaftlichen Kenntnissen wird wachsen. Man darf erwarten, daß das auch einen qualifizierten Anteil von Studierenden aus den alten Bundesländern nach Erfurt führen wird.

Die Einrichtung des Regionalforschungsschwerpunkts Süd-Ost-Europa verlangt, daß die Kompetenzanforderungen an die Inhaber von Professuren in mehreren Fakultäten spezifiziert und tunlichst in dieser Spezifikation festgeschrieben werden. Das ist bei der Kennzeichnung der Professuren im Fakultäten-Teil dieser Empfehlung bereits in etlichen Fällen berücksichtigt worden (s. Ziff. 7.) – so bei der Ausbringung einer Professur für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte (Kirchliche Zeitgeschichte Mittel- und Osteuropas) in der Katholisch-Theologischen Fakultät, so in der Ausbringung einer Professur für Ostrecht in der Juristischen Fakultät, oder auch bei der Ausbringung einer Professur für Finnougristik in der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät. Daß in der Erfurter Slawistik auch die „kleinen“ slawischen Sprachen entsprechend speziell zu berücksichtigen sind, ergibt sich entsprechend, und bei der Romanistik die spezielle Berücksichtigung der südost-europäischen Romania. Selbstverständlich sind auch die Wirtschaftswissenschaften in die hier vorgeschlagene regionalwissenschaftliche Schwerpunktbildung einzubeziehen.

5.4.2.4. Universitätszentrum für Sprachforschung und Interkulturelle Kommunikation

In einer durch intensive internationale Kontakte in Wirtschaft und Wissenschaft, in Kultur und Politik gekennzeichneten Welt ist die Fähigkeit zur Interkulturellen Kommunikation in einer wachsenden Zahl von Berufen und Tätigkeiten eine Anforderung, auf das sich die Universitäten noch entschiedener und konzentrierter als bislang einstellen sollten. Interkulturelle Kommunikation setzt interaktionale Kompe-

tenzen voraus, die weit mehr umfassen als Sprachbeherrschung in Grammatik, Lexik und Aussprache. Sie verlangt darüber hinaus Kompetenzen im Umgang mit den kulturell differenziert geprägten Normen und Regeln für situationsbedingte Verhaltensweisen, über die sich erst erschließt, wie man das kommunikative Verhalten der jeweils anderen zu interpretieren hat und wie man darauf sich seinerseits kommunikativ einstellen muß. Das schließt auch die nonverbale Kommunikation mit ihren kulturell und sozial bedingten Unterschieden ein.

Zu den Aufgaben des hier vorgeschlagenen Zentrums für Sprachforschung und interkulturelle Kommunikation gehört die Erforschung der situationsspezifischen Sprachverwendung und kommunikativen Verhaltensweisen in der eigenen Kultur wie in fremden Kulturen, soweit sie an der Universität Erfurt in Forschung und Lehre thematisiert werden. Die Fälligkeit interfakultärer Kooperation der in Erfurt präsenten einschlägigen Disziplinen ergibt sich entsprechend, und das hier vorgeschlagene Zentrum für Sprachforschung und Interkulturelle Kommunikation soll dem dienen.

Die Sprache ist das wichtigste soziale Kommunikationsmedium – sozial sanktioniert und durch institutionenanaloge Eigenschaften gekennzeichnet. Sie ist das kommunikative Lebenselement aller Institutionen, einschließlich der europäischen. Ersichtlich fehlt es in Europa an interkultureller Interaktionskompetenz, und die Nachfrage nach solcher Kompetenz wächst sogar rascher als die entsprechenden Fähigkeiten. Auffällig verschärfen sich gegenwärtig nicht zuletzt die Kommunikationsprobleme zwischen Fachleuten aller Sparten und Funktionen einerseits und Laien andererseits. International gesehen sind die Fachsprachen sowohl der wissenschaftlichen Disziplinen wie die Sprachen, die sich als das Kommunikationsmedium auf sich ausdifferenzierenden Betätigungsfeldern herausbilden, bislang nur unzulänglich erforscht worden. Der Strukturausschuß schlägt vor, im Zentrum für Sprachforschung und Interkulturelle Kommunikation speziell die sich verschärfenden Kommunikationsprobleme in einer sich funktional ausdifferenzierenden Zivilisation zu thematisieren. Die Einrichtung des Zentrums eröffnet Möglichkeiten überfachlicher Kooperation und verlangt sie. Die interdisziplinären Aspekte der Aufgaben des Zentrums reichen von der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät über die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät bis zur Erziehungswissenschaftlichen Fakultät.

Das Zentrum für Sprachforschung und interkulturelle Kommunikation könnte dabei zugleich Brücken zwischen den sogenannten „zwei Kulturen“ bilden. Dafür

bedarf es nicht einmal der Einrichtung naturwissenschaftlicher Disziplinen an der Universität Erfurt in ihrem Beginn, wohl aber der interuniversitären Kooperation mit Naturwissenschaftlern in kommunikationstheoretischer Absicht.

Aktuelle erziehungswissenschaftliche Bedeutung gewinnen die Probleme interkultureller Kommunikation durch die migrationsbedingt anwachsende Präsenz von Kindern und Jugendlichen fremder Herkunft in unseren Schulen. Erziehungswissenschaftliche Probleme interkultureller Kommunikation ergeben sich zusätzlich aus dem Faktum, daß auch ganz unabhängig von Migrationsprozessen die kulturelle Homogenität moderner Gesellschaften abnimmt. In Abhängigkeit von unterschiedlichen Formen der Freiheitsnutzung entstehen höchst unterschiedliche Kompetenzniveaus sprachlicher und sonstiger Art, Formen politischer Beteiligung und gruppenbildende Lebensstile. Die sogenannte Massengesellschaft zerfällt. Freiheitsabhängig bilden sich mit gravierenden Auswirkungen auf die Bildungseinrichtungen kulturelle Sondermilieus heraus, deren Grenzen nicht zuletzt Verständigungsgrenzen sind. Das hat Konsequenzen für den Charakter der Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften, und zur Erforschung dieser Zusammenhänge ist die Kooperation von Sprach- und Kommunikationswissenschaftlern mit Sozialwissenschaftlern unerlässlich.

5.4.2.5. Universitätszentrum für Politische Philosophie

Deutschland ist, anders als insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, noch immer ein Land ohne intensiv geführte politisch-philosophische Diskurse. Sieht man von den vor allem die Universitäten bewegenden Versuchen einer Wiederbelebung des Marxismus ab, die vor einem Vierteljahrhundert in Westdeutschland aktuell war, oder auch von den gegenwärtig beobachtbaren Marginalien antiliberaler rechts-intellektueller Bewegtheiten, so spielen in Deutschland weder in der großen politischen Öffentlichkeit noch in der akademischen Sphäre politisch-philosophische Erörterungen eine bestimmende Rolle. Sogenannte Grundwertdebatten werden eher lustlos geführt, und große Publizität gewinnen, statt orientierungspraktisch offene Sachprobleme, vorzugsweise politische Moralismen in diffamierender Absicht. Analoga zur öffentlichkeitsprägenden Wirkung zum Beispiel der amerikanischen Kommunitarismus-Debatte fehlen in Deutschland.

Die Errichtung eines Universitätszentrums für Politische Philosophie könnte hier Impulse geben. Die öffentlichen Debatten über Grundfragen des gesellschaftlichen

Zusammenlebens und des politischen Handelns bedürfen auch der Anstöße, die aus der Wissenschaft kommen, und sie bedürfen der wissenschaftlichen Disziplin. Derzeit gibt es an keiner deutschen Universität ein von Philosophie und Politikwissenschaft gemeinsam getragenes Zentrum, von dem solche Anstöße ausgehen können. Hingegen fehlt es nicht an Themen von großer Dringlichkeit für das Gemeinwesen, die nicht angemessen behandelt sind, wenn sie nicht auch politikphilosophisch thematisiert werden – von der Frage nach den Gründen und Grenzen institutionalisierter Solidarität in modernen Gesellschaften bis zu der Frage nach den Bürgerrechten im Zeitalter weltweiter Massenmigration.

Das hier vorgeschlagene Universitätszentrum für Politische Philosophie müßte zunächst getragen werden von den einschlägigen politikwissenschaftlichen und philosophischen Professuren. Hinzutreten sollten, bei gegebener disziplinärer Ausrichtung und bekundetem Interesse, Professuren aus den Geschichtswissenschaften, aus den Wirtschaftswissenschaften, auch aus der Geographie, soweit diese hier exemplarisch genannten Disziplinen sich mit den Prinzipien zu befassen haben, die die Einrichtung und Verfassung eines freien und modernen Gemeinwesens tragen.

5.4.2.6. Universitätszentrum für Institutionenökonomie

Zentrale Fragestellung der im Universitätszentrum für Institutionenökonomie schwerpunktmäßig zu organisierenden Forschung sollte sein, wie Wirtschaftsabläufe durch institutionelle Rahmenbedingungen bestimmt, begünstigt oder auch gehemmt werden. Diese Fragestellung hat privatrechtliche wie wirtschaftsrechtliche, verfassungsrechtliche wie europarechtliche Aspekte. Die Transformationsproblematik in den Ländern des ehemaligen Herrschaftsbereichs des real existent gewesenen Sozialismus läßt die Relevanz der skizzierten Fragestellung zusätzlich aktuell werden. Sie berührt überdies wesentliche Inhalte der gegenwärtigen Erörterungen und Auseinandersetzungen um die Verfaßtheit der Europäischen Union. Es ist, zum Beispiel, naheliegend zu vermuten, daß die sogenannte Euro-Skepsis sich nicht zuletzt aus Erfahrungen nährt, daß die europäischen Institutionen partiell hemmende statt, wie sie es sollten, begünstigende Faktoren für die Entfaltung wirtschaftlicher Kräfte darstellen.

Man erkennt rasch, daß institutionenökonomische Fragestellungen auch von erheblicher verwaltungswissenschaftlicher Relevanz sind. Die Institutionenabhän-

gigkeit der Kosten administrativer Abläufe bestimmt heute einen wesentlichen Teil der Überlegungen zur Reform der Gemeindeverwaltung. Auch Privatisierungsvorschläge sind regelmäßig von institutionenökonomischen Argumenten mitgeprägt. Für die Hochschulreformdebatten gilt Analoges. Das bedeutet: Im Erfurter Universitätszentrum für Institutionenökonomie könnten sich im Fortgang der Forschungsarbeit Kerne für später verselbständigungs-fähige Forschungsschwerpunkte auf den Gebieten der Verwaltungswissenschaft oder der Hochschulforschung bilden.

In den meisten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten sind die institutionellen Faktoren wirtschaftlichen Handelns noch nicht in wünschenswertem Ausmaß Gegenstand betriebs- und volkswirtschaftlicher Forschungsanstrengungen. Das hier vorgeschlagene Forschungszentrum für Institutionenökonomie wird somit eine Lücke schließen.

Nach der Natur der Sache werden im Universitätszentrum für Institutionenökonomie Wirtschaftswissenschaftler mit Rechtswissenschaftlern und nicht zuletzt mit den Verwaltungswissenschaftlern unter ihnen kooperieren. Bezüge zur Politikwissenschaft liegen auf der Hand, vor allem aber zur Soziologie, speziell auch zur Rechtssoziologie. Von der empirischen Sozialforschung sind Beiträge zum Verständnis der Akzeptanz von institutionellen Innovationen erwünscht.

5.4.2.7. Universitätszentrum für Europäische Religionskulturforschung

Die Kooperation geschichtswissenschaftlicher, sozialwissenschaftlicher, literaturwissenschaftlicher und theologischer Disziplinen für die Erforschung religiöser Kultur in Europa hat sich an deutschen Universitäten bislang nur unzureichend entwickelt. Insbesondere wird es den Problemen aktueller religionskultureller Tendenzen in Europa nicht gerecht, ihre Erforschung vorzugsweise den theologischen Fakultäten zuzuordnen. Die kulturellen, sozialen und politischen Voraussetzungen und Folgen religiösen Lebens erstrecken sich weit über die Tätigkeitsräume der Kirchen hinaus, und ihre forschungspraktische Thematisierung kann sich nicht an die disziplinären Grenzen der Theologie binden.

Es liegt daher nahe, die religionswissenschaftlich relevanten Disziplinen, die an der Universität Erfurt ausgebracht sein werden, für die Bildung eines Universitätszentrums zur Erforschung der Europäischen Religionskultur zu nutzen.

Der Strukturausschuß schlägt vor, speziell die Epoche seit dem Ende des zweiten

Weltkriegs zum Gegenstand vergleichender europäischer Religionsforschung zu machen. Dazu gehören: Untersuchungen zur Wechselwirkung zwischen politischen Ordnungssystemen und sozialen Organisationen einerseits und religiösen Überlieferungen andererseits. Man darf vermuten, daß sich dabei die populär gewordene Kategorie der Säkularisierung als Deutungs- und Beschreibungsmittel für das Verständnis moderner religionskultureller Entwicklungen als unzureichend erweisen wird. Speziell würden damit auch Untersuchungen zur konfessionellen Ausprägung aktueller religions-kultureller Entwicklungen in Europa zum Themenfeld des hier vorgeschlagenen Universitätszentrums gehören und somit Fragestellungen aufgenommen worden sein, die seit Max Webers berühmten Untersuchungen zur Entstehung der modernen Welt noch nicht in einer gegenwartsbezogenen interdisziplinären Perspektive umfassend in Angriff genommen worden sind.

Auch die kulturelle, soziale und politische Bedeutung der neuen, vor allem migrationsabhängigen Präsenz nicht-christlicher Religionskulturen in Europa bedarf der religionswissenschaftlichen Thematisierung. Dies verknüpft die Aufgaben des Universitätszentrums für Europäische Religionskulturforschung zugleich mit Teilaufgaben des Universitätszentrums für Sprachforschung und Interkulturelle Kommunikation (s. Ziff. 5.4.3.4.).

Für die im vorgeschlagenen Universitätszentrum für Europäische Religionskulturforschung kooperierenden theologischen Disziplinen bilden die Aufgaben dieses Zentrums zugleich ein Feld forschungspraktischer ökumenischer Kooperation, und die der Theologie eignenden Potenzen zur Herstellung interdisziplinärer Verklammerungen werden universitär wirksam gemacht.

5.5. Lehrprofile

5.5.1. Keine hochspezialisierten Studiengänge

Der Strukturausschuß empfiehlt, die begrenzte Zahl erprobter, den Arbeitsmärkten vertrauter, zum Teil auch durch gar nicht zur Disposition der Universitäten stehender Vorgaben fixierter akademischer Studiengänge nicht um zusätzliche neue, hochspezialisierte Studiengänge zu vermehren, die jeweils ephemere für besonders aktuell gehalten werden.

Dabei verschließt sich der Strukturausschuß keineswegs dem Argument, daß in einer dynamischen Zivilisation die beruflichen Kompetenzanforderungen an die

Absolventen des universitären Studiums sich ständig wandeln. Aber gerade weil das so ist, sollten die Studienangebote nicht in immer weitere Novitäten aufgesplittet und dabei zugleich in eigenen, hochspezialisierten Studienordnungen festgeschrieben werden. Das hieße nämlich, sie tendenziell unflexibel und damit an den raschen und innerakademisch zugleich nicht vorab kalkulierbaren Anforderungswechsel weniger anpassungsfähig zu machen. Der Strukturausschuß empfiehlt daher, wünschenswerte Spezialisierungsangebote soweit wie immer möglich innerhalb des Rahmens vorgegebener Studienordnungen zu machen. Exemplarisch heißt das: Die Kompetenzanforderungen im Europäischen Recht, denen die Absolventen des juristischen Studiums in rasch wachsendem Maße ausgesetzt sind, sollten in Erfurt nicht durch Ausbringung eines eigenen Studienganges neben dem Studium der Rechtswissenschaft berücksichtigt werden, vielmehr durch Setzung eines Schwerpunkts für Europäisches Recht im Rahmen des gemeinen juristischen Studiums. – Oder: Für die Bedienung des künftig nach aller Voraussicht anwachsenden Bedarfs an regionalwissenschaftlich kompetent ausgebildeten Rumänien-Kennern sollte nicht ein grundständiger, bis zum Diplom führender Studiengang für regionalwissenschaftliche Balkanstudien – romanischer Teil – eingerichtet werden, vielmehr sollte innerhalb der romanistischen, geographischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Studienangebote die südosteuropäische Romania einen Schwerpunkt bilden.

In beiden exemplarisch genannten und in weiteren analogen Fällen bliebe so auch das Spektrum der Berufe breiter, für die sich die abgeschlossenen universitären Studiengänge berufspraktisch nutzen ließen. Auf solche Nutzbarkeit ihrer Studien haben die Studenten einen Anspruch. – Überdies gilt in der modernen Berufswelt generell: Die hoch speziellen Kompetenzen bilden sich ohnehin überwiegend berufspraktisch heraus, und eben deswegen sollten die zugeordneten Fachstudiengänge vorzugsweise an den innerfachlichen Generalia orientiert bleiben.

5.5.2. Studienreform

Die Frage, wie Qualität und Effizienz des Lehrens und Lernens an den deutschen Universitäten verbessert werden könnten, steht derzeit im Mittelpunkt der hochschulpolitischen Diskussion in Deutschland. Vor allem wird die in vielen Fächern überdehnte Studiendauer kritisiert und überdies der beunruhigend hohe Anteil der Studenten, die ihr Studium abbrechen. Auch die Universität Erfurt wird sich diesen Problemen stellen müssen. Sie ist aufgefordert, die Handlungsspielräume, die jeder Anfang eröffnet, zu Reformen in der Organisation des Studiums zu nutzen – Handlungsspielräume, die für eine einzelne Universität in einem in wesentlichen Aspekten durch staatliche Normen regulierten Hochschulsystem freilich begrenzt sind.

Der Strukturausschuß empfiehlt zunächst, zur Kenntnis zu nehmen, daß zu den wichtigsten Bedingungen für die Einhaltbarkeit der in den geltenden Studienordnungen festgeschriebenen Regelstudiendauer die folgende gehört: Gewährleistung der angemessenen und erfahrungsbewährten Relation der Zahl der Dozenten einerseits und der Zahl der Studenten andererseits.

Überlastquoten, die, wie in der Bundesrepublik Deutschland, auf Dauer gestellt werden, schädigen ineins die Qualität der Forschung wie der Lehre. Das ist trivial, nämlich hochschulpolitisch gemeinhin bekannt und anerkannt. Entsprechend sieht der Strukturausschuß für die künftige Universität Erfurt Relationen zwischen Dozenten- und Studentenzahlen vor, die, wenn sie sich konservieren ließen, Forschung und Lehre ineins erneuerungsfähig machen würden. Die rechtlichen und materiellen Bedingungen solcher produktiven Harmonie im Verhältnis von Forschung und Lehre lassen sich freilich einzig im Rahmen einer gesamtstaatlich koordinierten Politik sicherstellen, und darauf können sich die Empfehlungen für die Struktur einer einzelnen Universität nicht erstrecken. Nichtsdestoweniger hält es der Strukturausschuß für richtig, auch im Rahmen seines begrenzten Auftrags öffentlich an die fundamentale Trivialität zu erinnern, daß die Zumutung kapazitätsunangemessener Dauerüberlastung es unseren Universitäten unmöglich macht, ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den wachsenden Leistungsansprüchen zu erfüllen, die ihnen heute in Ausbildung und Forschung gemäß objektiven Erfordernissen unseres zivilisatorischen Lebenszusammenhangs abverlangt sind. Die schwerwiegenden Folgen fortdauernder Überlastung der Hochschulen sind bekannt. Die zumal in etlichen Geisteswissenschaften hohe Quote der Studienabbrecher ist durch sie jedenfalls mitbedingt. Sie ist die wildwüchsige Art, mit der sich unter dem Druck planloser Überlastquoten die unvermeidliche Selektivität des Hochschulsystems zur Geltung bringt, und zwar insbesondere dann, wenn man zuvor die Selektivität des Abiturs in vermeintlich bildungspolitisch wohlthätiger Absicht herabgesetzt hat. Sie begünstigt, nämlich relativ, die ohnehin Stärkeren, belastet die Schwächeren übers Unvermeidliche hinaus stark und enthält beiden die Förderung vor, die ihnen einzig in einem kapazitätsangemessen ausgelasteten Ausbildungssystem zugewandt werden könnte.

Auch bei zuträglichen Relationen zwischen der Zahl der Dozenten einerseits und der Zahl der Studenten andererseits gibt es Fälligkeiten der Reorganisation des Studiums, denen sich zu stellen eine der wesentlichen Aufgaben der künftigen Universität Erfurt sein wird. Der Strukturausschuß kann das nicht im Sinne von Vorschlägen für neue Studienordnungen vorwegnehmen. Aber er gibt einige Hinwei-

se, bei denen freilich zu beachten bleiben wird, daß die Ausgangsgegebenheiten in den verschiedenen Fächern und Studiengängen sehr unterschiedlich sind, Empfehlungen mithin fach- und studiengangspezifisch formuliert werden müssen. Exemplarisch geschieht das in diesen Empfehlungen für die Rechtswissenschaft (s. Ziff. 7.2.6.).

Speziell in den Fakultäten, die aus der alten Philosophischen Fakultät hervorgegangen sind, herrscht in Deutschland immer noch ein Verständnis akademischer Freiheit vor, demzufolge Studierende die curriculare Organisation ihres Studiums tunlichst in eigener Verantwortung wahrzunehmen hätten. Das Wort „Verschulung“, polemisch gemeint, ist bestimmt und geeignet, jede sachlich noch so offenkundig gebotene Infragestellung dieser Tradition zu diskreditieren. Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß, zum Vorteil für Studierende wie für Dozenten, in den Natur- und Technikwissenschaften der curricular fixierte Anteil des Studiums beträchtlich ist und komplementär dazu die Prüfungen so organisiert sind, daß sie diesen Fixierungen Verbindlichkeit geben. Der Strukturausschuß empfiehlt, für die Studiengänge der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät wie für die Studiengänge der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät stärker als im deutschen akademischen Milieu bislang üblich zumindest im Grundstudium curriculare Verbindlichkeiten zu konstituieren und Zwischenprüfungen so zu organisieren, daß sie in zwei Schritten am Ende des ersten und des zweiten Studienjahres zu absolvieren sind. Der Übergang ins zweite Studienjahr sollte nur möglich sein, wenn der erste Teil der Zwischenprüfung am Ende des ersten Studienjahres erfolgreich passiert worden ist. Eine solche Organisation des Grundstudiums schadet den guten Studenten, die auch ohne sie auskommen könnten, keineswegs, nützt aber den durchschnittlich oder schwächer qualifizierten Studenten beträchtlich.

Für das Hauptstudium, das zur Studienzeitverlängerung weitaus am meisten beiträgt, schlägt der Strukturausschuß vor, daß an der Universität Erfurt der Versuch unternommen werden möge, durch neue Formen intensiver und kontinuierlicher Studienberatung die Effizienz des Studierens zu steigern. Das könnte so aussehen, daß jeder Studierende im Hauptstudium unter seinen akademischen Lehrern einen Berater hat, mit dem er mindestens einmal im Semester Studienverlauf und Studienplanung erörtert. Wichtig sind dabei vor allem das erste Semester des Hauptstudiums und das vorletzte Semester vor dem Examen – das siebte also bei Regelstudiendauern von acht Semestern. Die zeitliche Belastung, die eine solche

Verpflichtung für die Professoren und die wissenschaftlichen Mitarbeiter mit sich bringen würde, ließe sich freilich einzig unter Bedingungen strikter Einhaltung der für die Erfurter Universität maßgebenden Relationen von Dozentenzahlen und Studentenzahlen in Grenzen halten. Sie wäre aber auch unter dieser Bedingung immer noch derart groß, daß die intensiviert studienbegleitende Beratung in angemessener Weise auf die Lehrdeputate angerechnet werden müßte. Wenn das geschähe, könnte die hier vorgeschlagene zeitaufwendige Studienberatung aber auch ernsthaft eingefordert, für Dozenten wie für Studenten verpflichtend gemacht und organisiert werden.

Schließlich wird noch in studienzeitverkürzender Absicht vorgeschlagen, auch an der Universität Erfurt von Anfang an die Bereitschaft von Studenten, ihr Studium in der Regelstudienzeit zu beenden, dadurch zu fördern, daß ein dabei nicht bestanden Examen nicht gezählt wird (sogenannter „Freiversuch“).

Der Vorschlag hingegen, auch an den Universitäten künftig Kurzstudiengänge einzurichten, erscheint dem Strukturausschuß eher als ein Ausweichen vor den Problemen überdehnter Studiendauer denn als ein sinnvoller Versuch ihrer Lösung. Der Strukturausschuß kann nicht empfehlen, die Universität Erfurt als Experimentierfeld für solche Kurzstudiengänge zu nutzen. Statt dessen sollten in Erfurt konsequenter als bisher andernorts geschehen in der vorgeschlagenen Weise alle Kräfte darauf konzentriert werden, die Studiendauer tunlichst in Übereinstimmung mit den vorgeschriebenen Mindeststudiendauern zu bringen. Kein Wachstum wissenschaftlichen Wissens rechtfertigt die temporale Expansion des Studiums. Die Dauer des Studiums hat sich an der Länge des Lebens und nicht an der Breite des wissenschaftspraktisch verfügbaren Wissens zu orientieren. Angesichts der Dringlichkeit, die die Frage nach der Qualität der akademischen Lehre inzwischen auch in Deutschland gewonnen hat, ist der Universität Erfurt im übrigen zu empfehlen, daß sie sich von Anfang an an der Suche nach sinnvollen Verfahren regelmäßiger Evaluation der Lehre beteiligen möge. Dabei ist insbesondere auch an die externe Evaluation der Lehrprogramme und Lehrleistungen von Fakultäten und Fachbereichen zu denken.

5.5.3. Direkter Studienzugang zur Promotion in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen

Beim wachsenden Anteil derjenigen Studenten geistes- und sozialwissenschaftli-

cher Disziplinen, die nicht Lehrerberufe oder sonstige an Staatsexamina gebundene Berufe in öffentlicher Anstellung anstreben, empfiehlt der Strukturausschuß, den Studierenden Gelegenheit zu geben, ohne Verpflichtung zu einem Abschluß in grundständigen Studiengängen – sei es Staatsexamen, sei es Magisterexamen – direkt zur Promotion gelangen zu können. Anders als in der Jurisprudenz, anders auch als in den Wirtschaftswissenschaften sind in den Geisteswissenschaften Studiengänge, die direkt zur Promotion führen, fachlich sinnvoll. Gewiß stellen solche Studiengänge höhere Anforderungen an die Fähigkeiten zur individuellen Selbstorganisation des Studiums. Indessen lassen sich diese Risiken durch bewährte und darüber hinaus neue Formen der Begleitung und Unterstützung des Promotionsstudienganges mindern – an der künftigen Universität Erfurt zum Beispiel durch die für das Graduiertenstudium sich eröffnenden neuen Möglichkeiten im Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien (s. Ziff. 8). Im übrigen sind die hier empfohlenen, direkt zur Promotion führenden Studiengänge auf die Anforderungen, die sich in den exemplarisch genannten Berufsfeldern jenseits der Schule stellen, gut eingerichtet.

Ein praktischer Einwand gegen die Einrichtung von Studiengängen, die direkt zur Promotion führen, lautet, daß in ihrem Rahmen ein Nachweis über den erfolgreichen Abschluß des Primärstudiums nicht erbracht werden könnte. Dieser Nachweis wird jedoch von einschlägigen Studienförderungsinstitutionen (namentlich auch dem BAFöG) nach Abschluß der Förderungshöchstdauer verlangt. Auch ist ein solcher Nachweis über den erfolgreichen Abschluß des Primärstudiums oftmals eine der Grundlagen für die Entscheidung über eine Graduiertenförderung. Der Strukturausschuß empfiehlt daher, zur Erfüllung der Bedingung eines absolvierten grundständigen Studiums, an die die Graduiertenförderung gebunden zu sein pflegt, in den Promotionsordnungen die Möglichkeit zu eröffnen, das Rigorosem vorzuziehen. Dieses vorgezogene Rigorosem wäre alsdann den Instanzen gegenüber, die für das Graduiertenstudium Förderungen gewähren, als erbrachter Nachweis eines primären Studienabschlußexamens geltend zu machen.

5.5.4. Promotion und Habilitation

Dissertationen haben heute in gar nicht seltenen Fällen einen Umfang und wissenschaftlichen Rang, der noch in den fünfziger, ja sechziger Jahren für Habilitationzwecke ausgereicht hätte. Zu den Voraussetzungen dieses erfreulich hohen Leistungsstandes gehört zumeist, wenn auch nicht immer, ein entsprechender Zeitaufwand. Zu den Gründen, die heute die Studiendauer in vielen Fällen ausgedehnt sein lassen, gehört somit auch der hohe Leistungsanspruch, an welchem man sich bei der Abfassung akademischer Abschlußarbeiten orientiert.

Der akademische Nachwuchs ist im deutschen Universitätssystem gehalten, über die Dissertation hinaus – und sei sie von hohem Rang – zum Zweck der Habilitation, durch die sich der junge Wissenschaftler zum Dozenten qualifiziert, eine Habilitationsschrift einzureichen. Dabei ist die Erwartung die, daß diese Habilitationsschrift ihrem Range nach die Dissertation noch zu überbieten habe. Dadurch verlängert sich der Zeitraum, an dessen Ende dem sogenannten Nachwuchswissenschaftler als Dozenten das Katheder zur Verfügung gestellt wird, bis ins Absurde, das heißt nicht selten bis an die Schwelle des vierten Lebensjahrzehnts.

Entsprechend ist der deutsche sogenannte akademische Nachwuchs überaltert. Es ist selbstverständlich, daß das erfreulich hohe Leistungsniveau, das Dissertationen und Habilitationsarbeiten heute in Deutschland immer wieder erreichen, auch an der Universität Erfurt zu wahren und wo immer möglich zu überbieten ist. Indessen: Das Leistungsniveau wissenschaftlicher Arbeiten ist mit ihrem Leistungsumfang nicht identisch. Auch weniger raumgreifende Arbeiten eignen sich für die Erprobung herausragender Könnerschaften uneingeschränkt. Entsprechend empfiehlt der Strukturausschuß, Promovenden und Habilitanden zu temporal optimierten Forschungsprojekten zu raten, nachdem heute die Wissenschaft in allen Disziplinen ungleich rascher als die Lebenszeit expandiert.

5.5.5. studium generale

Der Strukturausschuß empfiehlt, an der Universität Erfurt ein obligatorisches studium generale nicht vorzusehen.

Diese Empfehlung beruht nicht auf einer Geringschätzung des studium generale. Dessen orientierungspraktische Bedeutung wächst ständig, und davon ist auch der Strukturausschuß ausgegangen. Wenn er sich dennoch zur Empfehlung eines obligaten studium generale oder studium fundamentale nicht in der Lage sieht, so in Berücksichtigung des unbestreitbaren Faktums, daß unsere Universitäten in einem Umfang wie universitätsgeschichtlich niemals zuvor freie Studien- und Fortbildungsmöglichkeiten von gemeinem Interesse anzubieten pflegen. Hierzu zählen interfakultär Vorlesungsreihen, an das allgemeine akademische Publikum gerichtete Vortragsveranstaltungen prominenter Persönlichkeiten aus der Wissenschaft wie aus der Praxis einschließlich der politischen Praxis, Seminarwochen zu aktuellen Themen, Gastbesuche herausragender Repräsentanten von Partnerschaftsuniversitäten.

Es besteht keinerlei Grund anzunehmen, daß dieses zur Blüte gegenwärtigen akademischen Lebens zählende Fortbildungs- und Vortragswesen sich nicht auch in Erfurt alsbald entfalten wird, ja es ist bereits jetzt, in der Trägerschaft der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen, sonstiger akademischer Einrichtungen sowie der Stadt Erfurt, freier Bürgerinitiativen und nicht zuletzt der traditionsreichen, wiedererrichteten Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt, wichtiger Teil des hiesigen kulturellen Lebens.

Das wird sich über die Gründung der Universität Erfurt noch entwickeln und festigen. Das verbleibende Problem ist nicht, dergleichen erst einzurichten. Das Problem besteht vielmehr in der Koordination der Vielfalt der Angebote, in der Information über sie sowie in fortdauernden Mängeln ihrer Nutzung.

Der Strukturausschuß empfiehlt, auch an der Universität Erfurt, nach bewährtem Muster, eine zentrale Universitätseinrichtung zu schaffen, die sich mit den entsprechenden Aufgaben der Organisation, der Koordination und Information die freien, allgemeinbildenden Studienangebote betreffend zu befassen hat. Die Empfehlung, auf ein verbindlich vorgeschriebenes studium generale zu verzichten, hat im übrigen auch damit zu tun, daß der Strukturausschuß der Sprachenausbildung einen herausragenden, verpflichtenden Rang eingeräumt wissen möchte (s. Ziff. 5.7.). Man muß die Grenzen der Beanspruchbarkeit der Studierenden im Auge behalten.

5.6. Interfakultäre Verklammerungen

Forschungspraktisch, aber auch in der Lehre wächst der Zufälligkeitscharakter im Zuordnungsverhältnis von Fächern innerhalb der Fakultätsgrenzen.

Exemplarisch heißt das: Die für die Rechtsphilosophie zuständige Professur unter den philosophischen Professuren könnte statt dessen auch innerhalb der Juristischen Fakultät ausgebracht sein, nämlich dann, wenn der Inhaber der Professur für Rechtsphilosophie zugleich einschließlich des Inhalts seiner venia legendi Jurist ist, und diese Zuordnung ist im deutschen universitären System sogar die häufiger anzutreffende. Hält man es statt dessen für zweckmäßig, daß der Rechtsphilosoph unbeschadet seiner Juristeneigenschaft innerhalb des Fachbereichs der Philosophie seinen institutionellen Ort haben sollte, so bliebe unabhängig von dieser Ver-

ordnung wünschenswert, daß der Inhaber der entsprechenden Professur zugleich rechtsphilosophische Dissertationen von Juristen innerhalb der Juristischen Fakultät zu betreuen das Recht und die Pflicht hat.

Oder: Die Inhaber der Professuren für Philosophische Grundfragen der Theologie sowie für Christliche Gesellschaftslehre und Sozialethik, die ihren Sitz in der Katholisch-Theologischen Fakultät haben, sollten zugleich philosophische Dissertationen innerhalb der Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften zu betreuen das Recht und die Pflicht haben.

Die Reihe solcher Fakultätsgrenzen überschreitenden Zuständigkeiten ließe sich lange fortsetzen.

Der Strukturausschuß empfiehlt, an der Universität Erfurt generell Professoren universitätssatzungsmäßig das Recht einzuräumen, an Fakultäten jenseits der Grenzen ihrer eigenen Fakultät den Antrag zu stellen, dort in Übereinstimmung mit geltenden Prüfungsordnungen Dissertationen betreuen und akademische Abschlußexamina abnehmen zu dürfen.

Diesem Recht von Professoren hätte umgekehrt das Recht aller Fakultäten zu entsprechen, Professoren in benachbarten Fakultäten zur Übernahme solcher Mitwirkungsrechte einzuladen und sie gegebenenfalls entsprechend zu verpflichten.

Für die Lehre bedeutet das: Die an der Universität Erfurt einzurichtenden Studienordnungen sollten auch den Studenten maximal Freiheit gewähren, zumal für Studiengänge mit akademischem Prüfungsabschluß Fakultätsgrenzen übergreifende Fächerkombinationen zu wählen.

Der Strukturausschuß empfiehlt weiterhin interfakultäre Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung von Berufungsvorschlägen wie bei Habilitationen. Generell wäre auch hier jeder Fakultät das Recht einzuräumen, einen entsprechenden Kooperationswunsch an andere Fakultäten zu richten. Komplementär entspricht dem die generelle Verpflichtung der Fakultäten und ihrer Professoren, zu solchen Kooperationen bereit zu sein. Daß in einzelnen Fällen solche Kooperation sogar über die Grenzen der Universität hinaus sinnvoll, ja unvermeidlich ist, wird bei den Erläuterungen zum Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums erläutert werden (s. Ziff. 7.5.7.). Der Strukturausschuß empfiehlt schließlich, für alle Studiengänge, an denen mehr als eine Fakultät beteiligt ist, ständige interfakultäre Kommissionen einzurichten, denen die Sorge für die täglichen Studiengänge obliegt.

5.7. Internationalität

Die Wissenschaft war in Forschung und Lehre immer schon international orientiert. Die Grenzen des Nationalstaats sind nicht Grenzen der Bemühung um kulturelle Selbstverständigung, wie sie in den Universitäten stattfindet. Am Ende unseres Jahrhunderts ist vollends unzweifelhaft, daß die Universitäten in Forschung und Lehre sich erneut europäisieren und internationalisieren müssen, um den Herausforderungen der Zukunft entsprechen zu können. Etliche führende Universitäten der angelsächsischen Welt sind in diesem Punkt den deutschen Universitäten voraus. Das hat selbstverständlich mit der weltweiten Verbreitung des Englischen zu tun. Um so größer ist die Herausforderung, die aus der unabwiesbaren Aufgabe resultiert, auch den Universitäten des deutschsprachigen Kulturraums Chancen uneingeschränkter Teilnahme am internationalen wissenschaftlichen Austausch zu sichern. Auch dafür ist an der künftigen Universität Erfurt die Gunst des Anfangs zu nutzen.

Dabei stellen sich im Falle Erfurts zwei besondere Aufgaben. Die Universität Erfurt hat dazu beizutragen, daß in den neuen Bundesländern jene Wendung nach Westen mitvollzogen werden kann, die die Essenz der politischen Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik ausmacht. Sodann: Auch die Universität Erfurt sollte zu ihrem Anteil an der großen Aufgabe mitwirken, die nach dem Ende der Teilung Europas bislang Getrenntes in die gemeinsame europäische Geschichte zu reintegrieren. Ohne Neuvergegenwärtigung dessen, was Europa herkunftsabhängig eint, ist das nicht möglich, und die Wissenschaften sind eines der Medien dieser Neuvergegenwärtigung.

Der Strukturausschuß empfiehlt, das internationale Profil der Universität Erfurt speziell durch die im folgenden aufgezählten Maßgaben zu sichern:

- Die Studiengänge an der Universität Erfurt sollten, soweit das fachlich sich nahelegt, eine europäische Ausrichtung erhalten. Der Vorschlag, im Rahmen des Studiums an der Juristischen Fakultät eine Zusatzqualifikation „Europäisches Recht“ anzubieten (s. Ziff. 7.2.3.) verdeutlicht das beispielhaft.
- Die vorgeschlagenen, in Universitätszentren organisierten Forschungsschwerpunkte tragen durch ihre Forschungsthematik zur Sicherung der internationalen Bezüge der neuen Universität bei (s. Ziff. 5.4.2.).

- An der Arbeit der Universitätszentren und überdies an der Arbeit des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien sollten Gastwissenschaftler aus anderen Ländern bevorzugt beteiligt werden.
- Es sollten Anstrengungen unternommen werden, an die Erfurter Universität eine signifikante Anzahl von ausländischen Wissenschaftlern zu berufen. Insbesondere ließe die Effizienz der Arbeit an etlichen der vorgeschlagenen Universitätszentren sich so bedeutend steigern. Für das Universitätszentrum für Regionalforschung Süd-Ost-Europa zum Beispiel gilt das und für das Universitätszentrum für Sprachforschung und Interkulturelle Kommunikation desgleichen.
- Gleichfalls sollten Anstrengungen unternommen werden, einen vergleichsweise hohen Anteil von nichtdeutschen Studierenden für Erfurt zu gewinnen.
- Allen Studierenden sollten Möglichkeiten einer intensiven Fremdsprachenausbildung geboten werden, und es sollten Anreize und curriculare Verbindlichkeiten geschaffen werden, sie zu nutzen.

Bei den mannigfachen europäischen Orientierungen von Forschung und Lehre an der Universität Erfurt geht es nicht um Eurozentrismus. Es gehört gerade zu den Besonderheiten der europäischen Tradition, sich außereuropäischen Kulturen und ihren Traditionen zuzuwenden, und die Wissenschaften sind eines der wichtigsten Medien dieser Zuwendung. Das bedeutet: In späteren Phasen ihrer Entwicklung und bei neu verfügbar gewordenen Ressourcen bleibt auch die Universität Erfurt für die Einrichtung wünschenswerter außereuropäischer Regionalforschungsschwerpunkte offen.

6. Fakultätseinteilung

Der Strukturausschuß empfiehlt, für die Selbstorganisation der künftigen Universität Erfurt, die sich in die Normen einer Universitätssatzung umzusetzen hat, tunlichst großen Spielraum zu lassen. Das läßt das Erfordernis unberührt, für die Phase der Konstituierung der Universität Erfurt Regelungen für die Bestellung von Organen zu erlassen, die die neue Universität handlungsfähig machen. Darüber hinaus ist es jedoch untunlich vorwegzubestimmen, welche endgültige Ordnung sich die Universität Erfurt unter den ohnehin existenten gesetzlichen Rahmenvorschriften geben sollte.

Der Strukturausschuß beschränkt sich insoweit darauf zu empfehlen, die Universität Erfurt in Fakultäten zu gliedern und gleichzeitig – wie bereits beschrieben – fakultätsübergreifende Universitätszentren zur institutionellen Organisation von Forschungsschwerpunkten einzurichten. Fakultäten sind traditionellerweise akademische Selbstverwaltungseinrichtungen von Fächergruppen, deren Zusammensetzung wie Grenzen sich nach den Erfordernissen berufsweltbezogener Studiengänge bestimmen, deren Ordnungen in etlichen Fällen, wie bei den Juristen zum Beispiel, den Fakultäten überdies vorgegeben sind.

Ihren Ausbildungsaufgaben entsprechend sind die Fakultäten für die Examina zuständig, soweit es sich um Examina im Rahmen akademischer Studienordnungen handelt.

Als Institutionen, bei denen die Hauptverantwortung für Habilitationen sowie für Berufungsvorschläge liegt, hängt von den Fakultäten mehr als von jeder anderen akademischen Selbstverwaltungseinheit die Sicherstellung der fachlichen Qualität der Dozenten in Forschung und Lehre ab.

Ob Gremien, die für Habilitationen sowie für die Verabschiedung von Berufungsvorschlägen hauptverantwortlich sind, auch in der Lage sind, bei ihren Entscheidungen den Qualitäts Gesichtspunkten Vorrang vor Konkurrenz Gesichtspunkten rivalisierender Angehöriger von Kleingruppen zu verschaffen, hängt in erster Linie von ihrer Größe und von ihrer fachlichen Zusammensetzung ab. Bei sehr großen und zugleich sehr heterogen zusammengesetzten Fakultäten verflüchtigt sich an ihren Rändern, die sich ausweiten, das Interesse. Sind die Fakultäten zu klein und

fachlich überdies sehr homogen, so können sich die erwähnten Konkurrenzinteressen in unangemessener Weise zur Geltung bringen.

Entsprechend handelt es sich beim Zuschnitt der Fakultäten um ein Optimierungsproblem, bei dessen Lösung die Gesichtspunkte einer gruppendynamisch konkurrenzdämpfend wirkenden Mindestgröße mit dem Gesichtspunkt zu vermitteln ist, Größenordnungen zu vermeiden, die auf das Beteiligungsinteresse der Mitglieder nach aller Erfahrung mindernd wirken würden.

Entsprechend hält der Strukturausschuß bei seinen Empfehlungen zur Fakultäts-einteilung der Universität Erfurt nicht einfach am traditionellen universitären Fakultätskanon fest. Auch bei einer im nationalen und internationalen Vergleich kleinen Universität, um die es sich bei der künftigen Universität Erfurt handeln wird, ließe sich, zum Beispiel, beim erreichten Grad der Differenzierung sowohl der juristischen als auch der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen eine „Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät“ nicht restituieren. Überdies geht der Strukturausschuß davon aus, daß die Neugründung einer Philosophischen Fakultät jenes Typus, wie er sich aus der fakultätsmäßigen Verselbständigung der Naturwissenschaften in der Universitätsgeschichte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts ergab, allein schon aus Gründen übermäßiger Größe einer solchen Fakultät untunlich wäre. Das gilt insbesondere dann, wenn die sozialwissenschaftlichen Disziplinen der künftigen Universität Erfurt in den für sie vorgesehenen quantitativen Dimensionen die Mindestgrößennorm einer Fakultät nicht erfüllen, somit also Teil einer anderen Fakultät - im Erfurter Fall einer Kulturwissenschaftlichen Fakultät - werden sollen.

Gewiß hätten, im Prinzip, die Sozialwissenschaften, statt der Kulturwissenschaften, sich fakultätsmäßig auch den Wirtschaftswissenschaften zuordnen lassen, und man hätte alsdann sich die Freiheit bewahrt, die Geisteswissenschaften in einer Philosophischen Fakultät traditionellen Typs zusammenzufassen.

Indessen werden die Studiengänge im Rahmen einer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät traditionellerweise als Diplomstudiengänge eingerichtet. Aus wohlervogenen Gründen empfiehlt aber der Strukturausschuß nicht, die sozialwissenschaftlichen Studiengänge an der Universität Erfurt als Diplomstudiengänge einzurichten. Überdies empfiehlt der Strukturausschuß, an der Universität Erfurt die sozialwissenschaftlichen Disziplinen kulturwissenschaftsnah auszubringen.

Operationalisiert man die skizzierten Gesichtspunkte zu einer Empfehlung für die Einteilung der Fakultäten der Universität Erfurt, so ergeben sich die folgenden sechs Fakultäten:

- die Katholisch-Theologische Fakultät,
- die Juristische Fakultät,
- die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
- die Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät,
- die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät,
- die Erziehungswissenschaftliche Fakultät.

Von den Namen dieser Fakultäten ist einzig der Name „Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät“ erläuterungsbedürftig. Begriffspuristen könnten daran Anstoß nehmen, daß der traditionsreiche Fächergruppenname „Kulturwissenschaften“ sich in seiner Bedeutungsbreite selbstverständlich auch auf die Literaturwissenschaften bezieht. Die in der Reihe der aufgezählten Fakultätsnamen entsprechend nötige Einschränkung der Bedeutungsbreite des Terminus „Kulturwissenschaften“ ergibt sich indessen pragmatisch unmißverständlich aus der Kombination der Kulturwissenschaften mit den Sozialwissenschaften im Fakultätsnamen „Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften“ einerseits sowie aus der Tatsache andererseits, daß die Literaturwissenschaften in Kombination mit den Sprachwissenschaften den Namen einer eigenen Fakultät bilden. Es handelt sich somit, was den Terminus „Kulturwissenschaften“ anbetrifft, um den bekannten Vorgang einer Bedeutungseinschränkung durch institutionelle Differenzierung und Abspaltung.

Dem Strukturausschuß ist bei seinem Vorschlag zur Fakultäts-einteilung bewußt geblieben, daß auch große Fakultäten, wie sie hier vorgesehen sind, im Kontext eines modernen universitären Forschungs- und Lehrbetriebs nicht autarke Gebilde sind. Entsprechend sind mannigfache Formen interfakultärer Kooperation vorgesehen - sowohl in der Lehre wie bei Prüfungen, insbesondere auch bei Promotionen, desgleichen bei der personellen Selbstergänzung der Fakultäten über Habilitationen und Beschlußfassungen über Berufungsvorschläge. Regeln solcher Kooperation sind bereits im Kapitel „Interfakultäre Verklammerungen“ erläutert worden (s. Ziff. 5.6.).

7. Die Fakultäten

7.1. Die Katholisch-Theologische Fakultät

Eine Katholisch-Theologische Fakultät hat die primäre Aufgabe, einen Studiengang für Priesteramtskandidaten anzubieten. Das ist in Übereinstimmung mit den Standards in Forschung und Lehre, wie sie heute national und international gelten, nur im Rahmen einer vollausgebauten Theologischen Fakultät möglich.

Analoges gilt für den Diplomstudiengang für Laientheologen, der gleichfalls in der Katholisch-Theologischen Fakultät Erfurt angeboten werden sollte. Die Studiengänge für Priesteramtskandidaten einerseits und für Laientheologen andererseits sind inhaltlich deckungsgleich. Dasselbe gilt für die Prüfungsanforderungen.

Überdies obliegt einer Theologischen Fakultät, zumal in einer Universität, die auch im übrigen Aufgaben der Lehrerbildung erfüllt, die Ausbildung von Lehramtsanwärtern für das Fach Katholische Religion.

Es ist infolgedessen ein Studiengang für Staatsexamenskandidaten des Gymnasiallehramts im Fach Katholische Religion einzurichten. Überdies wird die Einrichtung von Studiengängen für Religionslehrer auch der übrigen Schultypen erforderlich sein, sobald die Integration der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen in die Universität Erfurt erfolgt ist (s. Ziff. 4.2.).

Darüber hinaus hat eine vollausgebaute Katholisch-Theologische Fakultät auch die Aufgabe zu übernehmen, Pastoralreferenten theologisch auszubilden, die als Gemeindemitarbeiter tätig werden – sei es ehrenamtlich, sei es berufspraktisch als Teilzeitmitarbeiter. Diese Ausbildung der Pastoralreferenten sollte durch ein Fakultätsexamen abgeschlossen werden.

Der Strukturausschuß empfiehlt ferner, einen Magisterstudiengang einzurichten, in welchem die Katholische Theologie entweder als zweites Hauptfach oder als Nebenfach gewählt werden könnte. Dabei müssen die Studien- und Prüfungsanforderungen den entsprechenden kirchlichen Rechtsvorgaben genügen. Die Einführung eines Magisterstudienganges im Rahmen der Katholisch-Theologischen Fakultät soll auch den Studierenden anderer Fakultäten die Möglichkeit eröffnen,

gemäß den Ordnungen ihrer fakultätsinternen Magisterstudiengänge Katholische Theologie als zweites Hauptfach oder als Nebenfach zu wählen.

Katholisch-Theologische Fakultäten pflegen über ihre Studienangebote für Studierende hinaus Fortbildungsgelegenheiten für den Klerus, für pastorale Mitarbeiter und für interessierte Laien anzubieten. Das ist auch für die Theologische Fakultät der Universität Erfurt so vorzusehen.

Von den empfohlenen Studiengängen her ergibt sich in Orientierung an den üblichen und bewährten Standards das Erfordernis, die Katholisch-Theologische Fakultät mit den nachfolgend aufgezählten Professuren auszustatten:

- Philosophische Grundfragen der Theologie,
- Alte Kirchengeschichte (Patrologie/Ostkirchenkunde),
- Mittlere und Neuere Kirchengeschichte (Kirchliche Zeitgeschichte Mittel- und Osteuropas),
- Altes Testament,
- Neues Testament,
- Fundamentaltheologie,
- Dogmatik,
- Dogmengeschichte und Ökumenische Theologie,
- Moraltheologie und Ethik,
- Christliche Gesellschaftslehre und Sozialethik,
- Kirchenrecht,
- Pastoraltheologie,
- Liturgiewissenschaft (Homiletik),
- Religionspädagogik und Katechetik.

Es sind Lehrkräfte, gegebenenfalls über Lehraufträge, zur Vermittlung der für Theologen obligaten Kenntnisse des Lateinischen, des Griechischen sowie des Hebräischen einzustellen. Das sollte in Kooperation mit dem Martin-Luther-Institut

für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums erfolgen, soweit es einen analogen Bedarf an Sprachunterrichtsangeboten geltend macht, desgleichen in Absprache mit denjenigen Fächern, die für ihre Studiengänge obligate Kenntnisse alter Sprachen voraussetzen haben.

Die Ausbildung von Religionslehrern erfordert eine Dauerstelle für Didaktik des Katholischen Religionsunterrichts.

Nach den bislang bekannt gewordenen Absichten der zuständigen kirchlichen Behörden wird die Bibliothek des bisherigen Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt, die über 100.000 Bände umfaßt, im Eigentum des Bischöflichen Ordinariats Erfurt verbleiben, indessen unabhängig von diesen eigensrechtlichen Voraussetzungen der Universität Erfurt für Forschung und Lehre im Rahmen der üblichen Regeln der Bibliotheksbenutzung uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Das sollte über einen entsprechenden Vertragsabschluß zwischen dem Land Thüringen einerseits und dem Bischöflichen Ordinariat Erfurt andererseits zugunsten der Universität Erfurt sichergestellt werden. Bibliotheksbenutzungstechnisch wäre die Bibliothek des bisherigen Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt in die Universitätsbibliothek Erfurt zu integrieren.

7.2. Die Juristische Fakultät

7.2.1. Vorbemerkung

Die Errichtung einer Juristischen Fakultät bietet Gelegenheit, die obligaten Anforderungen, denen die Juristenausbildung generell und somit auch in Erfurt unterliegt, in wohlbestimmter Hinsicht neu zu akzentuieren. Der Strukturausschuß empfiehlt, im juristischen Studium die Gelegenheit zur Zusatzqualifikation anzubieten. Das Konzept der „Zusatzqualifikation“ wird unter Ziff. 7.2.3. näher erläutert. Der Strukturausschuß empfiehlt, dieses Konzept der Zusatzqualifikation den mannigfachen Versuchen vorzuziehen, neue Studiengänge außerhalb der herkömmlichen Qualifikationswege zum Volljuristen zu entwickeln. Man erwägt, statt des gemeinen Juristen mit seiner breiten theoretischen und praktischen Qualifikation „Wirtschaftsjuristen“, „Verwaltungsjuristen“, „Technikjuristen“, gar „Kulturjuristen“ heranzubilden. Indessen müssen die Berufschancen der Absolventen solcher spezialisierten juristischen Studiengänge mit größter Zurückhaltung beurteilt werden. Die Erfahrung lehrt, daß bei Studiengängen stark spezialisierter Ausrichtung

mit den Chancen junger Leute experimentiert wird, ihre akademische Ausbildung berufspraktisch zu nutzen.

Die Juristische Fakultät hat über ihre konventionellen und zusätzlich qualifizierenden Ausbildungsaufgaben hinaus auch für die benachbarten Fakultäten der Universität Erfurt wichtige Dienstleistungen zu erbringen. Das gilt zunächst einmal und konventionellerweise im Hinblick auf die vorgesehenen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge (s. Ziff. 7.3.). In den Empfehlungen für die Einrichtung dieser Studiengänge ist vorgesehen, die rechtlichen Voraussetzungen betrieblichen Handelns studienpraktisch stärker als sonst üblich zu berücksichtigen.

Die Erfahrung lehrt, daß heute auch von Studierenden kultur- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen häufiger als früher üblich juristische Fächer als Nebenfächer im Rahmen der von den geltenden Studienordnungen eröffneten Wahlmöglichkeiten gewählt werden. Dieser studienpraktischen Zuwendung zum Recht liegt die realistische Einschätzung zugrunde, daß fachbezogene Rechtskenntnisse die Berufschancen der Absolventen auch nicht-juristischer Studiengänge deutlich verbessern – so in der Politikwissenschaft in ihrer Kombination mit dem Öffentlichen Recht, so in den Sprachwissenschaften in Kombination mit Gewerblichem Rechtsschutz und Urheberrecht, so auch in der Bevölkerungswissenschaft und in der Soziologie in Kombination mit dem zugewanderungsbezogenen Rechtsregeln sowie dem Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht.

7.2.2. Vorgaben für das Angebot der „Zusatzqualifikation“

Die Universität Erfurt bietet den herkömmlichen Studiengang „Rechtswissenschaft“ an. Das Angebot einer Zusatzqualifikation knüpft – vorbehaltlich der Realisierungsmöglichkeiten der Empfehlungen gemäß Ziff. 7.2.6. – an diesen allgemeinen Studiengang und seine Rahmenbedingungen auf der Grundlage der Thüringer Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung an und wird so weit als möglich in diesen integriert. Die Immatrikulation in der Juristischen Fakultät der Universität Erfurt und die Nutzung des Angebots der Zusatzqualifikation sind nicht gekoppelt.

Über das Angebot der Zusatzqualifikation hinaus werden spezialisierte juristische Studiengang-Alternativen zum herkömmlichen juristischen Studiengang in Erfurt nicht angeboten.

Die Zusatzqualifikation soll arbeitsmarktorientiert angeboten werden.

Da nach wie vor das Gesamtexamensergebnis wesentlich die Berufschancen der Absolventen des juristischen Studiums bestimmt, darf der Erwerb der Zusatzqualifikation Bereitschaft und Möglichkeit der Studierenden zur Erzielung überdurchschnittlicher Examensergebnisse nicht gefährden.

Die Lehrangebote im Rahmen der anderen Fakultäten der Universität Erfurt sowie anderer Hochschulen des Landes Thüringen sind für den Erwerb der Zusatzqualifikation im Rahmen des juristischen Studiums zu nutzen – von den Lehrangeboten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät über die der Politikwissenschaft im Rahmen der Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften bis hin zu Lehrangeboten von Gastdozenten im Rahmen der Tätigkeit des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien (s. Ziff. 8). Überdies verdient der wünschenswerte Praxisbezug der Zusatzqualifikation besondere Beachtung – sei es über die Einrichtung von Praktika bis hin zu anschauungsvermittelnden Exkursionen.

Die Möglichkeiten des Erwerbs einer Zusatzqualifikation sind so zu planen, daß die Wahrnehmung dieser Möglichkeiten nicht zur Verlängerung des Studiums führt. Es darf kein Studium im Studium geben und kein Studium nach dem Studium. Es soll ein Anreiz geschaffen werden, mehr zu lernen, aber nicht länger zu lernen. Vor allem der Zeitraum zwischen schriftlicher und mündlicher Erster Staatsprüfung sowie der Zeitraum zwischen deren Abschluß und dem Beginn des Vorbereitungsdienstes für Rechtsreferendare wäre für den Erwerb der Zusatzqualifikation zu nutzen.

Der Schwierigkeitsgrad der Zusatzausbildung ist so zu bestimmen, daß das Angebot von den Studierenden auch angenommen werden kann. Die Erfahrung lehrt, daß Studierende der Rechtswissenschaft zu Beginn des Studiums dessen Anforderungen zu unterschätzen pflegen und großzügig von darüber hinausgehenden Studienmöglichkeiten Gebrauch machen. Im Verlauf des Studiums korrigiert sich dann diese Fehleinschätzung. Bei der Bemessung des Programms für den Erwerb der Zusatzqualifikation ist daher ineins mit den unvermeidlichen Qualitätsansprüchen sicherzustellen, daß sich der Erwerb der Zusatzqualifikation in vertretbarem Zeitaufwand hält und auch unter der Voraussetzung normaler Studierfähigkeit möglich bleibt. Daher soll die Bildung von Schwerpunkten auch innerhalb der Zusatzqualifikation eröffnet werden.

Der Prüfungserfolg beim Erwerb der Zusatzqualifikation ist angemessen zu „zertifizieren“. Die Publizität des Angebots der Zusatzqualifikation im Erfurter juristischen Studium ist in der deutschen Öffentlichkeit und näherhin in der Fach-Öffentlichkeit zu sichern. Vor allem bedarf es der Anerkennung des zu erteilenden Zertifikats bei Stellen, die Personalentscheidungen treffen.

7.2.3. Die Zusatzqualifikation „Europäisches Recht“

Der Strukturausschuß empfiehlt, im Rahmen des Studiums an der Juristischen Fakultät der Universität Erfurt die Zusatzqualifikation „Europäisches Recht“ anzubieten. Dabei ist vorausgesetzt, daß Lehrangebote im Europäischen Recht längst zu Bestandteilen regulärer juristischer Studien geworden sind. Davon bleibt unberührt, daß es sinnvoll und wünschenswert ist, europarechtliche Qualifikationsmöglichkeiten im Rahmen eines juristischen Studienganges zusätzlich anzubieten.

Der Jurist mit allgemeiner juristischer Qualifikation und Verwendbarkeit bleibt, um es zu wiederholen, das Ausbildungsziel. Eine ausreichende Qualifikation für die Verwendung in der nationalen und internationalen öffentlichen Verwaltung, in verwaltungsnahen Arbeitsfeldern sowie in der Wirtschaft setzt nach Auffassung kompetenter Beobachter Kenntnisse im Europäischen Recht voraus, die über das hinausgehen, was die juristische Ausbildung heute üblicherweise vermittelt. Deshalb wird die Zusatzqualifikation „Europäisches Recht“ angeboten.

Das Lehrangebot, das zur Zusatzqualifikation „Europäisches Recht“ führen soll, erfordert die Nutzung der Lehrkapazitäten der Juristischen, der Wirtschaftswissenschaftlichen sowie der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Aus dem Zuständigkeitsbereich der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät werden Lehrangebote zum Beispiel in Europäischer Handels-, Steuer-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik benötigt, aus dem Zuständigkeitsbereich der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät Lehrangebote insbesondere der Geschichtswissenschaft und der Politikwissenschaft.

Innerhalb der Zuständigkeiten der Juristischen Fakultät wird zunächst an Pflichtangebote angeknüpft, so an die Grundzüge des Völker- und Europarechts oder auch an das Recht des Öffentlichen Dienstes, ferner an die Angebote aus den Wahlfachgruppen vom Recht der Europäischen Gemeinschaften über das Steuerrecht bis zum Wirtschaftsverwaltungsrecht.

Zusätzlich wären in das Studienangebot, das die Zusatzqualifikation „Europäisches Recht“ vermitteln soll, Europäische Rechtsgeschichte, Europäisches Zivilrecht, Europäisches Verwaltungsrecht aufzunehmen, das Recht der Verfassung und Verwaltung ausgewählter europäischer Staaten sowie Angebote aus der allgemeinen Verwaltungslehre.

7.2.4. Voraussetzungen für die Verwirklichung des Studienangebots der Zusatzqualifikation

Die Zusatzausbildung für den Erwerb der Zusatzqualifikation ist im Rahmen einer eigenen Studienordnung zu regeln, die insbesondere auch das Zeitbudget sowie die Zeitordnung für den Beginn der Zusatzausbildung und ihren Abschluß festlegt.

Die Inanspruchnahme von Ausbildungsangeboten akademischer Institutionen jenseits der Juristischen Fakultät ist über Kooperationsvereinbarungen abzusichern, desgleichen die Teilnahme von Dozenten, die akademischen Einrichtungen jenseits der Juristischen Fakultät angehören, an Prüfungen.

7.2.5. Die Professuren

Eine ordnungsgemäße Juristenausbildung setzt eine Ausstattung der zuständigen Fakultät mit mindestens vierzehn Professuren voraus. Deren Verteilung auf die sogenannten Großen Fächer wäre dabei wie folgt vorzunehmen: sieben zivilrechtliche Professuren, zwei Professuren im Bereich des Strafrechts, fünf Professuren im Bereich des Öffentlichen Rechts.

Bei der näheren Charakteristik dieser Professuren sollten gegenwarts- und zukunftsbezogene Forschungs- und Lehrgegenstände besonders berücksichtigt werden. Im einzelnen heißt das:

- eine Professur für Bürgerliches Recht und Europäische Rechtsgeschichte,
- eine Professur für Bürgerliches Recht und Europäisches Zivilrecht,
- eine Professur für Bürgerliches Recht und Verfahrensrecht,
- eine Professur für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht,
- eine Professur für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht sowie Rechtssoziologie,

- eine Professur für Bürgerliches Recht, Rechtsvergleichung und Internationales Privatrecht,
- eine Professur für Bürgerliches Recht, gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht,
- eine Professur für Strafrecht, insbesondere Umweltstrafrecht,
- eine Professur für Strafrecht und Kriminalwissenschaften,
- eine Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Verfassungsgeschichte und Völkerrecht/ Verfassungsrechtsvergleichung in Europa einschließlich Minderheiten- und Selbstbestimmungsrecht sowie rechtliche Aspekte der Föderalismusforschung,
- eine Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Europarecht, Europäisches Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtsvergleichung in Europa,
- eine Professur für Öffentliches Recht, insbesondere raumbedeutsames Verwaltungsrecht, Technik- und Umweltrecht,
- eine Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungswissenschaften,
- eine Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Finanz- und Steuerrecht.

Die Vertretung des Faches „Rechtsphilosophie“ ist innerhalb der Philosophie (s. Ziff. 7.5.3.) vorgesehen. Die Besetzung dieses Lehrstuhls hätte in einvernehmlicher Kooperation mit der Juristischen Fakultät zu erfolgen.

Das Angebot der Zusatzqualifikation „Europäisches Recht“ hätte schwerpunktmäßig in der Verantwortung der folgenden Professuren zu liegen:

- Professur für Bürgerliches Recht und Europäisches Zivilrecht,
- Professur für Bürgerliches Recht und Europäische Rechtsgeschichte,
- Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Verfassungsge-

schichte und Völkerrecht/Verfassungs- und Verwaltungsrechtsvergleichung in Europa einschließlich Minderheiten- und Selbstbestimmungsrecht sowie rechtliche Aspekte der Föderalismusforschung,

- Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Europarecht, Europäisches Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtsvergleichung in Europa,
- Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungswissenschaften.

Im Blick auf die Aufgaben des empfohlenen Universitätsschwerpunkts Regionalforschung Süd-Ost-Europa wird zusätzlich

- eine Professur mit dem Schwerpunkt „Ostrecht“

zu errichten empfohlen.

7.2.6. Empfehlungen für die Neuordnung des rechtswissenschaftlichen Studiums an der Universität Erfurt

Die Errichtung einer neuen Juristischen Fakultät in Erfurt bietet Anlaß zu prüfen, ob die Organisation des juristischen Studiums partiell neu geordnet werden könnte. Den zuständigen Instanzen wird empfohlen, zu erwägen,

- ob die auf den Gegenstand von Lehrveranstaltungen sich beziehenden Prüfungsanteile jeweils am Ende dieser Lehrveranstaltungen stattfinden können, gegebenenfalls mit Abschichtungswirkungen gegenüber dem 1. juristischen Staatsexamen;
- ob fächerbezogene Abschichtungsprüfungen eingeführt werden sollten;
- ob auf sogenannte Anfängerübungen verzichtet werden könnte;
- ob eine Trennung zwischen juristischem Grundstudium, welches die ersten fünf Semester zu umfassen hätte, und einem Examensstudiumsanteil, welches bis zum 8. Studiensemester reichte, vorgenommen werden sollte.

Die gegenwärtig in einzelnen Fakultäten der Bundesrepublik Deutschland geplanten oder schon realisierten Neuordnungskonzepte beruhen auf der Annahme, daß das geltende Bundesrahmenrecht für die Juristenausbildung (Gesetz zur Ver-

kürzung der Juristenausbildung vom 20.11.1992) erhebliche Spielräume für die Organisation des Jurastudiums beläßt. Es wird empfohlen, daß die künftige Universität Erfurt in Gespräche mit dem thüringischen Justizministerium eintritt, um zu klären, inwieweit die Möglichkeit einer Experimentierklausel für das Studium an der Juristischen Fakultät in Erfurt eingeräumt werden könnte, um in Nutzung dieser Klausel zur fälligen Reform des Jurastudiums beitragen zu können.

7.3. Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Auch für die betriebswirtschaftlichen und die volkswirtschaftlichen Studiengänge innerhalb der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät empfiehlt der Strukturausschuß, Spezialisierungen zu vermeiden, auf die verpflichtet zu sein für die Studierenden bedeuten würde, in ihren Möglichkeiten beruflicher Nutzung der erworbenen Qualifikationen eingeschränkt zu werden.

Wünschenswerte Akzentsetzungen sind somit sowohl für das betriebswirtschaftliche wie für das volkswirtschaftliche Studium innerhalb der geltenden allgemeinen Rahmenprüfungsordnungen vorzunehmen.

Die an der Universität Erfurt angebotenen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge sollten in Übereinstimmung mit den geltenden Rahmenprüfungsordnungen Diplomstudiengänge sein, die somit der Studierende der Betriebswirtschaftslehre als Diplomkaufmann absolviert, der Studierende der Volkswirtschaftslehre als Diplomvolkswirt und überdies der Studierende der Ökonomie als Diplomökonom. Bei der üblichen Einheitlichkeit des Grundstudiums in diesen drei Studiengängen haben die Differenzierungen ihren Ort im Hauptstudium.

Für den allgemeinen Teil des betriebswirtschaftlichen Studienganges wird empfohlen, die Studienanteile, die der Ausbildung in Mathematik und Statistik gewidmet sind, auf das pragmatisch nach aller Erfahrung wirklich Nötige zu reduzieren. Das diesen Studienanteilen gewidmete Zeitbudget sollte halbiert werden.

Es wird empfohlen, den damit gewonnenen studienpraktischen Zeitfreiraum in erster Linie der Verbesserung der Rechtskenntnisse der Studierenden der Wirtschaftswissenschaft zu widmen. Über die Vermittlung von Rechtskenntnissen hinaus soll es sich dabei vor allem um die intellektuelle und methodische Schulung der

Studierenden durch Gewinnung größerer Vertrautheit mit der juristischen Denkweise sowie durch Kenntnisnahme der Eigentümlichkeit juristischer Entscheidungsprozesse handeln. Unter diesem Aspekt sollten – im Gegensatz zum heutigen Studienaufbau – juristische Ausbildungsinhalte auch in die zweite Studienhälfte integriert werden und Recht neben der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre sowie der Volkswirtschaftslehre Inhalt eines dritten Pflichtfachs im Diplomexamen sein. Die Zahl der Wahlfächer wäre entsprechend auf zwei Wahlfächer zu verringern.

Überdies wird empfohlen, im wirtschaftswissenschaftlichen Studium stärker als bisher üblich kultur- und sozialwissenschaftliche Fächer zu berücksichtigen. Die theoretischen Orientierungen sollten durch historische Orientierungen ergänzt werden. Das würde für den Gesamtbereich des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums eine stärkere Berücksichtigung der Sozialgeschichte sowie der Wirtschaftsgeschichte bedeuten. Der Gewinn wäre eine wünschenswerte, ja nötige Weckung des Sinns für die historische Bedingtheit, das heißt für die kultur- und sozialevolutionäre Abhängigkeit aller wirtschaftlichen Sachverhalte.

Mit der Komplexität und der Dynamik der betrieblichen und sozialen Systeme, in deren Kontext wir handeln, gewinnen die normativen Voraussetzungen und Folgen dieses Handelns an Aufdringlichkeit. Entsprechend wird empfohlen, auch geeignete Lehrangebote aus den der Ethik gewidmeten Disziplinen in den Theologien sowie in der Philosophie in das wirtschaftswissenschaftliche Studium einzubeziehen.

Schließlich ist auf die wachsende Bedeutung fremdsprachlicher Kompetenzen hinzuweisen, die heute in allen Berufen gilt, die eine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung zur Voraussetzung haben. Über die sprachlichen Kompetenzen hinaus sind Fähigkeiten interkultureller Kommunikation verlangt. Entsprechend sind auch schon im Studium die Fähigkeit zur Wahrnehmung fremder Kulturen zu fördern. Soweit die Sekundarschulen heute elementare Ausbildung in zwei Weltsprachen nicht mehr gewährleisten, hat die Universität gerade auch für die Studenten der Wirtschaftswissenschaften die entsprechenden Lehrangebote sicherzustellen.

Im speziellen Teil des betriebswirtschaftlichen Studiums sollen alternativ drei Studienrichtungen angeboten werden, die jeweils in sich durch Varianten differenziert werden können.

Studienrichtung A. – In dieser Studienrichtung sollte die konventionelle Ausrichtung des betriebswirtschaftlichen Studiums, wie sie an der Mehrzahl der Universitäten praktiziert wird, auch in Erfurt angeboten werden. Mit Rücksicht auf das für Erfurt vorgesehene Pflichthauptfach Rechtswissenschaft wären zwei Teilgebiete aus dem Fächerkatalog der speziellen Betriebswirtschaftslehre zu wählen, zum Beispiel Finanzierung/Bankbetriebslehre, Versicherungsbetriebslehre, Produktion/Industriebetriebslehre, Marketing/Handelsbetriebslehre, Forschung/Entwicklung, Organisation, internationale Unternehmen, Revisions- und Treuhandwesen, Verkehrsbetriebslehre, Betriebswirtschaftslehre öffentlicher Unternehmen und der Verwaltung. Angesichts der kulturwissenschaftlich zentrierten Studienangebote der künftigen Universität Erfurt böte sich überdies an, in der Studienrichtung A auch die Kulturbetriebslehre zu berücksichtigen, die in Deutschland unangemessenerweise bislang nur wenig Berücksichtigung gefunden hat. – Die Liste dieser Gebiete sollte in dieser Phase der Gründung der Universität Erfurt nicht festgelegt werden, vielmehr in der Aufbauphase – nicht zuletzt in Orientierung an den besonderen Spezialitäten der künftigen Erfurter Professoren.

Studienrichtung B. – Hier sollte zunächst der für das wirtschaftswissenschaftliche Studium in Erfurt ohnehin vorgesehene rechtswissenschaftliche Studienanteil noch verstärkt werden, und zwar durch das Angebot eines Wahlfachs Wirtschaftsrecht, wozu dann im Bereich der speziellen Betriebswirtschaftslehren als zweites Wahlfach entweder Revisions- und Treuhandwesen oder betriebliche Steuerlehre hinzutreten sollten. Diese Studienrichtung böte für weite Bereiche der Dienstleistungsberufe wichtige Ausbildungsvoraussetzungen.

Studienrichtung C. – Es wird empfohlen, für diese Studienrichtung Schwerpunkte im internationalen Bereich zu setzen. Man bleibt realistisch, wenn man davon ausgeht, daß die nationale Ausrichtung im allgemeinen Teil des Studiums immer noch dominiert. Sie öffnet sich freilich inzwischen hin zum Gesamtbereich der Europäischen Union. Das Fach „Internationale Unternehmungen“ macht künftig Orientierungen nötig, die in ihren regionalen Dimensionen weit über die Grenzen der Europäischen Union hinausreichen. Die südosteuropäischen Orientierungen, die das Universitätszentrum für Regionalforschung (s. Ziff. 5.4.2.1.) bestimmen sollen, sind dafür nur ein Beispiel. Unbeschadet des speziellen Zwecks dieser Schwerpunktbildung sind in der Studienrichtung „Internationale Unternehmungen“ selbstverständlich auch andere Regionen zu berücksichtigen, zumal solche, die sich durch eine besondere wirtschaftliche Entwicklungsdynamik auszeichnen. Für Teil-

regionen Asiens gilt das, und es bleibt zu wünschen, daß bei einem künftigen weiteren Ausbau der Universität Erfurt auch diese entfernteren Regionen stärker als bislang möglich in Forschung und Lehre Berücksichtigung finden. – Es erscheint unerläßlich, im Rahmen der Studienrichtung C auch ein Auslandsjahr vorzusehen, das an geeigneten Partneruniversitäten unter Einbeziehung ergänzender Praktika verbracht werden könnte. Von diesem Auslandsjahr sollte für das Gesamtstudium ein Semester anerkannt werden, so daß sich durch diesen Auslandsaufenthalt eine Studienverlängerung lediglich um ein Semester auf insgesamt neun Semester ergäbe. Das Konzept eines studienordnungsgemäß wohlorganisierten Auslandsjahrs setzte Partnerschaftsbeziehungen mit ausländischen Universitäten voraus, die über ihre bekannte symbolische Bedeutung hinaus verbindliche Absprachen über effektive Kooperationen einschließen.

Für das Studium der Volkswirtschaftslehre gelten die oben dargestellten Grundsätze entsprechend, soweit sie das Grundstudium und den allgemeinen Teil des Hauptstudiums betreffen.

Das Hauptstudium im Studiengang der Volkswirtschaftslehre sollte den Studierenden zwei Optionen eröffnen. Die erste Option wäre die eines Studiums der Volkswirtschaftslehre im konventionellen Sinn, wobei neben der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre einschließlich ihrer empirisch-wirtschaftswissenschaftlichen Teile Finanzwissenschaft und Allgemeine Betriebswirtschaftslehre zu studieren wäre.

Die zweite Option wäre ein Studium der Volkswirtschaftslehre mit der Rechtswissenschaft oder auch einer kultur- und sozialwissenschaftlichen Disziplin im Nebenfach.

Zumal diese zweite Option im Hauptstudium des Studiengangs Volkswirtschaftslehre würde der Struktur einer kulturwissenschaftlich zentrierten Universität entsprechen. Die Erfahrung lehrt, daß die Chancen, aus den im Studium erworbenen volkswirtschaftswissenschaftlichen Kompetenzen einen Beruf zu machen, durch die im Kontext der zweiten Option für ein Hauptstudium der Volkswirtschaftslehre eröffneten Möglichkeiten, in einem stark auszubauenden Nebenfach entweder die Rechtswissenschaft oder die Kultur- und Sozialwissenschaft zu wählen, verbessert werden können.

Entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten sollten für den Studiengang der Diplomökonomen vorgesehen werden.

Der Strukturausschuß empfiehlt, im Rahmen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die folgenden Professuren zu errichten:

- zwei Professuren für Wirtschaftstheorie,
- zwei Professuren für Wirtschaftspolitik,
- zwei Professuren für Finanzwissenschaft,
- zwei Professuren für Empirische Wirtschaftsforschung,
- neun Professuren für Betriebswirtschaftslehre.

Die neun Professuren für Betriebswirtschaftslehre sind jeweils für allgemeine Betriebswirtschaftslehre einerseits sowie für ein betriebswirtschaftliches Teilgebiet andererseits auszubringen. Als solche Teilgebiete seien exemplarisch genannt: Finanzierung und Betriebslehre, Versicherungsbetriebslehre, Produktion und Industriebetriebslehre, Marketing und Handelsbetriebslehre, Forschung und Entwicklung, Organisation, internationale Unternehmen, Revisions- und Treuhandwesen, Verkehrsbetriebslehre, Betriebswirtschaftslehre öffentlicher Unternehmen und der Verwaltung, Betriebliche Steuerlehre, Kulturbetriebslehre.

Zusätzlich wird für die Lehre an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

- eine Professur für Statistik

benötigt.

Unterstellt man, daß an einer kleinen geisteswissenschaftlichen Universität mit vorerst 6.000 Studienplätzen die Zahl der Studierenden in wirtschaftswissenschaftlichen Fächern mindestens bei 1.200 bis 1.500 liegen wird, so sind die benannten Professuren nicht nur durch die wünschenswerte Breite des Fächerspektrums, sondern auch durch die absehbaren quantitativen Ausbildungserfordernisse ausnahmslos unentbehrlich.

7.4. Die Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät

Unverändert sind die Philosophischen Fakultäten oder die, wie in Erfurt, aus ihr durch Teilung hervorgegangenen Fakultäten nach ihrer Ausbildungsfunktion auch gymnasiallehrerausbildende Fakultäten, obschon der Anteil der Studenten, die

das Lehramt anstreben, gegenüber den Studenten, die andere Berufe auszuüben beabsichtigen, in Vorbereitung auf die ein geisteswissenschaftliches Studium vorausgesetzt wird, stark zurückgegangen ist. Die außerhalb der Schule sich erstreckenden Berufsfelder, auf denen Absolventen geisteswissenschaftlicher Studien sich heute betätigen, sind überaus vielfältig – von den altvertrauten, aber in ihren Anforderungsprofilen stark gewandelten Bibliothekarsberufen über die Medienberufe und die neuen Ausbildungsberufe in den mannigfachen Einrichtungen der Erwachsenenbildung bis hin zu den Aufgabenfeldern in politischen und kulturellen Stiftungen. Auch in Teilen der öffentlichen Verwaltung, desgleichen in den Zusammenhängen der auf Dauer gestellten Fortbildungseinrichtungen der Unternehmen, darüber hinaus auch der Öffentlichkeitsarbeit finden heute die Absolventen geisteswissenschaftlicher Studiengänge Betätigungsmöglichkeiten.

Eine in ihrem Fächerspektrum geisteswissenschaftlich zentrierte Universität steht in der Erwartung, die großen Philologien und Literaturwissenschaften, ohne die die europäische Zivilisation in ihrer Herkunftseinheit wie in ihren nationalen und regionalen Differenzierungen nicht verständlich gemacht werden könnte, in Forschung und Lehre in tunlicher Vollständigkeit anzubieten. Unbeschadet des empfohlenen regionalwissenschaftlichen Schwerpunkts im Universitätszentrum für Regionalforschung Süd-Ost-Europa (s. Ziff. 5.4.2.1.) werden in Erfurt im literatur- und sprachwissenschaftlichen Unterricht dem Umfang nach die im Medium der großen westeuropäischen Sprachen präsenten Kulturen das Interesse des weitaus größeren Teils der Studenten finden. Darauf haben die Studienangebote und ihre personellen Ressourcen in Erfurt eingestellt zu sein und der Sprachenunterricht gleichfalls. Demgegenüber machen es die zurückgenommenen quantitativen Dimensionen, in die sich die neue Universität Erfurt zu fügen hat, unvermeidlich, auf die akademische Präsenz jener kulturwissenschaftlichen Disziplinen, die den großen oder auch kleineren außereuropäischen Kulturräumen gewidmet sind, vorerst zu verzichten. Exemplarisch heißt das, daß Sinologie und andere ostasi- enwissenschaftliche Fächergruppen, auch die Indologie oder auch die auf den Vorderen Orient sich beziehenden Fächer in Erfurt vorerst nicht präsent sein werden.

Im Rahmen des sprachwissenschaftlichen Anteils der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Fakultät wird empfohlen, einen für alle Philologien und Literaturwissenschaften gemeinsamen sprachwissenschaftlichen Grundstudienanteil vorzusehen.

Daneben sollte, selbstverständlich, das Studium der allgemeinen Sprachwissenschaft auch als Haupt- und Nebenfachstudium angeboten werden. Zu den Ausbildungszielen dieser Studiengänge gehört die Bekanntmachung mit den Formen und Funktionen des verbalen und nonverbalen kommunikativen Verhaltens. Es soll angeleitet werden zur Erkennung, Beschreibung und Erklärung kommunikativer Strukturen, insbesondere der sprachlichen, sowie ihres Gebrauchs und ihres Wandels. Dabei ist die gesprochene Sprache der Gegenwart als Quelle so wichtig wie die geschriebene Sprache der Vergangenheit. Regionale und soziale Varianten sind exemplarisch ebenso zu berücksichtigen wie die speziellen Funktionsweisen überregionaler Sprachen.

Die besondere Eignung linguistischer Studienanteile zur Herstellung interdisziplinärer Verknüpfungen ist evident. Das reicht exemplarisch von der linguistischen Verarbeitung unserer Erfahrung mit Mehrsprachigkeit, die unter Bedingungen moderner Mobilität in ihrer Häufigkeit zunimmt, über die sprachwissenschaftliche Seite der Rhetorik, ohne deren Kenntnis eine wesentliche Seite politischer Kommunikation undurchschaut bleiben müßte, bis hin zur Patholinguistik, die angesichts der modernitätsspezifisch wachsenden Anforderungen an unsere kommunikativen Kompetenzen bis in die Sonderpädagogik hinein rasch an Bedeutung gewinnt.

In der Ableitung des Bedarfs an Professorenstellen aus den vorhergehenden Darlegungen ergeben sich folgende Anforderungen:

- zwei Professuren für Klassische Philologie,
- eine Professur für Neulatein,
- vier Professuren für Romanistik,
- vier Professuren für Germanistik,
- vier Professuren für Anglistik,
- vier Professuren für Slawistik,
- eine Professur für Finnougristik,
- eine Professur für Vergleichende Literaturwissenschaft,
- zwei Professuren für Allgemeine Sprachwissenschaft.

7.5. Die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

7.5.1. Die Geschichtswissenschaften

Das kulturell manifeste Geschichtsinteresse reicht heute weit über die akademischen Communities hinaus. Es ist ein Publikumsinteresse, und seine Betätigung gehört zu den Bedingungen der Selbstverständigung der modernen Gesellschaft mit Auswirkungen bis in den politischen Lebenszusammenhang hinein. Um so nötiger bleibt die methodisch-wissenschaftliche Disziplinierung dieses Interesses. Festzustellen und zur Kenntnis zu nehmen, wie es wirklich gewesen sei, ist wie nie zuvor aufklärungsbedeutsam. Die Geschichtswissenschaften leisten ihren Beitrag zur Auflösung ideologisch programmierter Faktenresistenz. Sie tragen zur interkulturellen Verständigung durch Vergegenwärtigung zukunftsbedeutsamer eigener und fremder Herkunftsprägungen bei, und in eins wächst die Schwierigkeit und das Gewicht dieser Aufgabe mit der Dynamik des zivilisatorischen Wandels, der über sich verkürzende Fristen hinweg uns unseren Vergangenheiten entfremdet. Als Disziplin im Kontext einer kultur- und sozialwissenschaftlichen Fakultät ist die Geschichtswissenschaft das unentbehrliche Medium angemessener Einschätzung der historisch begrenzten Reichweite sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, auf deren Erklärungspotentiale moderne Historiographie ihrerseits angewiesen ist.

In Übereinstimmung mit jüngeren, inzwischen auch in Deutschland rezipierten Konzepten einer historisch und anthropologisch ausgerichteten Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät hält der Strukturausschuß die nachfolgend aufgeführte Mindestausstattung dieser Fakultät mit geschichtswissenschaftlichen Lehrstühlen für erforderlich:

- eine Professur für Vor- und Frühgeschichte,
- eine Professur für Alte Geschichte,
- eine Professur für Byzantinistik,
- eine Professur für Geschichte des Frühen und Hohen Mittelalters,
- eine Professur für Geschichte des Spätmittelalters,
- eine Professur für die Geschichte der Frühen Neuzeit,
- eine Professur für Neuere und Neueste Geschichte,

- eine Professur für Neuere und Neueste Geschichte mit Schwerpunkt auf der Zeit nach 1945,
- eine Professur für thüringische Landesgeschichte,
- eine Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte,
- eine Professur für Bildungs- und Universitätsgeschichte.

In der Ordnung dieser Professuren hat sowohl die Professur für Bildungs- und Universitätsgeschichte wie die Professur für die Frühe Neuzeit ihre besondere Bedeutung für die Bildung des Schwerpunktes „Humanismusforschung“. – Für die an den Hochschulen der DDR lehrstuhlmäßig nicht ausgebrachte Landesgeschichte gilt, daß sie über ihre bekannten üblichen Funktionen hinaus heute für das Verständnis der gemeineuropäisch sich herausbildenden regionalistischen Bewegungen exemplarische Bedeutung gewinnt. – Für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte gilt, daß sie nicht nur für die Historiker, vielmehr, wie bereits erwähnt (s. Ziff. 7.3.), auch im Kontext des für Erfurt geplanten Studiums der Wirtschaftswissenschaften unentbehrlich ist. – Für die vorgeschlagene Professur für Neueste Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeit nach 1945 gilt, daß ohne sie der Regionalschwerpunkt Südosteuropa inkomplett bliebe.

7.5.2. „Kleine“ Fächer

Der Rang und das Erfordernis akademischer Disziplinen resultiert nicht allein aus dem Umfang der ihnen obliegenden Lehraufgaben. Es gibt eine Reihe von Fächern, die im Rahmen geisteswissenschaftlicher Fakultäten und näherhin für die Gymnasiallehrerbildung eher eine marginale Rolle spielen, die aber nichtsdestoweniger zur Vervollständigung des kulturwissenschaftlichen Forschungs- und Lehrspektrums ihre Wichtigkeit haben. Verfolgt man die aktuelle geisteswissenschaftspolitische Tendenz der sogenannten Anthropologisierung, so erscheint es insbesondere wünschenswert, auch an der Universität Erfurt das Fach Volkskunde einzurichten.

Die Volkskunde, die sich herkömmlicherweise der Beschreibung volkskultureller Lebensformen widmete, bezieht heute in ihre sozialwissenschaftlich disziplinierten Analysen die Herausbildung gesellschaftsumgreifender Formen moderner Freizeit- und Mediennutzungskultur ein. Sie thematisiert die Popularkultur in allen ihren aktuellen Erscheinungsformen und Entwicklungen.

Dementsprechend schlägt der Gründungsausschuß vor,

- eine Professur für Empirische Kulturwissenschaft (Volkskunde)

auszubringen.

Auf die regionalwissenschaftliche Bedeutung der Volkskunde für die Erforschung kleiner Kulturräume wird eigens hingewiesen. Auch die speziell thüringischen Aspekte dessen werden hier ihre Berücksichtigung finden.

Unter Berücksichtigung der Empfehlung, an der Universität Erfurt auch die Bevölkerungswissenschaft als Fach in Forschung und Lehre zu institutionalisieren, ist überdies

- eine Professur für Ethnologie

unentbehrlich. In dieser Disziplin weitet sich in anthropologischer Orientierung der Zuständigkeitsbereich empirisch-kulturwissenschaftlicher Forschung auf außereuropäische Räume aus. Es wird von den an der Universität Erfurt sich anbietenden interdisziplinären Kooperationsmöglichkeiten sowie von den speziellen Fachkompetenzen der Persönlichkeiten, die man für die Professur für Ethnologie zu gewinnen sucht, abhängig gemacht werden müssen, welche außereuropäischen ethnischen Kulturen hier ihre besondere Berücksichtigung finden können.

Zu den „kleinen“ Fächern innerhalb einer geisteswissenschaftlichen Fakultät werden, unbeschadet gelegentlich beträchtlicher Studierenden-Zahlen, auch die kunstwissenschaftlichen und musikwissenschaftlichen Disziplinen gezählt. Angesichts der quantitativ eingeschränkten Dimensionen der Universität Erfurt hält es der Strukturausschuß für vertretbar, vorerst darauf zu verzichten, in Erfurt auch die Kunstwissenschaften und die Musikwissenschaften mit eigenen Professuren auszubringen – zumal angesichts der reichen einschlägigen Studienmöglichkeiten an den benachbarten Plätzen Weimar und Jena. Vorläufig sollten Lehraufträge erteilt werden.

7.5.3. Die Philosophie

Pragmatischer Konsens unter den Philosophen ist, daß die Philosophie ihre Grundlagenkompetenz durch systematische Disziplinen, ihre Bildungs- und Erin-

nerungskompetenz durch die Philosophiehistorie, ihre Interdisziplinaritätskompetenz durch spezielle Brückenphilosophien wahrzunehmen hat. Dreierlei sollte dabei garantiert sein – erstens eine minimale fachliche Vollständigkeit (Vollständigkeitsforderung); zweitens die Aufnahme jener philosophischen Probleme, die sich in den für die Universität Erfurt spezifischen Fächerzonen ergeben (Interdisziplinaritätsforderung); drittens die Kopräsenz einer Mehrzahl philosophischer Positionen am Ort (Buntheitsforderung).

Die Erfüllung dieser Forderungen setzt voraus, daß an der Universität Erfurt sechs Philosophieprofessuren ausgebracht werden, und zwar zunächst drei Professuren, die den traditionellen Minimalkanon repräsentieren:

- eine Professur für Theoretische Philosophie, insbesondere Philosophie der Geisteswissenschaften,
- eine Professur für Praktische Philosophie (Ethik),
- eine Professur für Geschichte der Philosophie.

Für die Logik, die bereits an der Friedrich-Schiller-Universität Jena schwerpunktmäßig eingerichtet ist, genügt an der Universität Erfurt die Ausbringung einer Mittelbaustelle (C1).

Die zweite Gruppe von Professuren hätte der philosophischen Brückenbildung zwischen den gerade in Erfurt vertretenen Disziplinen zu dienen:

- eine Professur für Rechts-, Sozial- und Politikphilosophie,
- eine Professur für Wirtschaftsphilosophie und Wirtschaftsethik,
- eine Professur für Philosophische Anthropologie.

Die hier so genannten Brückenprofessuren – die die Philosophie erfurtspezifisch profilieren – sind nicht an allen Hochschulen, wie hier für die Universität Erfurt vorgeschlagen werden soll, im Rahmen eines Instituts innerhalb einer Fakultät etabliert. Zumal für die Rechtsphilosophie gilt traditionellerweise, daß der Inhaber der dieser Brückendisziplin gewidmeten Professur zugleich eines der großen rechtswissenschaftlichen Fächer vertritt, und das naturgemäß innerhalb der Juristischen Fakultät. Das hat in etlichen, freilich keineswegs in allen Fällen zur Folge

gehabt, daß die Rechtsphilosophie im Rahmen der umfassenderen rechtswissenschaftlichen Professur nur beiläufig mitvertreten wird. Es ist aus diesem Grund, daß empfohlen wird, die Professur für Rechtsphilosophie sei im Fachzusammenhang der Philosophie einzurichten. Institutionell verbindlich machen läßt sich das nicht. Es wird freilich nicht zuletzt von den Präferenzen der Forscherpersönlichkeiten, die man zu gewinnen Aussicht hat, abhängig gemacht werden müssen, ob die Professur für Rechtsphilosophie primär der Juristischen Fakultät oder dem Fachzusammenhang der Philosophie innerhalb der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zuzuordnen ist.

Analoges gilt für die empfohlene Professur für Wirtschaftsphilosophie und Wirtschaftsethik. Sie hat in etlichen und gewichtigen Präzedenzfällen ihren primären Ort in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Auch in diesem Falle läßt sich die Frage der institutionellen Zuordnung der Professur nicht ohne Berücksichtigung der besonderen fachlichen Interessen ihres Inhabers beantworten.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß im Rahmen der Katholisch-Theologischen Fakultät (s. Ziff. 7.1.) eine Professur für Philosophische Grundlagen der Theologie vorgesehen ist. Auch bei dieser Professur handelt es sich um eine Brückenprofessur – freilich um eine seit langem stets bei den Theologen ausgebrachte. Eine Professur für Politische Theorie/Philosophie wird überdies im Rahmen der Politikwissenschaft auszubringen sein (s. Ziff. 7.5.4.).

Im übrigen wird empfohlen, das Problem der institutionellen Verortung der philosophischen Professuren mit Brückenfunktion vorsorglich dadurch zu entschärfen, daß die Inhaber dieser Professuren unabhängig von ihrer definitiven institutionellen Zuordnung eine Zweitmitgliedschaft in ihrer jeweiligen Komplementärfakultät erhalten.

Die Lehraufgaben der Philosophie sind breit gefächert. Sie ist Promotionshauptfach, Promotionsnebenfach, Magisterhauptfach und Magisternebenfach. Die Philosophie ist sehr häufig gewähltes Nebenfach oder Studienelement in Studiengängen mit anderem Abschluß. Sie ist Fach im Lehramtsstudiengang Ethik und Philosophie. Überdies wirkt die Philosophie im allgemeinen Teil der Lehrerbildung mit. Interdisziplinäre Vorlesungsreihen im Rahmen des studium generale ohne Mitwirkung der Philosophie sind eher selten.

7.5.4. Die Politikwissenschaft

Die Gründe für einen Verzicht auf eine eigene Sozialwissenschaftliche Fakultät sind bereits dargelegt worden (s. Ziff. 6). Die Politikwissenschaft wie die Soziologie sollen ihren Beitrag zu Forschung und Lehre in einem möglichst engen, institutionell abgesicherten Verbund mit anderen kulturwissenschaftlichen Fächern erbringen. Daraus ergibt sich, daß ein die Selbständigkeit des Faches betonender politikwissenschaftlicher Diplomstudiengang nicht eingerichtet werden sollte. Das ließe sich auch unter dem Gesichtspunkt der Nachfrage nach Studienplätzen in dieser Disziplin kaum rechtfertigen. Schließlich setzte ein politikwissenschaftlicher Diplomstudiengang eine Grundausrüstung mit Stellen voraus, die sich im Haushaltsrahmen einer „kleinen“ Universität vorerst nicht ausbringen ließen.

Indessen sollte die Politikwissenschaft an der Universität Erfurt als Haupt- und Nebenfach in Verbindung mit allen Fächern der beiden Geisteswissenschaftlichen Fakultäten studiert werden können, in Magister- und Promotionsstudiengängen also, wie es der beobachtbaren Nachfrage an den deutschen Universitäten und der Konzeption der Erfurter Universität entspricht. Überdies sollte die Politikwissenschaft für wünschbare Akzentuierungen in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen sowie in der vorgeschlagenen Zusatzqualifikation im Rahmen des Studiums der Jurisprudenz (s. Ziff. 7.2.) verfügbar sein.

Demgemäß ergibt sich für die Politikwissenschaft der folgende Stellenbedarf:

- eine Professur für Politische Theorie/Philosophie,
- eine Professur für Politische Systeme,
- eine Professur für Internationale Politik.

Diese drei Professuren machen die Grundausrüstung aus. Die unentbehrliche Professur für empirische Sozialforschung könnte als gemeinsame Professur für die Politikwissenschaft wie für die Soziologie eingerichtet werden. Darüber hinaus ist, abhängig von den Beschlüssen über die für die Universität Erfurt konstitutiven wissenschaftlichen Schwerpunkte, die Errichtung zweier weiterer politikwissenschaftlicher Professuren angezeigt. Der Schwerpunkt Süd-Ost-Europa müßte von der Politikwissenschaft durch eine zusätzliche

- Professur für Politikwissenschaftliche Süd-Ost-Europa-Forschung

mitgetragen werden.

Eine auf Europa ausgerichtete juristische Zusatzqualifikation (s. Ziff. 7.2.) könnte wesentlich an Profil gewinnen, wenn die Politikwissenschaft an ihr beteiligt wäre. Das wiederum würde eine entsprechende Zusatzausstattung des Faches mit einer

- Professur für Europäische Politik

zur Voraussetzung haben.

Einer der dominierenden Aspekte im Wandel moderner Industriegesellschaften ist ihre Transformation zur „Informationsgesellschaft“. Diese Entwicklung hat umwälzende Konsequenzen für den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß. Die „Öffentliche Meinung“ ist ein politischer Wirkungsfaktor ersten Ranges, und was für sie gehalten wird, wirkt auf sie selber zurück. Diese Prozesse verlaufen in medial eröffneten sozialen Räumen, und die Medien selber sind dabei ein Faktor von einer Mächtigkeit, die Veranlassung bot, sie als „Vierte Gewalt“ zu kennzeichnen.

Die Politikwissenschaft hat diese Tendenzen in der Forschung zu berücksichtigen und in der Lehre zu vermitteln, wenn anders sie die Gesamtheit des politischen Prozesses zu ihrem Gegenstand machen will. Entsprechend ist die Analyse der „Öffentlichen Meinung“, ihres Wandels und ihrer Wirkung seit langem zentrales Thema der Politikwissenschaft. Eine Gesellschaft, in der die politische Kommunikation durch moderne Medien geprägt und mitbestimmt wird, ist auf wissenschaftliche Empirie und Theorie dieser Kommunikation angewiesen.

Näherhin sind neben den traditionellen Bereichen der Kommunikationsforschung (Kommunikator-, Inhalts-, Medien-, Rezipienten- und Wirkungsanalyse) Aspekte der politischen Willensbildung sowie der Verwaltungstätigkeiten und der Organisationsstrukturen der Medien Gegenstände einer politikwissenschaftlich orientierten Kommunikationswissenschaft. Die beruflichen Anwendungsbereiche der entsprechenden Studien erstrecken sich von den im engeren Sinne publizistischen Berufen bis hin zu Tätigkeiten im Bereich der sogenannten „neuen Medien“. Kommunikationswissenschaftlich akzentuierte Kenntnisse, die im Rahmen eines politikwissenschaftlichen Studiums erworben werden, verbessern erfahrungsgemäß

die Professionalisierungsmöglichkeiten politikwissenschaftlicher und benachbarter Kompetenzen. Erfahrungen mit den kommunikationswissenschaftlichen Studienangeboten an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Hamburg, Duisburg und Trier belegen das. Absolventen der kommunikationswissenschaftlichen Studiengänge betätigen sich heute im Management von Medienunternehmen oder haben leitende Funktionen im Rahmen der Aufsichtsbehörden für den privaten Rundfunk.

Schließlich hat man sich zu vergegenwärtigen, daß die Medien heute die Prozesse der interkulturellen Kommunikation elementar beeinflussen. Die Kommunikationswissenschaft ist daher auch für den Tätigkeitsbereich des Universitätszentrums für Sprachen und Interkulturelle Kommunikation (s. Ziff. 5.4.2.4.) unentbehrlich.

Entsprechend wird die Errichtung einer

- Professur für Kommunikationswissenschaft

empfohlen.

7.5.5. Die Soziologie

Für die Soziologie gilt vieles von dem, was für die Politikwissenschaft bereits gesagt worden ist: Ein Diplomstudiengang empfiehlt sich nicht – wohl aber die Präsenz der Soziologie im Kanon der für Magister- und Promotionsstudien wählbaren Fächer. Unter den vielen denkbaren Kombinationen ist im Fall der Soziologie für die Universität Erfurt die Verbindung Soziologie–Bevölkerungswissenschaft hervorzuheben. Darüber hinaus entsprechen aber auch alle Verknüpfungen der Sozial- mit den Geisteswissenschaften in besonderer Weise den mit der Erfurter Gründung verfolgten Intentionen. Nach den Standards des Faches und im Blick auf die zu erwartende Nachfrage nach soziologischen Studienangeboten erscheint die folgende Mindestausstattung des Faches Soziologie mit Professuren als notwendig:

- eine Professur für Makrosoziologie,
- eine Professur für Mikrosoziologie,
- eine Professur für Empirische Sozialforschung.

Aus dem Plan, an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ein Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums zu errichten, ergibt sich darüber hinaus der Vorschlag,

- eine Professur für Religionssoziologie

zu errichten. Eine solche spezialisierte Professur würde wesentlich dazu beitragen, daß die Möglichkeiten, die das Max-Weber-Kolleg für Kultur- und Sozialwissenschaftliche Studien in Forschung und Lehre bieten soll, voll genutzt werden können. Sie erfüllt somit in mehrfacher Hinsicht Brückenfunktionen.

7.5.6. Die Bevölkerungswissenschaft

In der Bundesrepublik Deutschland hat die Bevölkerungswissenschaft im Vergleich mit dem Stand der Entwicklung dieser Disziplin in anderen vergleichbaren Ländern einen relativ schwachen Stand aufzuweisen. An lediglich drei Universitäten ist sie präsent, nämlich an der Humboldt-Universität zu Berlin, an der Universität Bamberg sowie an der Universität Bielefeld. Darüber hinaus gibt es noch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung als Ressortforschungseinrichtung des Bundesinnenministeriums. Dieses Institut ist aus der Bevölkerungsabteilung des Statistischen Bundesamtes hervorgegangen. Auch hierbei handelt es sich um eine im internationalen Vergleich relativ kleine Einrichtung. Allein das Institut National d'Études Démographiques (INED) in Paris verfügt über größere Forschungskapazitäten als alle deutschen universitären bevölkerungswissenschaftlichen Einrichtungen zusammengenommen.

Der deutsche bevölkerungswissenschaftspraktische Rückstand läßt sich historisch erklären. Er ist eine Spätfolge der Nutzung bevölkerungswissenschaftlichen Wissens für rasseideologisch definierte bevölkerungspolitische Zwecke während der Diktatur der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Das macht wissenschaftspolitisch verbreitet gewesene Unsicherheiten und Befangenheiten der Bevölkerungswissenschaft gegenüber verständlich, aber rechtfertigt sie keineswegs. Definitiv kompromittiert ist die rasseideologisch orientierte Bevölkerungspolitik, nicht hingegen unser forschungspraktisch gewonnenes, methodisch diszipliniertes bevölkerungswissenschaftliches Wissen. Forschungspraktische Förderung und Nutzung dieses Wissens hat entsprechend in den Nachbarländern Deutschlands Selbstverständlichkeitscharakter, und es ist überfällig, die in Deutschland entstandenen einschlägigen Rückstände endlich auszugleichen.

Der Strukturausschuß empfiehlt, dazu mit der Institutionalisierung der Bevölkerungswissenschaft an der Universität Erfurt einen Beitrag zu leisten.

Als Lehrfach eignet sich die Bevölkerungswissenschaft über ein sehr breites Spektrum von Studiengängen hinweg als Ergänzungsfach – von der Soziologie über die Ökonomie und die Geographie bis hin zur Politikwissenschaft. Sofern die Bevölkerungswissenschaft ihrerseits als Hauptstudienfach insbesondere mit dem Ziel der Promotion gewählt wird, bieten sich wiederum die genannten und weitere Disziplinen als Ergänzungsfächer an.

Das Verständnis demographisch vermessener Bevölkerungsentwicklungen ist in letzter Instanz nur zu gewinnen, sofern auch Faktoren berücksichtigt werden, die fachlich in die Zuständigkeit kulturwissenschaftlicher Disziplinen fallen. Das gilt für die kulturellen und motivationalen Voraussetzungen generativen Verhaltens, desgleichen für die Faktoren, die Bevölkerungsdruck sich in Migration umsetzen lassen, und auch für die dauerhaft oder ephemer wirkenden Ursachen stagnierender oder rückläufiger Bevölkerungsentwicklung.

Die normativen Aspekte der Bevölkerungsentwicklung sowie ihrer Folgen verlangen Rekurse auf Spezialgebiete des nationalen und internationalen Rechts – vom Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrecht bis hin zu den Vereinbarungen über Flüchtlingshilfe. Bevölkerungspolitik, die sich unter dem Druck realer Probleme in vielen Ländern längst als eigenständige Politik entwickelt hat, die sich unter speziellen Gegebenheiten auch als Teil der Entwicklungspolitik aufdrängt und bei den großen internationalen Bevölkerungskonferenzen längst auch die Staatengemeinschaft beschäftigt, verlangt schließlich moralische Maßstäbe. Das sogenannte generative Verhalten ist nicht ein naturwüchsig-indisponibler, vielmehr stets ein kulturell und damit normativ mitgeprägter Bestand. Das will explizit gemacht, verstanden und überdies validiert sein, sobald man beginnt, über Bedingungen und Chancen breitenwirksamer Verhaltensänderungen nachzudenken.

Die interdisziplinär weitreichenden Sachzusammenhänge, denen sich die Bevölkerungswissenschaft forschungspraktisch zu widmen hat, werden es zu einem späteren Zeitpunkt nahelegen zu prüfen, ob nicht besonders wichtige Folgeprobleme der Bevölkerungsentwicklung – von den Bedingungen der Einhaltbarkeit des sogenannten Generationenvertrages bis hin zu den ökologischen Auswirkungen der sogenannten Bevölkerungsexplosion in anderen Teilen der Welt – schwer-

punktmäßig in einem zusätzlichen Universitätszentrum (s. Ziff. 5.4.2.) behandelt werden sollten.

Der Strukturausschuß empfiehlt, für die Bevölkerungswissenschaft an der Universität Erfurt zunächst die Mindestausstattung von zwei Professuren vorzusehen,

- eine Professur für Bevölkerungstheorie sowie
- eine Professur für Demographische Methoden.

Der Inhaber der Professur für Bevölkerungstheorie hätte das umfangreiche Gebiet der „Angewandten Bevölkerungswissenschaft“ mitzubetreuen, die sich von der schon erwähnten, heute vor allem in internationalen Zusammenhängen thematisierten Bevölkerungspolitik bis hin zu den nationalen Spezialpolitiken der Sozialpolitik, der Bildungspolitik und der Gesundheitspolitik erstreckt.

Der Inhaber der Professur für demographische Methoden hätte eng mit dem Inhaber der in der Soziologie auszubringenden Professur für empirische Sozialforschung zusammenzuarbeiten. Es ist allerdings ausdrücklich festzuhalten, daß die soziologische Professur für empirische Sozialforschung das Gebiet der Professur für Demographische Methoden nicht zusätzlich abzudecken vermöchte.

7.5.7. Das Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums

Aus Gründen, die bereits oben erläutert wurden (s. Ziff. 4.1.2.) wird die Errichtung einer eigenständigen Evangelisch-Theologischen Fakultät mit der Primäraufgabe der Pfarrer-Ausbildung nicht empfohlen. Statt dessen empfiehlt der Strukturausschuß, innerhalb der Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften ein Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums zu errichten. Diesem Institut oblägen, was die Lehre anbetrifft, zunächst parallel zu den analogen Teilaufgaben der Katholisch-Theologischen Fakultät (s. Ziff. 7.1.) die Aufgaben der Religionslehrerausbildung.

Darüber hinaus schlägt der Strukturausschuß vor, dem neuen Institut die Aufgabe zu übertragen, in Forschung und Lehre die Kulturgeschichte des Christentums als universitäres Fach zu entwickeln. Ein solches Fach würde die traditionelle Alterna-

tive „Theologie“ einerseits oder „Religionswissenschaft“ andererseits hinter sich lassen. Diese Alternative kann nach dem Stand der kulturwissenschaftlichen Diskussion nicht mehr als angemessen gelten. Die kulturelle, soziale und politische Wirklichkeit des Christentums erstreckt sich weit über den institutionellen Rahmen verfaßter Kirchen hinaus, und Analoges gilt für die Wirkungen der Theologien auf die Geschichte der europäischen Wissenschaften. Die kulturhistorische Empirie des Christentums verlangt heute uneingeschränkt theologisch kompetente religionswissenschaftliche Aufarbeitung, und dieser Aufarbeitung soll das Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums gewidmet sein.

Es hat freilich erfahrungsgemäß seine Schwierigkeiten, kompetente Theologen für eine Einrichtung zu gewinnen, die nicht den Status einer Fakultät hat, nicht Aufgaben grundständiger Pfarrer-Ausbildung erfüllt und die, weil sie nicht den Status einer Fakultät hat, auch theologische Promotionen und Habilitationen nicht vornehmen kann.

Der Strukturausschuß empfiehlt entsprechend, zwischen der künftigen Universität Erfurt einerseits und den benachbarten theologischen Fakultäten in Jena und Halle andererseits Absprachen herbeizuführen, denen gemäß die am Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums tätigen Theologieprofessoren das Recht haben, in den fraglichen Theologischen Nachbarfakultäten Promotions- und Habilitationsanträge zu stellen. Komplementär dazu ist diesen benachbarten Theologischen Fakultäten Repräsentanz in den Gremien der Universität Erfurt einzuräumen, die die Vorschläge zur Berufung von Professoren an das Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums auszuarbeiten und zu verabschieden haben.

Es sei zur Begründung der Errichtung dieses Instituts abschließend geltend gemacht, daß die hier zu erbringenden Leistungen in Forschung und Lehre wesentlich zu den Voraussetzungen gehören, die im Profil der Universität Erfurt erfüllt sein müssen, um das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien in Übereinstimmung mit dem Anspruch, den der Name dieses Kollegs repräsentiert, mit wissenschaftlichem Leben zu erfüllen.

Unter Berücksichtigung der beiden skizzierten Hauptaufgaben des Martin-Luther-

Instituts für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums wird die Errichtung folgender Professuren empfohlen:

- eine Professur für Bibelwissenschaft,
- eine Professur für Allgemeine Kirchengeschichte,
- eine Professur für Neuere Christentumsgeschichte,
- eine Professur für Systematische Theologie mit dem Schwerpunkt Dogmatik/Religionslehre,
- eine Professur für Allgemeine Religionswissenschaft,
- eine Professur für Religionspädagogik,
- eine Professur für Ethik (Schwerpunkt Sozialethik/Angewandte Ethik).

7.6. Die Erziehungswissenschaftliche Fakultät

Die Empfehlung, eine Erziehungswissenschaftliche Fakultät an der künftigen Universität Erfurt einzurichten, wäre spätestens zu dem Zeitpunkt zu realisieren, zu welchem die Integration der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen in die Universität abschließend erfolgen soll (s. Ziff. 4.2.).

Die Funktionen, die in Forschung und Lehre die Erziehungswissenschaftliche Fakultät alsdann zu übernehmen hätte, lassen sich gegenwärtig noch nicht abschließend aufzählen. Für gegenwärtige Orientierungen bietet es sich an, als Mindestausstattung der künftigen Erziehungswissenschaftlichen Fakultät die Forschungs- und Lehrinrichtungen ins Auge zu fassen, die in den Instituten des Erziehungswissenschaftlichen Fachbereichs der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen bereits jetzt ausgebracht sind – vom Institut für Psychologie über das Institut für Grundschulpädagogik und das Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft und Empirische Bildungsforschung bis hin zum Institut für Sportwissenschaft.

Zu berücksichtigen bleibt freilich, daß auch schon vor der Errichtung der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Erfurt erziehungswissenschaft-

liche Begleitstudien angeboten werden müssen, sobald Lehramtsstudiengänge in den zunächst gymnasiallehrausbildenden Fakultäten eingerichtet sind und genutzt werden.

Der Strukturausschuß schlägt vor, hierfür über den Zeitraum hin, in welchem die Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen noch als selbständige Hochschule existent ist, auf der Grundlage eines Kooperationsvertrags zwischen der Universität Erfurt einerseits und der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen andererseits die einschlägigen erziehungswissenschaftlichen Studienangebote der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen auch für die Universitätsstudenten zu öffnen.

Weiterhin macht der Strukturausschuß darauf aufmerksam, daß sowohl das vorgeschlagene Universitätszentrum für regionalwissenschaftliche Süd-Ost-Europa-Forschung (s. Ziff. 5.4.2.1.) als auch die empfohlene Einrichtung der Bevölkerungswissenschaft (s. Ziff. 7.5.6.) an der neuen Universität Erfurt die Kooperation mit der Geographie zur Voraussetzung hat – von der Anthropogeographie einschließlich der Wirtschaftsgeographie bis hin zur Physiogeographie. Auch in diesem Falle empfiehlt der Strukturausschuß, mit der Errichtung eines Instituts für Geographie an der Universität Erfurt bis zum Zeitpunkt der Integration der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen zu warten und einen inzwischen entstehenden Lehrbedarf über Kooperationsverträge mit der Pädagogischen Hochschule zu bedienen.

8. Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien

Der Strukturausschuß empfiehlt die Gründung eines Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien als zentrale Universitätseinrichtung. Formen der Forschung, die sich außeruniversitär seit längerem entwickelt haben und zu erheblicher Bedeutung gelangt sind, soll damit auch inneruniversitär ein institutioneller Rahmen geboten werden.

8.1. Expansion der außeruniversitären Forschung

Die Notwendigkeit partieller Neuordnung inneruniversitärer Forschung und forschungsnaher Lehre ist wissenschaftspolitisch unumstritten. Die fälligen und an etlichen Orten auch schon exemplarisch realisierten Formen universitärer Forschungsreorganisation lassen sich als Antworten auf die Herausforderung gravierender Veränderungen im Verhältnis von außeruniversitärer Forschung einerseits und inneruniversitärer Forschung andererseits auffassen. Diese Veränderungen sind wohlbekannt. Sie bedürfen daher an dieser Stelle keiner ausführlichen Erläuterung. Es genügt, die wichtigsten von ihnen zu benennen und aufzulisten:

8.1.1. Trotz der Expansion der Universitätshaushalte, die sich in den sechziger und in den siebziger Jahren in Westdeutschland vollzogen hat, ist der Anteil der inneruniversitär verausgabten Mittel für Forschung und Entwicklung in Relation zum Anteil der Mittel für Forschung und Entwicklung, die außeruniversitär, nämlich in Unternehmen einerseits und in nicht-erwerbsbezogenen Forschungseinrichtungen andererseits ausgegeben wurden, kontinuierlich zurückgegangen – etwa auf ein Drittel der nationalen Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung.

8.1.2. Die angedeutete Tendenz, die gewiß in erster Linie für die Natur- und Technikwissenschaften gilt, läßt sich inzwischen auch im Bereich der Sozialwissenschaften beobachten. Ein wesentlicher Teil der sogenannten Meinungsforschung zum Beispiel, deren praktische Bedeutung wächst, findet außeruniversitär statt, und aus Gründen, die keiner Erläuterung bedürfen, erfreuen sich die Ergeb-

nisse dieser Forschung einer außerordentlichen Publizität. Analoges gilt auch für die politikwissenschaftliche Forschung in renommierten außeruniversitären Einrichtungen sowie für die dienstleistungsbezogene sozialwissenschaftliche Forschung in den wissenschaftlichen Einrichtungen großer Behörden desgleichen – von der Arbeitsverwaltung bis hin zur amtlichen Statistik. Auch die außeruniversitären Umweltinstitute leisten, in der Trägerschaft von Vereinen, eine in wachsendem Maße anerkannte und beachtete Forschungsarbeit.

8.1.3. In Deutschland ist das Forschungsprofil der Max-Planck-Gesellschaft seit langem von den bedeutenden Leistungen der kultur- und sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute dieser Gesellschaft mitbestimmt.

8.1.4. Im Kontext der dramatisch verlaufenden Selbsthistorisierung der modernen Zivilisation haben zahlreiche kulturelle, auch administrative Einrichtungen kulturhistorische Forschung zu einem Teil ihrer Aufgaben erhoben, und die Ergebnisse dieser Forschung gewinnen in der Gesamtbilanz kulturwissenschaftlicher Forschung an Gewicht. Das gilt für die kunstwissenschaftliche Forschung im institutionellen Rahmen unserer Museen, für die orts- und regionsbezogene historische Forschung im Rahmen städtischer und sonstiger Archive, für die landeskundliche Forschung in den Forschungseinrichtungen von Landschaftsverbänden und sonstigen höheren Kommunalverbänden, für die projektbezogenen kulturhistorischen Forschungen im neugeschaffenen institutionellen Umkreis bedeutender außeruniversitärer Bibliotheken wie in Wolfenbüttel, und diese kleine Reihe von Beispielen ließe sich fortschreiben.

8.1.5. Kulturwissenschaftliche Forschung in der Trägerschaft unserer Wissenschaftsakademien hat in der Konsequenz der Akademieprogramme gleichfalls an Bedeutung ständig gewonnen – insbesondere im Kontext editorischer oder lexikographischer Langzeitprojekte.

8.1.6. Auch die neuen, in den neuen Bundesländern eingerichteten, trägerschaftlich außeruniversitären geisteswissenschaftlichen Zentren gehören in diesen Zusammenhang.

8.1.7. Vor allem aber haben sich außeruniversitär im Gesamtbereich der Kulturwissenschaften in kaum noch überschaubarer Zahl Forschergruppen von Wissenschaftlern konstituiert, die überwiegend hauptberuflich als Professoren an

Hochschulen tätig sind, sich aber auf der Basis von Drittmitteln, die von Wissenschaftsstiftungen oder sonstigen Forschungsförderungsorganisationen zur Verfügung gestellt werden, über kürzere oder auch längere Zeiträume hinweg regelmäßig zu Kolloquien zusammenfinden, bei denen Forschungspläne abgesprochen und koordiniert, Forschungsergebnisse erörtert und schließlich publikationsreif gemacht werden. Keine Universität – und sei sie noch so groß – ist heute groß genug, um die für ein interdisziplinäres Forschungsprojekt benötigten personellen Ressourcen verfügbar machen zu können. Die auf der Basis von Drittmitteln tätigen Forschergruppen sind daher regelmäßig interuniversitär, überdies zumeist international besetzt. Die Ergebnisse der kulturwissenschaftlichen Forschungen, die in Arbeitsgruppen der skizzierten Art abgesprochen, koordiniert und validiert werden, sind in exemplarischen Fällen zu großer innovatorischer Bedeutung gelangt – auch für die inneruniversitäre kulturwissenschaftliche Forschung, aber das eben in Nutzung der Erträge neuer Forschungsformen, die nach ihren institutionellen und finanziellen Trägerschaften sich nicht mehr mit dem Namen einer Universität verbinden.

8.2. Universitäre Reintegration außeruniversitärer Forschung

Die unter 8.1. skizzierten, wohlbekannten Entwicklungen folgen überwiegend zwingenden Erfordernissen. Entsprechend ist es weder möglich noch sinnvoll, sie zurückzudrängen. Wohl aber ist es fällig, ja überfällig, daß die Universitäten auf diese Entwicklungen reagieren und im Interesse der Erhaltung uneingeschränkter Forschungskompetenz ihrerseits Institutionen entwickeln, die nun auch inneruniversitär zu leisten vermögen, was außeruniversitär partiell längst geschieht. Diesem Zweck soll das hier vorgeschlagene Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien dienen.

Das Mißtrauen, das institutionellen Innovationen gegenüber aus guten pragmatischen Gründen stets angebracht ist, pflegt sich abzuschwächen, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die vorgeschlagene Neuerung nicht apart, vielmehr eine weithin anerkannte Überfälligkeit ist. Zu den analogen Vorschlägen für neue institutionelle Rahmenbedingungen inneruniversitärer Forschung, die sich inzwischen in der öffentlichen Diskussion befinden und mit dem Vorschlag zur Errichtung eines Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien aufgenommen und fortgeführt werden sollen, gehören unter anderem:

- Die Stellungnahme der Hochschulrektorenkonferenz „Zur Forschung in den Hochschulen“, die am 12.7.1993 im 170. Plenum der Hochschulrektorenkonferenz verabschiedet wurde.
- Das Förderungsprogramm „Innovationskollegs“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft „zur Verbesserung der Strukturen für die Forschung in den Hochschulen des neuen Bundesgebiets, finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie“.
- Der Vorschlag zur Errichtung von „Forschungskollegs als universitärer Einrichtungen“, enthalten in der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderten Denkschrift „Geisteswissenschaften heute“ vom Mai 1990.
- Einige der Funktionen, die gemäß den zitierten Vorschlägen von den projektierten neuen inneruniversitären Forschungseinrichtungen zu erfüllen wären, werden bereits jetzt in Forschungsinstituten wahrgenommen, die ineins mit der Gründung neuer Universitäten geschaffen worden sind. Für das Zentrum für interdisziplinäre Forschung an der Universität Bielefeld, zum Beispiel, gilt das. Es wurde vor siebenundzwanzig Jahren errichtet, und zwar als erste Institution der neuen Universität, die ihre Tätigkeit bereits aufnahm, bevor noch mit der Ausbildung von Studierenden begonnen werden konnte.

8.3. Aufgaben des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien

8.3.1. Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien bietet Gelegenheit, Wissenschaftler in der Absicht zusammenzuführen, Forschungsprojekte kürzerer Laufzeit zu initiieren und zu planen, zu koordinieren und in ihren Ergebnissen zu validieren, die nach den benötigten personellen Kompetenzen und Spezialitäten interuniversitäre und darüber hinaus gegebenenfalls internationale Kooperation verlangen.

Die in dieser Absicht im Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien zusammengeführten Forschergruppen können, je nach den sachlichen Erfordernissen des Projekts, disziplinären wie interdisziplinären Charakter haben.

Die Forschergruppen arbeiten befristet. Die Dauer der Fristen bleibt projektabhängig variabel.

Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien stellt die Infrastruktur zur Verfügung, die für den Zusammtritt der Projektgruppen und für die Koordination ihrer Forschungsarbeit benötigt wird. Das bedeutet: Über die für interuniversitäre Projektforschung notwendigen Infrastruktureinrichtungen hinaus verfügt das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien nicht über eigene sächliche und personelle Forschungsressourcen. Die Mitglieder der Projektgruppe des Kollegs erarbeiten ihre individuellen Beiträge zum Projekt, an welchem sie beteiligt sind, in ihren heimischen universitären oder außeruniversitären Instituten, an denen sie hauptberuflich tätig sind.

Die im Rahmen des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien zusammengetretenen Projektgruppen sind somit innerhalb des Kollegs vorzugsweise zu Kolloquien präsent, die der Planung, Koordination und Validierung der Arbeitsergebnisse dienen.

Die Mehrzahl der Schwerpunkte, die in Forschung und Lehre nach den Empfehlungen des Strukturausschusses an der Universität Erfurt gebildet werden sollten, eignen sich auch für die Ausbringung von Forschungsprojekten am Max-Weber-Kolleg, und zwar in Inauguration, in Durchführung wie in Evaluation. Exemplarisch heißt das:

- Im Rahmen des Schwerpunkts Süd-Ost-Europa ließe sich ein Forschungsprojekt zur politischen Wirkungsgeschichte des diesen Raum betreffenden politischen Ordnungsversuchs der Pariser Vorortverträge einschließlich der noch verbliebenen Zukunftsfähigkeit dieses Versuchs einrichten.
- Im Rahmen des Schwerpunkts Süd-Ost-Europa böte sich ferner ein Forschungsprojekt zum Studium der ökonomischen, sozialen und kulturellen Konsequenzen an, die sich aus der rasch fortschreitenden Verlagerung von Teilen der Produktion hiesiger Unternehmen in Länder dieser Region ergeben.
- Im Rahmen des Humanismus-Schwerpunktes empfähle sich, zum Beispiel, ein Forschungsprojekt zur historischen Analyse der kulturellen Funktion sowie zur wissenschaftstheoretischen Charakteristik vorhistoristischer frühneuzeitlicher Historiographie.

8.3.2. Im Rahmen seiner Hauptaufgabe, die Forschungsarbeit von Projektgruppen inneruniversitär zu initiieren und zu organisieren, lädt das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien auswärtige und ausländische Wissenschaftler für die Dauer von ein oder zwei Semestern als Gäste ein. Bei den Einzuladenden soll es sich um Persönlichkeiten handeln, die auf den Forschungsfeldern, die für laufende Projekte des Kollegs von zentraler Bedeutung sind, bereits herausragende Arbeit geleistet haben. Dabei ist erwünscht, daß die Gastwissenschaftler an den laufenden Projekten teilnehmen. Aber das sollte nicht eo ipso verpflichtend sein – insbesondere dann nicht, wenn sie ihren Gastaufenthalt nach dem bewährten Muster anderer bereits erfolgreich arbeitender Kollegs dazu nutzen möchten, ein größeres Werk abzuschließen.

Indessen ist von jedem Gastwissenschaftler zu erwarten, daß er sowohl den im Kolleg tätigen Projektgruppen wie auch der Gesamtuniversität für eine Reihe von Vorträgen zur Verfügung steht, in denen er über seine Arbeit berichtet.

8.3.3. Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien hat weiterhin die Aufgabe, universitäre Forschung und forschungsabhängige Praxis mit produktiven Wirkungen für die Forschung wie für die Praxis näher zusammenzuführen. In den Kulturwissenschaften wie in den Sozialwissenschaften, speziell auch in der Jurisprudenz mehren sich die Forschungsfelder, auf denen sich ohne Einbeziehung der Erfahrungen von Praktikern, die für ihre Tätigkeit Forschungsergebnisse zu nutzen haben, nicht mehr aussichtsreich arbeiten läßt. Dabei wäre es durchaus unangemessen, die Mitwirkung von Praktikern an den skizzierten Projektgruppen primär als Fortbildungsgelegenheiten aufzufassen. Gemäß den Aufgaben des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien liegt der primäre Zweck der Einbeziehung von Praktikern in die Projektgruppenarbeit in der Forschungsförderung selbst. Exemplarisch heißt das: Die rechtswissenschaftliche Aufarbeitung der tatsächlichen Regelungswirkung vorgeschlagener oder bereits geltender gesetzlicher oder sonstiger Normen läßt sich in expandierenden Bereichen der öffentlichen Verwaltung ohne Einbeziehung der Erfahrungen, die in der Praxis der Administration wie der Rechtsprechung gewonnen wurden, gar nicht mehr leisten. Analoges gilt auch für die rechts- und sozialwissenschaftliche Aufarbeitung der Gründe von Vollzugsdefiziten expandierender Bereiche geltenden Rechts. Oder: Die ökonomische Analyse der Marktabhängigkeit künstlerischer Entwicklungen setzt Kenntnis von Sachzusammenhängen vor-

aus, die nach Lage der Dinge sich einzig in Kooperation mit Experten des Kunstmarkts mobilisieren lassen. Die europapolitisch höchst bedeutsamen, international beobachtbaren regionalistischen Bewegungen lassen sich in ihren Motiven und Optionen ungleich besser und rascher als durch die Analyse dokumentarischer Texte durch Einbeziehung von Repräsentanten organisierter regionalistischer Bewegungen in Projektgruppen, die der Erforschung des Regionalismus sich widmen, erkennen, und so in allem. In der modernen Zivilisation dehnen sich generell die Lebensbereiche aus, in denen Theorie und Praxis sich gewiß unterscheiden, aber nicht mehr trennen lassen, und eben das verpflichtet nicht nur die Praktiker, ihre Arbeit wissenschaftsnah zu halten. Die Wissenschaft ihrerseits ist heute in Teilen ihrer Forschungsarbeit wie nie zuvor auf die immediate Berücksichtigung der Erfahrungen angewiesen, über die einzig Praktiker verfügen.

8.3.4. Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien leistet einen Beitrag zur Emendation universitärer Ausbildung.

Es bietet zunächst Graduierten die Möglichkeit der Teilnahme an der Tätigkeit von Projektgruppen, soweit die Dissertationspläne dieser Graduierten inhaltlich der Arbeit der Projektgruppen nahestehen.

Auch die universitären Regelstudienangebote können von Leistungen des Kollegs profitieren – insbesondere über Gastvorlesungsprogramme, an denen teilzunehmen für die Mitglieder der im Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien tätigen Projektgruppen den Charakter einer nach aller Erfahrung gern abgestatteten Dankesschuld haben würde.

8.4. Zum Namen des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien

8.4.1. Wie das Lebenswerk keines anderen Klassikers der jüngeren deutschen Wissenschaftsgeschichte deckt das Lebenswerk Max Webers just den Gesamtzusammenhang der Disziplinen ab, die an der künftigen Universität Erfurt von Anfang an in Forschung und Lehre eingerichtet sein sollen – von der Jurisprudenz über die Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften bis hin zu den historischen Kulturwissenschaften einschließlich der Theologie und der Religionswissenschaften.

8.4.2. Nachdem in die deutsche Nachkriegsgeschichte weit zurückreichende Versuche, komplementär zur Max-Planck-Gesellschaft eine Max-Weber-Gesellschaft zur Förderung der Sozialwissenschaften zu gründen, längst als definitiv gescheitert angesehen werden können, ist der Name Max Webers, als Bestandteil des Namens einer neuen inneruniversitären Einrichtung, sozusagen frei, wobei es mit dem Namen „Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien“ durchaus verträglich bliebe, wenn anderswo auch andere Institutionen analoger Rangstellung in der deutschen Wissenschaftsorganisation den Namen Max Webers zusätzlich für sich in Anspruch nähmen.

8.4.3. Die Tatsache, daß Max Weber in Erfurt geboren wurde, verliehe dem Namen „Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien“ zusätzlich den Charakter einer lokalen Hommage an einen Großen der deutschen Wissenschaftsgeschichte.

8.4.4. Wissenschaftskulturell repräsentiert der Name Max Webers auch in normativer Hinsicht unverändert Maßgebliches:

- Die sozialwissenschaftliche Theoriebildung hält sich kulturhistoriographisch kontrolliert und macht sich so in Einschätzung der regionalen und temporalen Reichweite sozialwissenschaftlicher Theorien urteilsfähig.
- In methodologischer Hinsicht repräsentiert das Werk Max Webers ein Dementi des Zerfalls der Wissenschaftspraxis in zwei Kulturen. Die forschungspraktischen Operationen des Erklärens einerseits und des Verstehens andererseits geraten nicht in Opposition zueinander.
- Die in der marxistischen Theorie kanonisch gewordene Konfrontation „idealistischer“ und „materialistischer“ Erklärung kultur- und sozialgeschichtlicher Vorgänge und Ereignisse ist bei Max Weber nicht etwa zugunsten „idealistischer“ Erklärungsbemühungen aufgelöst. Vielmehr ist der fragliche Gegensatz im Kontext des durch Max Weber repräsentierten Typus kultur- und sozialwissenschaftlicher Forschung gegenstandslos. „Materialistische“ und „idealistische“, das heißt mit Rekurs auf die Wirkung symbolisch-repräsentativer Faktoren arbeitende Erklärungen sind prinzipiell gleichberechtigt, ja sie werden, unbeschadet ihrer Unterscheidbarkeit, als untrennbar angesehen.

- Auch das zeitweise als berüchtigt angesehene Postulat der „Wertfreiheit“ wissenschaftlicher und näherhin sozialwissenschaftlicher Aussagebildung erscheint heute, das heißt aus der Perspektive unserer Erfahrungen mit politisch machthabenden Ideologien, als methodologisch gewiß triviale, aber wissenschaftsmoralisch fundamentale Aufforderung, die wissenschaftliche Aussagebildung über das, was der Fall ist, von politisch-ideologischen Interessen, daß die Tatsachen diese und keine anderen sein möchten, freizuhalten. Durch das so verstandene Postulat der Wertfreiheit wissenschaftlicher Aussagebildung wird die kultur- und sozialwissenschaftliche Forschung keineswegs politisch irrelevant gemacht, vielmehr wird eine Rationalitätsbedingung formuliert, der gerade auch potentiell politisch folgenreiche sozialwissenschaftliche Tatsachenbehauptungen zu genügen haben.

8.5. Aufgaben des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftlich Studien in der Gründungsphase

Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien wird ineins mit der formellen Errichtung der Universität Erfurt gegründet und repräsentiert deren Existenz noch vor Aufnahme des ordinären Studienbetriebs.

Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien bietet den erstzuberufenden Professoren aus den kultur- und sozialwissenschaftlichen Fachbereichen Gelegenheit, die Studiengänge ihrer Fächer kooperativ zu planen.

Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien organisiert von Anfang an Forschungskolloquien – in Übereinstimmung mit den bewährten Mustern solcher Forschungskolloquien zum Beispiel am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld oder auch am Historischen Kolleg in München.

8.6. Zur personellen Ausstattung des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien

Zur personellen Ausstattung des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien sollten, als jeweils vorübergehend zu besetzende Dauerstellen,

insgesamt sechs Gastprofessuren gehören, wobei regelmäßig jede Fakultät das Recht des Vorschlags zur Besetzung einer dieser Gastprofessuren hätte. Variierende Absprachen darüber sollten zwischen den Fakultäten möglich sein.

Die Gastprofessuren sind erst einzurichten, wenn die Universität Erfurt sowohl in der Lehre als auch in der Forschung in repräsentativer Breite ihre Arbeit aufgenommen hat.

8.7. Vorgaben für die Satzung des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien

Der Strukturausschuß empfiehlt, auch die in einer eigenen Satzung zu normierende Organisationsform des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien nicht detailliert vorweg zu fixieren, sondern auch sie der Selbstorganisation der neuen Einrichtung zu überlassen. Einige wichtige institutionelle Eigenschaften des Kollegs haben nach der erläuterten Natur der Sache Selbstverständlichkeitscharakter, so insbesondere die folgenden:

8.7.1. Das Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien ist eine zentrale Einrichtung der Universität Erfurt.

8.7.2. Die Universität Erfurt bildet auf ihrer Spitzenebene eine Kommission nach Art einer „Senatskommission“, der das Kolleg rechenschaftspflichtig ist.

8.7.3. Nach Analogie der üblicherweise befristet amtierenden Vorsitzenden der Selbstverwaltungskörperschaft einer Fakultät („Dekan“) amtiert auch der geschäftsführende Direktor des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien befristet.

8.7.4. Der geschäftsführende Direktor des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien nimmt in der Selbstverwaltung der Universität Erfurt eine Stellung nach Analogie zur Stellung von Dekanen ein.